

Landesparteitag FDP-NRW

Aufsteigerland NRW

**Programm der FDP zur Landtagswahl
am 9. Mai 2010**

Änderungen gegenüber dem Entwurf des Landesvorstandes sind unterstrichen.

Stand: 13. März 2010

Gliederung	Seite
Präambel	3-4
Aufstieg durch Bildung	5
Elementarbildung	5-7
Schule	7-13
Hochschule	13-17
Kinder- und Jugendpolitik	17-18
Weiterbildung und lebenslanges Lernen	18-20
Aufstieg durch Wachstum	21
Wirtschaft	21-25
Innovation	25-32
Arbeit	32-35
Energie	35-37
Mobilität	37-41
Landwirtschaft	41-43
Europa	43-44
Aufstieg durch Effizienz	45r
Steuern und Finanzen	45-47
Bürgernahe Staat	47-49
Kommunales	49-53
Recht und Justiz	53-55
Aufstieg mit Lebensqualität	56
Wohnen	56-59
Sicherheit	59-62
Datenschutz	62
Gesundheit	62-65
Sport	65-67
Umwelt	67-69
Verbraucherschutz	69-70
Kultur	70-72
Tourismus	72-73
Medien	73-74
Aufstieg mit Fairness	75
Familie	75-77
Senioren	77-79
Gleichstellung	79
Gleichgeschlechtliche Lebensweisen	79-80
Integration	80-83
Menschen mit Behinderungen	83-84
Entwicklungszusammenarbeit	84-85

Präambel

Am 9. Mai entscheidet sich, ob Nordrhein-Westfalen mit einer starken FDP in Regierungsverantwortung seine Entwicklung als Aufsteigerland fortsetzen kann oder ob unser Land Experimentierfeld linker Politik wird.

2005 haben uns die Menschen in NRW den Auftrag gegeben, den jahrelangen Abwärtstrend unter Rot-Grün zu stoppen und NRW im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern wieder nach vorne zu bringen. Die FDP hat Wort gehalten. Mit harter Arbeit haben wir unsere Prinzipien „Freiheit vor Gleichheit“, „Privat vor Staat“ und „Erwirtschaften vor Verteilen“ in mutige Reformpolitik umgesetzt. Damit ist es gelungen, NRW in allen zentralen Politikbereichen zum Aufsteigerland zu machen.

Mit dem historischen Erfolg der FDP, das Ende des Subventionsbergbaus durchzusetzen, wurden Mittel frei, um endlich in die Zukunft zu investieren: In Kinderbetreuung und Bildung, in Forschung und Technologie.

Mit der Schaffung von über 100.000 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren haben wir die rot-grüne Schlusslaterne in der frühkindlichen Betreuung abgegeben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert. Mit verbindlichen Sprachtests und anschließender Sprachförderung im Kindergarten haben wir erreicht, dass alle Kinder faire Startchancen bekommen unabhängig von ihrer Herkunft.

Unter SPD und Grünen hingen in NRW wie in keinem anderen Bundesland Bildungschancen vom Elternhaus ab. Das haben wir geändert und setzen unseren Kurs fort: Wir wollen Aufstieg durch faire Chancen.

Mit der Schaffung von über 8.000 neuen Lehrerstellen konnten wir den Unterrichtsausfall in unseren Schulen halbieren und Klassen kleiner machen. Weil die Bildung unserer Kinder die Grundlage unserer Zukunft ist, werden wir hier weiter investieren. Wir setzen dabei auf eine behutsame Fortentwicklung unseres begabungsgerechten Schulsystems. Mit einer starken FDP wird es keine Experimente auf Kosten der Kinder geben wie unter Schwarz-Grün in Hamburg. Mit einer starken FDP bleibt der Zugang zum Gymnasium erhalten und wird nicht verlost wie unter Rot-Rot in Berlin.

Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz haben wir unsere Hochschulen fit für die Zukunft gemacht. Wir haben Hochschulen qualitativ und quantitativ ausgebaut und vier neue Fachhochschulen ins Leben gerufen. Mit einem Stipendiensystem fördern wir besonders engagierte und begabte Studierende - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Seit der Regierungsübernahme konnte die Zahl der Studienanfänger in NRW um fast 20 Prozent und die der Absolventen um beinahe 30 Prozent gesteigert werden. Wir machen NRW zum Bildungsland Nr. 1, denn wir wollen Aufstieg durch Bildung.

Es kann nur verteilt werden, was vorher erwirtschaftet wurde. Deshalb schafft die FDP Rahmenbedingungen für Leistungsbereitschaft. Leistung muss sich lohnen und derjenige, der arbeitet, muss mehr haben, als derjenige, der nicht arbeitet. Leistungsbereitschaft ist keine Frage der sozialen Herkunft oder der Angehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe. Leistungsbereitschaft ist eine Frage der Geisteshaltung. Zur Sicherung unseres Lebensstandards und zur dauerhaften Sicherung derjenigen, die unsere Hilfe brauchen, werden wir diejenigen entlasten, die unsere Gesellschaft tragen. Dazu gehört die arbeitende Alleinerziehende genauso wie der Unternehmer oder die Krankenpflegerin im Schichtdienst.

Wir wollen Aufstieg durch Leistung ermöglichen. Dafür haben wir in NRW die Rahmenbedingungen geschaffen. Trotz der größten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit ist es uns gelungen, die Arbeitslosigkeit in den letzten fünf Jahren um 22 Prozent zu senken. Die FDP NRW steht für einen klaren ordnungspolitischen Kurs. Wir setzen uns für ei-

nen starken Mittelstand ein, weil wir wissen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen das Rückgrat unserer Gesellschaft sind.

Für mehr Forschung haben wir die Innovationsförderung gegenüber 2005 um fast 25 % erhöht, denn wir wollen auch Innovationsland Nr. 1 werden.

Mit unserer innovativen Forschungspolitik haben wir Brücken zwischen Forschung und mittelständischer Wirtschaft gebaut. Die FDP ist Jobmotor für den Aufstieg in NRW. Wir haben die Zahl der Neuansiedlungen ausländischer Unternehmen in unserem Land mehr als verdoppelt. Dies ist ein eindrucksvoller Beleg für die neue Standortqualität NRW.

Wir reden nicht nur über Nachhaltigkeit, sondern richten unsere Politik entsprechend aus. Wir haben die Nettoneuverschuldung massiv verringert, weil wir Gestaltungsspielräume für kommende Generationen erhalten wollen.

Wir haben eine Energie- und Klimaschutzstrategie entwickelt, die den CO₂-Ausstoß in NRW bis 2020 um 33 Prozent verringern wird. Die FDP begreift den Klimaschutz als große industriepolitische Chance mit positiven Effekten für Beschäftigung und Wachstum.

Mit unserer Politik hat NRW eine bessere Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gewonnen. Mit einer deutlichen Personalaufstockung bei Polizei und Justiz haben wir für mehr Sicherheit gesorgt. Wir konnten mit dem liberalsten Polizeigesetz Deutschlands für mehr Bürgerfreiheit sorgen. Es ist geprägt von Recht auf Privatsphäre, wirksamen Datenschutz und Bewegungs- und Meinungsfreiheit. Gleichzeitig gibt es unseren Polizisten die Handlungs- und Rechtssicherheit, die sie in ihrem täglichen Einsatz benötigen.

NRW wird heute gut regiert. Wir haben Nordrhein-Westfalen von den rot-grünen Abstiegsplätzen im Ländervergleich nach vorne gebracht. Aber ein Platz im gesicherten Mittelfeld genügt uns nicht. Wir wollen mit der Fortsetzung unserer erfolgreichen Politik NRW an die Spitze führen.

Deshalb können wir uns keine Experimente leisten. Nur mit einer starken FDP wird NRW zuverlässig von der Mitte regiert und der Einfluss von Linken und Linksradikalen verhindert.

Nur mit einer starken FDP setzt NRW seinen Aufstieg fort.

Aufstieg durch Bildung

Bildung entscheidet: über die Lebenschancen jedes Einzelnen genauso wie über das Wohlergehen unserer Gesellschaft insgesamt. Sie ist die Voraussetzung für den individuellen sozialen Aufstieg. Und sie ist der Erfolgsfaktor unserer Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb. Deshalb ist Bildung für die FDP ein **Bürgerrecht**. Sie hat für uns **politische und finanzielle Priorität**. Wir wollen Nordrhein-Westfalen bis 2015 zum **Bildungsland Nr. 1 in Deutschland** machen: Von der frühkindlichen Bildung, über Schule und Berufsausbildung bis hin zum Hochschulwesen und zur Weiterbildung wollen wir uns mit den besten Ländern messen.

Unser Ideal ist der **aufgeklärte Bürger**, der seine Freiheit lebt und der **Verantwortung** für sich und andere übernimmt. Jedem Menschen unabhängig von seiner sozialen Herkunft die Chance auf Aufstieg durch Bildung und lebensbegleitende Weiterbildung zu eröffnen, ist gleichermaßen Ziel wie Herausforderung liberaler Bildungspolitik. Chancen sind allerdings keine Garantien: Sie setzen immer individuellen Einsatz und Talent voraus.

Prinzipien liberaler Bildungspolitik sind die **Wahlfreiheit** zwischen Bildungseinrichtungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und zwischen unterschiedlichen Bildungsabschlüssen. Wir wollen jeden Einzelnen in Abhängigkeit von seinen Möglichkeiten **individuell fördern und fordern**. Wir streben pragmatisch beste **Qualität für Bildung** in der Praxis an statt die alten Debatten über Ideologien und Strukturen fortzusetzen. Befähigungen vermitteln wir in Verbindung mit Werten. Wir sind überzeugt, dass autonome **Gestaltungsfreiheit** einer Bildungseinrichtung Kreativität und neue Lösungen freisetzt, wenn **Transparenz** der Ergebnisse und der **Wettbewerb** zwischen den Institutionen die Qualität sichern. Dies sind die Leitlinien unserer Politik, nach denen wir unser Bildungssystem weiterentwickeln werden.. Durch sie können und werden wir Kindern und Jugendlichen die **Werte** unserer Gesellschaft auf der Grundlage unserer Verfassung, **Lebenstüchtigkeit** im Alltag, **Qualifikationen** für ihr Berufsleben und den emanzipierten Umgang mit kulturellen Gütern vermitteln. Unser Anspruch ist, allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die Chance zur Entfaltung ihrer Talente zu eröffnen und sie zu individueller Leistung wie zu gesellschaftlicher Verantwortung zu motivieren. Die FDP ist Partner der Eltern, die ein auch im Alltag verlässliches und **qualitativ hochwertiges Bildungssystem** fordern, das ihren Kindern vielfältige Optionen für die Zukunft eröffnet. Die FDP ist Partner der Lehrerinnen und Lehrer, deren Engagement und Verantwortung für die Zukunft nicht hoch genug bewertet werden kann. Die FDP ist Partner der Kommunen wie der privaten Schulträger, die Unterstützung brauchen, um auch in Zeiten eines demographischen und sozio-technischen Wandels leistungsfähige regionale Bildungslandschaften zu sichern.

In der ersten Legislaturperiode unserer Mitverantwortung in Nordrhein-Westfalen haben wir wesentliche Ressourcen- und Strukturprobleme lösen können. Bis 2015 konzentriert sich die FDP nun auf eine **Qualitätsoffensive im Bildungsbereich**. Wo notwendig, entwickeln wir eingeleitete Reformen aufgrund von praktischen Erfahrungen oder veränderten Rahmenbedingungen weiter. Wir fordern ferner eine grundlegende Neuausrichtung der Schnittstellen und Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen sowie die rechtliche Flexibilisierung von Zugangsvoraussetzungen, insbesondere im zweiten Bildungsweg. Die FDP will so ein ebenso vielfältiges wie durchlässiges **Bildungssystem** schaffen, in dem vernetzt gedacht wird, eine Hand in die andere greift und kein Bildungsweg in einer Sackgasse endet.

Elementarbildung

In der frühen Kindheit werden die **Voraussetzungen für die Persönlichkeitsentwicklung** und den späteren Bildungserfolg geschaffen. Kindertageseinrichtungen unterstützen die Familien bei der Förderung ihrer Kinder vor der Einschulung. Sie wollen kleine Persönlichkeiten stärken, Individualität und Kreativität anregen und für den Schulbesuch notwendige

Grundkompetenzen vermitteln. Zugleich leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit dem **Kinderbildungsgesetz** hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition jahrzehntelange Versäumnisse korrigiert und die Finanzierung der Elementarbildung massiv verbessert: Dadurch stehen heute mit rund 86.000 Plätzen gut siebenmal mehr Plätze für unter Dreijährige zur Verfügung als 2005 – und der Ausbau wird planvoll fortgesetzt. Der pädagogische Bildungsauftrag der Einrichtungen wurde präzisiert, eine systematische Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung im vierten Lebensjahr eingeführt sowie der Verbleib der kirchlichen Träger in der KiTa-Landschaft gesichert. Bis 2012 werden sich insgesamt 3.000 zu Familienzentren weiterentwickelte Einrichtungen neuen Bedürfnissen von Eltern und Kindern widmen. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht. Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder. Die FDP will die **Förder- und Arbeitsbedingungen in den Kindertageseinrichtungen weiter verbessern**.

Ab dem Jahr 2013 haben alle Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag ihres Kindes. Auf Initiative der FDP hat die Regierungskoalition beschlossen, dass die Familien in Nordrhein-Westfalen auf Wunsch bereits zum Kindergartenjahr 2010/2011 für alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr einen Betreuungsplatz erhalten. Wir werden unmittelbar nach der Landtagswahl das Gesetzgebungsverfahren für eine „**Platzgarantie ab zwei**“ einleiten.

Der Kindergartenbesuch vom vierten bis zum sechsten Lebensjahr ist inzwischen die erste Regelstation fast jeder Bildungsbiographie. Wir wollen, dass der Kindergartenbesuch ihrer Kinder für alle Eltern attraktiv ist. Deshalb streben die Freien Demokraten beginnend mit dem letzten Jahr vor der Einschulung den schrittweisen **Verzicht auf Elternbeiträge** für das 25-stündige Grundangebot der Kindertageseinrichtungen an. Erforderlich ist dazu ein gemeinsamer Kraftakt von Kommunen, Land und Bund. Dadurch würden vor allem Familien mit mittleren Einkommen, die unsere Gesellschaft durch ihre Leistungsbereitschaft tragen, endlich entlastet. Da sich die Kommunalisierung der Beitragserhebung nicht flächendeckend bewährt hat, wollen wir als möglichen Zwischenschritt landesweite Höchstgrenzen für kommunal festgesetzte Beiträge prüfen und endlich Rechtssicherheit für Kommunen schaffen, die in eigener Finanzverantwortung auf Beiträge verzichten.

Wir werden die Regelungen des Kinderbildungsgesetzes hinsichtlich ihrer **Handhabbarkeit in der Praxis** auswerten und die pauschalen Mittelzuweisungen des Landes angesichts der Steigerung der Personal- und Sachkosten der vergangenen Jahre prüfen. Insbesondere wollen wir alle Bestimmungen sowie das Handeln von Trägern und Kommunen daraufhin hinterfragen, ob die **Flexibilität der Eltern bei der Buchung** eines Platzes unmittelbar oder mittelbar eingeschränkt wird: Unser Ziel ist, dass jede Familie die passende Betreuungszeit für ihr Kind erhalten kann. Auch eine kurzfristige Veränderung aus wichtigem Grund (etwa Arbeitsplatzwechsel) muss dabei unbürokratisch möglich sein.

Wir wollen die **Qualität der Elementarbildung** und die Verzahnung mit dem Primarbereich weiter verbessern. Dazu werden wir ein übergreifendes, offenes Bildungskonzept von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen mit Leben füllen und in der Praxis verankern. Im Zuge dessen sollen auch die Ergebnisse der KiTa-Sprachstandserhebungen stärker berücksichtigt und die Förderung in der Grundschule fortgeführt werden. Zur Förderung von besonderen Begabungen wie zur Behebung von Lernschwächen sind eine sorgfältige Dokumentation der Entwicklung der Kinder sowie der Einsatz von entwicklungsdiagnostischen Instrumenten erforderlich. Alle Einrichtungen sollen sich auf freiwilliger Basis an einer Begutachtung durch externe Sachverständige stellen können, um bei den Eltern mit einem vom Land zu entwickelnden Qualitätssiegel für sich werben zu können.

Der Umgang mit den unterschiedlichen Interessen und Neigungen, Begabungen und Beeinträchtigungen stellt die Erzieherinnen und Erzieher täglich vor große Herausforderungen. Die Qualifizierung des Fach- sowie des Führungspersonals in den Kindertageseinrichtungen ist deshalb eine bildungspolitische Schlüsselaufgabe. Die FDP strebt an, dass bis 2015 ein **Studium der Sozialpädagogik der frühen Kindheit** oder eine vergleichbare Qualifikation (zum Beispiel langjährige Berufspraxis in Verbindung mit nachgewiesenen Weiterbildungsmaßnahmen) für die Leitung einer Kindertageseinrichtung zur Regel wird.

Um Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, ist es wichtig, den Kindergarten langfristig zu einer Elementarschule auszubauen, die vorschulischen Charakter hat, bei der Pflicht zum Besuch besteht und die spielerisch an das Lernen heranführt. Die Elementarschule soll sich dabei an altersgerechten Lerninhalten orientieren. Eine Elementarschule ist Garant für einen chancengerechten Einstieg in die Bildungslandschaft.

Die FDP **steht für eine Vielfalt von Trägern** der freien Wohlfahrtspflege, Kirchen, Elterninitiativen, Kommunen und sonstige private Anbietern. Private Träger können zusätzliche Leistungen oder Qualitäten bieten und ergänzen die bestehende Einrichtungslandschaft. Das Kinderbildungsgesetz hat diese Kindertageseinrichtungen zwar erstmals in seinen Regelungsbereich aufgenommen, aber eine finanzielle Förderung ausgeschlossen. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, Kommunen die Option einzuräumen, auch private Träger von Kindertageseinrichtungen finanziell wie frei-gemeinnützige Träger zu fördern, wenn sie den gleichen Qualitätsstandards genügen. Die FDP setzt sich für bilinguale Kindertagesstätten ein.

Familienzentren beraten und begleiten Eltern und ihre Kinder über das normale Angebot von Kindertageseinrichtungen hinaus. Sie sind Knotenpunkte im sozialen Netz eines Stadtteils. Der Bedarf endet nicht mit der Einschulung. Deshalb wollen wir, dass auch **Grundschulen zukünftig Familienzentren** werden können. In Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemen müssen Kinder und Familien auch in besonderer Weise gefördert werden, um spätere Benachteiligungen auszuschließen und um möglichen Krisen in der Familie präventiv zu begegnen. Deshalb setzen sich die Liberalen für ein Programm „**Familienzentrum plus**“ ein, mit dem an fünfzig Brennpunktstandorten bestehende Familienzentren ihre Beratungs- und Sozialarbeit intensivieren können.

Schule

In der Schulpolitik hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition in den letzten fünf Jahren eine Trendwende erreicht. Wir sind unserem Ziel näher gekommen, in Nordrhein-Westfalen die besten Schulen Deutschlands zu haben:

Wir haben seit 2005 insgesamt **8.124 zusätzliche Lehrerstellen** geschaffen, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen, individuelle Förderung zu ermöglichen und um hochwertige Ganztagsangebote zu schaffen. Damit hat die FDP ihr Wahlversprechen von 8.000 neuen Lehrerstellen übertroffen. Nach den Plänen von Rot-Grün aus dem Jahr 2004 würden heute dagegen gut 17.000 Lehrer weniger unterrichten. Die deutlich gesunkenen Zahlen von Unterrichtsausfall, Klassenwiederholern und Schulabgängern ohne Abschluss zeigen, dass unsere Bemühungen erfolgreich waren. Den **demographischen Wandel**, der im neuen Jahrzehnt voraussichtlich zu einem Rückgang der Schülerzahlen von über 15 Prozent führt, werden wir insbesondere für kontinuierlich **kleinere Klassen**, die weitere **Minimierung des Unterrichtsausfalls** und den Ganztagsausbau nutzen. In der letzten Wahlperiode haben wir das Schüler-Lehrerstellen-Verhältnis von etwa 19 Schülern pro Lehrer im Jahr 2005 auf 17 Schüler pro Lehrer reduziert. Bis 2015 streben wir eine deutliche weitere Reduzierung an. Wir wollen dadurch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass **an allen Schulformen** keine Klasse mehr eingerichtet wird, die mehr als **25 Schüler** hat.

Die FDP bekennt sich klar zur offenen Ganztagschule als Element zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Seit 2005 haben wir rund 230 Ganztags Hauptschulen mit erweitertem Stellenzuschlag sowie insgesamt 216 Ganztagsrealschulen und -gymnasien eingerichtet. Für den Ausbau von Mensen, Kantinen und Aufenthaltsräumen standen 100 Millionen Euro zur Verfügung. Die Grundschulen mit Offenem Ganztagsangebot haben wir in dieser Zeit vervierfacht, so dass es inzwischen 225.000 Ganztagsplätze an Grundschulen gibt. Die FDP will den flächendeckenden, bedarfsgerechten und qualitativen Ausbau der Ganztagsangebote an allen Schulformen fortsetzen. Hierbei sollen in angemessener Entfernung jeweils ein Ganztagsangebot und ein Halbtagsangebot bestehen, um die Wahlfreiheit sicherzustellen. Um ein umfassendes Angebot an Ganztags- und Halbtagschulen zu gewährleisten, wird der Ganztags tag flexibilisiert, so dass an einzelnen Schulen auch nur einzelne Klassenzüge eine Ganztagsförderung anbieten können. Bis 2015 will die FDP so erreichen, dass **mindestens jede zweite weiterführende Schule ein Ganztagsangebot** vorhält.

Im **neuen Schulgesetz** haben wir die **individuelle Förderung** eines jeden Schülers zum Leitgedanken der Bildungspolitik gemacht, der jetzt nach und nach in der Alltagsrealität ankommt. Wir haben beispielsweise im Sinne des Förderns und Forderns das Einschulungsalter schrittweise abgesenkt, ein verbindliches Grundschulgutachten und den **Englischunterricht** in der ersten Klasse eingeführt, die Erteilung von **Ziffernzeugnissen** am Ende der zweiten Klasse und von **Halbjahreszeugnissen** in der dritten Klasse wiederhergestellt, wir haben **Schuleinzugsgrenzen aufgelöst**, eine **flexible Vertretungsreserve** eingerichtet, Schulen in sozial problematischeren Gegenden durch mehr Lehrerstellen (**Sozialindexstellen**) unterstützt und Noten für das **Arbeits- und Sozialverhalten** einführt. Wir wollen diesen Kurs fortsetzen.

Die FDP setzt sich für den Aufbau eines Stipendiensystems für hochbegabte Schülerinnen und Schüler ein. Diese Stipendien sind unabhängig vom Verdienst der Eltern zu gewähren regulatorische Rahmenbedingungen für Privatschulen, die einer Stipendienvergabe an hochbegabte Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Verdienst der Eltern entgegenstehen, sind abzulehnen.

Nordrhein-Westfalen hat als letztes Land die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs auf acht Jahre vorgenommen („**G8**“). Junge Menschen können ihren weiteren Lebensweg nach der Schule jetzt so früh aufnehmen wie in anderen Bundesländern oder im europäischen Ausland. Die Umstellungsphase war und ist vielerorts noch nicht für alle Beteiligten zufrieden stellend abgeschlossen. Dennoch hat sich die weit überwiegende Mehrzahl der Elternpflegschaften für die Beibehaltung des G8 ausgesprochen. Die FDP will das **G8 deshalb im bestehenden Modell optimieren**: Die Lehrpläne müssen weiter auf den Erwerb von Kompetenzen statt überflüssigem Detailwissen fokussiert, Unterrichtsinhalte gleichmäßiger zwischen Unter-, Mittel- und Oberstufe verteilt werden, um Belastungsspitzen in den unteren Jahrgängen abzubauen. Wir wollen die Erfahrungen in der Gestaltung beispielsweise der Stundenpläne der Gymnasien, an denen die Umstellung besonders frühzeitig gelungen ist, allen Schulen im Sinne von best practise zur Verfügung stellen. Die zehn bis zwölf Ergänzungsstunden der Sekundarstufe I wollen wir für eine Vertiefung des Unterrichtsstoffes und fachliche Hausaufgabenbetreuung anbieten, um die individuelle Förderung zu intensivieren und zugleich die Arbeitsbelastung der Schülerinnen und Schüler zu reduzieren.

Die von der FDP getragene Regierungskoalition hat die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die **Durchlässigkeit zwischen den Schulformen** in allen Jahrgangsstufen erhöht werden kann. Beispielsweise erfolgt eine Beratung nach jedem Schulhalbjahr der Erprobungsstufe (Klassen 5 und 6), danach mit jeder Versetzungsentscheidung, wenn der Notendurchschnitt in den schriftlichen Fächern mindestens 2,0 erreicht.

Wir drängen darauf, dass diese Beratung zielgerichtet auf den „Aufstieg ausgerichtet wird und Eltern und Schülern Ängste genommen werden. Der Wechsel muss durch die gezielte Förderung in Kleingruppen in der aufnehmenden Schule auch praktisch erleichtert werden.

Wir haben im neuen Schulgesetz auch bereits die **Eigenverantwortung der Schulen** eingeführt, die u.a. durch die Übertragung von Dienstvorgesetztereigenschaften oder auch die schulscharfe Lehrereinstellung mittelfristig einen Mentalitätswandel bewirken wird. Mitunter ist die praktische Umsetzung noch inkonsequent. Die FDP will deshalb einen mutigen nächsten Schritt gehen und zukünftig die wirkliche pädagogische, personelle und finanzielle Autonomie und damit die Qualität der Schulen durch ein „**Schulfreiheitsgesetz**“ nach dem Vorbild unseres liberalen Hochschulfreiheitsgesetzes erhöhen. Das im Aufbau befindliche Qualitätsmanagement kann Schulen im Wettbewerb mehr Gestaltungsfreiheit einräumen, optimale Fördervoraussetzungen für die ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Das Profil der Aufgabenwahrnehmung und die Entscheidungskompetenz der Schulleitungen unterliegen durch die Einführung der Eigenverantwortlichen Schule und durch den Ausbau der Autonomie der Schulen einem kontinuierlichen Wandel. Schulleitungsaufgaben entwickeln sich immer stärker in Richtung eines Schulmanagements. Um die Schulleitungsstellen in ihrer gewachsenen Verantwortung zu unterstützen, wollen wir diese attraktiver gestalten.

Wir werden die rechtlichen und fachlichen Möglichkeiten prüfen, allen Schulen budgetierte Mittel zur eigenen Bewirtschaftung für Personal und Sachkosten zur Verfügung zu stellen. Das Budget speist sich in diesem Modell aus staatlichen und kommunalen Mitteln auf der Basis der durchschnittlichen Kosten pro Schüler der jeweiligen Schulform. Die heute schon immer mehr verschwimmende und überkommene Grenze von inneren und äußeren Schulangelegenheiten überwinden wir damit. Diese **Finanzierungsfreiheit** erlaubt rasche und unbürokratische Schwerpunktbildungen in Hinsicht auf das Schulprofil und die konkreten Bedürfnisse vor Ort und geht einher mit der dezentralen **Personalfreiheit** der einzelnen Schule, ihre Lehrer und sonstiges Personal nach eigenen Kriterien auszuwählen, Zeitverträge abzuschließen, – im Zusammenhang mit einem neuen öffentlichen Dienstrecht – leistungsabhängige oder standortbezogene Zulagen zu gewähren und das Lehrerkollegium durch andere Professionen zu ergänzen. Neue Formen der Schulleitung im Sinne einer Trennung von pädagogischer und organisatorischer Leitung sind möglich. Damit könnten die öffentlichen Schulen die gleichen Freiheiten erhalten, über die Privatschulen und viele Schulsysteme im Ausland bereits heute erfolgreich verfügen.

Die FDP fordert den flächendeckenden Einsatz von **Schulverwaltungsassistenten** zur bürokratischen Entlastung der Schulleitungen und zur Befreiung der Lehrkräfte von nicht-pädagogischen Aufgaben. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode mindestens **1.000 Stellen** schaffen und dafür vor allem **vorhandene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung** auf diese Aufgabe vorbereiten und an die Schulen versetzen. Die zusätzlichen Kräfte werden nicht auf die Lehrerstellen angerechnet.

Die Leistungsfähigkeit der Schulen wird heute mittels externer Evaluation durch die Schulinspektion, mit Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten sowie vor allem durch mindestens teilzentrale Aufgabenstellungen in den Prüfungen bei Schulabschlüssen sichergestellt. Die FDP will diese Instrumente durch ein **veröffentlichtes Schulranking** ergänzen, das Qualitäten und Erfordernisse aufzeigt und eine Qualitätssteigerung durch Wettbewerb einleiten soll. Dabei soll ein standardisiertes Evaluationsverfahren eingesetzt werden, das die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten sowie in anonymisierter Form die Bewertung der Lehrkräfte einbezieht und dabei zugleich praktisch in der Handhabung bleibt.

Der **demographische Wandel** ist zugleich Chance und Herausforderung für das Schulwesen. Beispielsweise reduziert sich der Raumbedarf in bestehenden Schulgebäuden mit-

telfristig an vielen Standorten. Die FDP begrüßt, wenn diese Räumlichkeiten zu Arbeitsräumen für Lehrerinnen und Lehrer umgebaut werden. Denkbar ist auch, dass jeder Lehrer einen festen Raum für seinen Unterricht nutzt, den die jeweiligen Klassen aufsuchen. Trotz notwendiger Anstrengungen insbesondere im Primarbereich – etwa durch neue Trägermodelle –, ein wohnortnahes Schulangebot zu erhalten, können sich die Schülerfahrkosten für ländliche Gemeinden erhöhen. Wir werden die Finanzierung der zusätzlichen Kosten deshalb im Zuge der Gemeindefinanzreform prüfen.

Durch den demographischen Wandel und den veränderten Elternwillen unterscheiden sich die Rahmenbedingungen für das weiterführende Schulwesen regional immer stärker. Die FDP will deshalb **das differenzierte, begabungsgerechte Bildungssystem weiterentwickeln**. Wir stehen für eine erweiterte Entscheidungsfreiheit vor Ort und für **neue Möglichkeiten, eine für die örtlichen Gegebenheiten und Wünsche passgenaue Schulstruktur** zu entwickeln. Damit grenzen wir uns von Bildungskonservativen ab, die sich verändernde Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Zugleich wenden wir uns gegen all diejenigen, die sinkende Schülerzahlen und Bildungsstudien nur vorgeben, um in Wahrheit egalitäre gesellschaftspolitische Vorstellungen durch ein Einheitsschulsystem anzustreben, das nicht zur deutschen Bildungstradition passt, das pädagogisch einem gegliederten Schulsystem unterlegen ist, das immense Umstellungskosten verursacht sowie Eltern, Lehrer, Hochschulen und Wirtschaft über eine ganze Generation zutiefst verunsichern würde. Die FDP will neben Haupt-, Real-, Gesamtschulen sowie Gymnasien neue Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zulassen, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen. Dies bedeutet zugleich, dass wir heute erfolgreich arbeitende und demographiefeste Schullandschaften nicht in Frage stellen. Diese Schulform neuen Typs soll im Sinne einer **differenzierten Regionalschule („regionale Mittelschule“)** auch bei sinkenden Schülerzahlen das Angebot äußerlich differenzierter Bildungsgänge und den Zugang zu mittleren Abschlüssen mit hohem qualitativen Anspruch garantieren. Geeignete Schüler können im Anschluss die Fachhochschul- oder die allgemeine Hochschulreife erwerben. Damit möglichst viele Schüler einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen können, wollen wir institutionelle Barrieren abbauen und hierzu unter anderem Kooperationen mit (berufs-)gymnasialen Oberstufen stärken. Wir werden die im Schulgesetz bestehenden Möglichkeiten zur Einrichtung von Schulverbänden zu diesem Zweck konzeptionell und in ihrer Anwendungsbreite weiterentwickeln, beispielsweise indem auf den besonderen Genehmigungsvorbehalt der Landesregierung verzichtet wird.

Dieses liberale Schulmodell bietet vor Ort die notwendige Flexibilität und ist sowohl einem Zweisäulenmodell als auch der Einheitsschule sowie alle anderen Modellen der konkurrierenden Parteien überlegen.

Ein fairer Wettbewerb aller Schulformen setzt die Abschaffung der Gesamtschulprivilegien voraus. Auch an Gesamtschulen muss es zukünftig eine Versetzungsordnung geben, die eine Klassenwiederholung vorsieht, wenn Schüler grundlegende Lernziele nicht erreichen. Für Bildungsabschlüsse an Gesamtschulen müssen dieselben Standards gelten und eingehalten werden wie an Schulen im gegliederten System.

Die gymnasiale Oberstufe am **Berufskolleg** ist eine attraktive Möglichkeit, die allgemeine Hochschulreife mit starker Ausrichtung auf das Berufsleben zu erwerben. Die FDP will die berufsgymnasialen Bildungsgänge stärken und den Berufskollegs in erhöhtem Maße eine eigenständige Festlegung des Angebots der Bildungsgänge erlauben. Das Abitur an beruflichen Schulen hat den gleichen Stellenwert wie ein Abitur an allgemeinbildenden Schulen. Alle zentralen <Abschlussprüfungen müssen anonymisiert korrigiert werden, da nur so Objektivität und Chancengerechtigkeit bei der Benotung sichergestellt werden. Die Be-

rufskollegs sollten zudem beim Ausbau von Aufenthaltsräumen und Kantinen sowie verstärkt durch Schulpsychologen und Sozialpädagogen unterstützt werden, um die Betreuung von besonders förderbedürftigen Schülern zu intensivieren. Generell ist die **Berufsschulpflicht** über das 10. Schuljahr hinaus allerdings dahingehend zu prüfen, ob vertragliche Regelungen bei erwachsenen Schülerinnen und Schülern dieser nicht pädagogisch und rechtlich überlegen wären.

Vielerorts befinden sich Schulgebäude und Sachausstattung in einem beklagenswerten Zustand. Wir wollen deshalb in Abhängigkeit von der Konsolidierung der Landesfinanzen zusätzlich zur Bildungspauschale ein **Landesprogramm zur Verbesserung der räumlichen und technischen Infrastruktur** der Schulen konzipieren. Dafür müssen auch die Kooperationsmöglichkeiten mit der Wirtschaft genutzt werden. Die FDP will insbesondere sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu **modernen Fachräumen für den Unterricht in Naturwissenschaften, Technik und Informatik** erhalten. Wir setzen bei der Nachwuchsgewinnung in diesem Bereich auf eine möglichst frühe und über die ganze Bildungskette angelegte Motivation und Qualifikation. Hierfür wollen wir die landesweit in mittlerweile 25 Zentren „Zukunft durch Innovation“ geschaffene Vernetzung schulischer und außerschulischer Förderangebote in enger Partnerschaft von Schulen, Hochschulen, Kommunen und Wirtschaft weiterführen und ausbauen. Bis 2015 wollen wir ihre Anzahl mehr als verdoppeln.

Die Freien Demokraten haben die **Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer neu gestaltet**. Wir werden Studierenden im Rahmen eines Studiengangs mit Bachelor- und Masterabschluss frühzeitig Praxiserfahrungen vermitteln und ihre pädagogischen Kompetenzen stärken. Dabei wird die Fachlichkeit nicht vernachlässigt. Das Lehramt für die Grundschulen wird im Zuge dessen aufgewertet. Die Kompetenz der Hochschulen bei Konzeption und Angebot der entsprechenden Studiengänge haben wir im Rahmen notwendiger staatlicher Rahmensetzungen und Zielvereinbarungen ausgebaut. Jetzt muss auch die **Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer** intensiviert werden: Bislang betragen die Investitionen in die Lehrerfortbildung nicht einmal 0,5 Prozent des gesamten Personalbudgets für den Schulbereich. Die Mittel für die **Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern müssen schrittweise auf einen 1,5-prozentigen Anteil erhöht** werden. Eine deutliche Steigerung wissenschaftlich begleiteter Weiterbildungsangebote braucht ein entsprechendes Anreizsystem, ähnlich dem Punktesystem für die Weiterbildung von Medizinern. Dieses Punktesystem soll bei Beförderungen oder leistungsbezogenen Zulagen herangezogen werden. Neben unterrichtsbegleitenden Maßnahmen fordern wir die **Einführung eines Fortbildungssemesters**. Spätestens alle zehn Jahre soll es jeder Lehrerin und jedem Lehrer ermöglicht werden, sich ein halbes Jahr in den Ausbildungszentren der Hochschulen fortzubilden, sich mit der neuesten Fachdidaktik vertraut zu machen und neue Impulse für den Unterricht zu erhalten. Umgekehrt ermöglicht dieser Austausch einen näheren Praxisbezug für die sich im Lehramtstudium befindlichen Studierenden. Für Schulleitungen müssen spezielle Weiterqualifikationsmaßnahmen entwickelt werden. Um Unterrichtsausfall für die Kinder und Jugendlichen angesichts des noch bestehenden Fachlehrermangels zu vermeiden, werden auch **Seiteneinsteiger an den Schulen** eingestellt. Die FDP wird insbesondere die qualitative Aus- und Fortbildung dieser Lehrkräfte intensivieren, um für die Schüler den bestmöglichen pädagogischen Unterricht zu gewährleisten. Wir wollen prüfen, ob im Rahmen dessen weitere Berufsgruppen mit entsprechender Qualifikation zugelassen werden können.

Die sich in Folge der höheren Übergangsquote heute stärker als früher unterscheidenden Bedürfnisse und Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler machen eine **Weiterentwicklung der Förderbedingungen am Gymnasium** erforderlich, beispielsweise durch eine Verkleinerung der Klassen und eine methodisch-didaktische Fortbildung der Lehrkräfte. Die FDP will die bereits beschlossene **Reform der gymnasialen Oberstufe** mit Stär-

kung der Kernfächer baldmöglichst umsetzen: Die Überspezialisierung durch das Grund- und Leistungskurssystem wird aufgegeben, die für die Studierfähigkeit grundlegenden Fächer Deutsch, Mathematik und eine fortgeführte Fremdsprache werden mit vier Wochenstunden auf einem erhöhten Anforderungsniveau unterrichtet und im Abitur geprüft. Häufiger als bisher muss Schülerinnen und Schülern auch eine **Flexibilisierung ihrer gymnasialen Schulzeit** ermöglicht werden: Schülerinnen und Schülern mit geringerem Lerntempo wollen wir unter Einbeziehung anderer Schulformen wie dem Berufskolleg alternative Wege zum Abitur in mehr als zwölf Jahren öffnen, den besonders interessierten und begabten Schülern die fachbezogene Teilnahme am Unterricht höherer Klassen („Drehtürmodelle“), das fachbezogene Früh(fern)studium statt Fachunterricht oder den generellen Wechsel in eine andere Jahrgangsstufe. Wir prüfen mit dem Ziel der Individualisierung der Schullaufbahn auch Wege, das Abitur in Modulen ablegen zu können.

Ersatz- und Ergänzungsschulen bereichern die Schullandschaft vielfach durch innovative pädagogische Ansätze, und sie erweitern die Wahlmöglichkeiten der Eltern. Schon heute besteht eine steigende Nachfrage. Deshalb sprechen sich die Freien Demokraten für eine **Privatschulinitiative** aus: Land und Kommunen sollten interessierte private Träger beispielsweise weiterhin aktiv durch Beratung im Gründungsprozess unterstützen. Die Übertragung der Trägerschaft von den Kommunen auf private Initiativen – wie beispielsweise von Handwerkskammern getragene Hauptschulen – wollen wir prüfen.

Die FDP fordert die Einführung von **Jahresarbeitszeitkonten für Lehrer**, um eine gerechte Aufgabenverteilung innerhalb der Schule zu erreichen. So können z.B. für die weiterführenden Schulen nach dem Vorbild des „Mindener Modells“ auch Lehrkräfte in Mangelfächern gezielt von zusätzlichen Aufgaben entlastet und für Unterricht gewonnen werden.

Die FDP will beste **Entwicklungschancen für Kinder mit Behinderungen**. Integrative Angebote und den **Gemeinsamen Unterricht** an allgemeinen Schulen werden wir weiter ausbauen. Den Eltern soll künftig ein grundsätzliches **Wahlrecht** auf einen sonderpädagogischen Förderort eingeräumt werden (Förderschule oder allgemeine Schule in zumutbarer Entfernung). Für zahlreiche Kinder und Jugendliche mit Behinderungen stellt der gemeinsame Unterricht an einer allgemeinen Schule die individuell beste Fördermöglichkeit dar. Jedoch ist es für die FDP unverzichtbar, dass es auch zukünftig ein flächendeckendes Angebot an Förderschulen geben muss. Alternativ zum Gemeinsamen Unterricht wünschen viele Eltern den Besuch ihrer Kinder in Förderschulen, in denen für die besondere Aufgabenstellung der sonderpädagogischen Förderung in kleinen Lerngruppen speziell ausgebildete Lehrer tätig sind, die mit besonderer Fachkompetenz und Hingabe daran arbeiten, die Bildungschancen und Lebenssituation benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu verbessern. Für die FDP ist das entscheidende Kriterium für die Wahl des Förderortes das Wohl des Kindes. Daher darf das Elternwahlrecht im Interesse der Kinder nicht schrankenlos sein. So wie das Elternrecht auch im allgemeinen Schulrecht beim Wechsel der Kinder auf weiterführende Schulen seine Grenzen findet, wenn das Wohl des Kindes in Frage steht, muss dieses Kriterium selbstverständlich auch für die gemeinsame Unterrichtung gelten. Dazu wird die Anzahl der bereits genehmigten **30 Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung**, die unterschiedliche Angebote und Förderorte koordinieren, auf zunächst 50 erhöht. Wir wollen prüfen, ob an den Förderschulen, die Kompetenzzentren geworden sind, eine Stammschülerschaft verbleibt oder ob Kompetenzzentren auch an allgemeinen Schulen etabliert werden können. Für Risikoschüler benötigen wir eine abgestimmte Strategie zwischen Schule und Erziehungshilfe.

Um Schülerinnen und Schülern frühzeitig ein **Orientierungswissen über unsere Wirtschaftsordnung** und ihre Rechte als Verbraucher zu vermitteln, fordert die FDP die systematische Einbeziehung entsprechender Inhalte in den bestehenden Fachunterricht aller weiterführenden Schulen. Alternativ prüfen wir die Einführung eines eigenständigen Fa-

ches „Wirtschaft“. Schulbücher müssen auf ihr Bild unserer Wirtschaftsordnung hin überarbeitet werden: Zu oft dominieren noch Klischees insbesondere zur Rolle von Unternehmen.

Die modernen Medien dominieren unsere Welt heute anders als noch vor zwanzig Jahren. Der Unterricht sollte deshalb dem Erwerb von Medien- und Internetkompetenz stärker Rechnung tragen.

Da Gesellschaften nicht statisch sind und daher unter anderem die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung kontinuierlichen Veränderungen unterliegt, sollten diese Veränderungen sich auch in der Schule widerspiegeln. So sollte noch stärker um **Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund** und als außerschulische Partner geworben werden. Möglicherweise könnte auch ein vermehrter Einsatz beruflich erfolgreicher **Migranten als Lernbegleiter** Kinder und Jugendliche motivieren und einen Vorbildcharakter einnehmen. Die Einstellung von Männern als Erzieher und Grundschullehrer soll gefördert werden.

Um die **Sicherheit an den Schulen** zu erhöhen, ist die Unterstützung der Schulträger bei der Einführung eines technischen Frühwarnsystems bei Amokläufen (entsprechend den Feuerwarnmeldern) sowie ein schulisches Schließsystem, in dem die Türen von außen nicht zu öffnen sind, zu prüfen. Eine Videoüberwachung an Schulen lehnt die FDP ab, da sie nur eine Scheinsicherheit suggeriert und vor Amokläufen nicht schützen kann.

Die FDP will das Angebot **bilingualen Unterrichts** bzw. bilingualer Züge an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen erhöhen. Dieses Wettbewerbsmerkmal darf nicht überwiegend Privatschulen vorbehalten bleiben. Beispielsweise kann der Fachunterricht in der ersten Fremdsprache erteilt werden. Wir werden dafür die entsprechenden Materialien und Empfehlungen des Landes erweitern und aktiv bei Schulträgern und Schulen werben. Wir wollen insbesondere mehr „**Europaschulen**“ zertifizieren. Bilinguale Schulen sollten interessierten Schülern auch die Möglichkeit bieten, parallel zum Abitur das International Baccalaureate (IB) zu erwerben.

Hochschule

Auf dem Weg zum **Hochschulland Nr. 1** ist Nordrhein-Westfalen seit dem Regierungswechsel 2005 weit vorangekommen. Aus der heute dichtesten Hochschullandschaft Europas mit 68 Hochschulen, mehr als 50 außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie rund 100 an den Hochschulen angesiedelten Forschungsinstituten soll bis 2015 die beste Hochschullandschaft Europas werden.

Wir setzen dabei auf eine hervorragende Ausbildung des **wissenschaftlichen Nachwuchses**, auf **exzellente Forschung** und auf intensive **Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft**.

Für die FDP war von Beginn an klar: Unsere Hochschulen brauchen hierzu grundlegend neue und freiheitliche Rahmenbedingungen, um in eigener Verantwortung engagiert für Qualität in Lehre und Forschung einstehen zu können. Ein hohes Maß an **Autonomie und Entscheidungsfreiheit** zählt ebenso dazu wie eine verlässliche Finanzierung. Auf der Grundlage der Globalbudgetierung will die FDP den nordrhein-westfälischen Hochschulen erneut in der kommenden Legislaturperiode über den gesamten Zeitraum von fünf Jahren durch einen „Zukunftspakt“ **Finanzierungssicherheit** zu geben.

Um den Weg zum Hochschulland Nr. 1 frei zu machen, hat die Regierungskoalition deshalb bereits Anfang des Jahres 2007 mit dem **Hochschulfreiheitsgesetz** einen neuen Rechtsrahmen für die Hochschulen geschaffen und Vereinbarungen getroffen, die den Hochschulen finanzielle Sicherheit und Verlässlichkeit garantieren.

Das Hochschulfreiheitsgesetz und die darin vorgesehenen neuen Leitungsgremien haben

sich bewährt: Die nordrhein-westfälischen Hochschulen haben ihr Profil geschärft und im internationalen Wettbewerb an Sichtbarkeit gewonnen. Ihre Attraktivität hat zudem für Studierende und Kooperationspartner erkennbar zugenommen.

Nirgendwo sonst in Deutschland haben die Hochschulen heute so viel **Gestaltungsraum** wie in Nordrhein-Westfalen. Und noch nie waren die Hochschulen des Landes finanziell so gut ausgestattet wie derzeit. Durch steigende Landeszuschüsse, weitere Landes- und Bundesmittel sowie durch die Studienbeitragseinnahmen haben die Hochschulen des Landes **heute 600 Millionen Euro mehr zur Verfügung als im Jahre 2005**. Die Zeiten der chronischen Unterfinanzierung der nordrhein-westfälischen Hochschulen sind vorbei und werden mit der FDP auch nicht zurückkehren.

Das sozialverträglichste **Studienbeitragsgesetz** Deutschlands hat sich bewährt: Es stellt sicher, dass in Nordrhein-Westfalen jeder, der die Zugangsvoraussetzungen für ein Hochschulstudium erfüllt, unabhängig vom Einkommen der Eltern erfolgreich studieren kann. Dafür stellt der Staat öffentlich-rechtliche Darlehen zu Selbstkostenkonditionen zur Verfügung, die erst nach dem Studienabschluss in Raten zurückgezahlt werden müssen. Das Studienbeitragsgesetz sichert den Hochschulen jährlich Einnahmen von bis zu **280 Millionen Euro für die Verbesserung von Studienbedingungen und Lehre**. Der Stifterverband und das Deutsche Studentenwerk haben den Hochschulen des Landes in ihrem Bericht erneut einen verantwortungsvollen Umgang mit den Einnahmen aus Studienbeiträgen bescheinigt. Ein Großteil der Mittel wird in **zusätzliches Lehrpersonal**, verbesserte technische Ausstattung von Seminarräumen und Laboren sowie in Tutoren- und Mentorenprogramme investiert. Der Bericht zeigt auch, dass die **Zufriedenheit der Studierenden mit der Verwendung der Studienbeiträge überwiegt** und weiter zunimmt. Die FDP begrüßt die von den Hochschulen flexibel und eigenverantwortlich praktizierte Anwendung des Studienbeitragsgesetzes. Hierzu zählt auch die Freistellung von Studienbeiträgen von Studierenden in Prüfungssemestern.

Die FDP will für die Hochschulen die Möglichkeit der Einnahmeerzielung aus **Studienbeiträgen** in Höhe von maximal 500 Euro pro Semester erhalten. Gleichzeitig wird die FDP weiterhin darauf drängen, dass die Mittel zeitnah, treffsicher und im Interesse und unter einflussreicher Mitwirkung der Studierenden, wie gesetzlich verankert, zur Verbesserung von Studium und Lehre verwendet werden. Die FDP strebt an, dass künftig die **Hälfte der Studienbeitragseinnahmen für zusätzliche Professuren und wissenschaftliches Personal** eingesetzt wird. Auf diese Weise könnte die Betreuungsrelation nachhaltig verbessert werden.

Dies wäre auch für eine erfolgreiche Gestaltung des Bologna-Prozesses ein wichtiger Beitrag. Die Ziele des **Bologna-Prozesses**, die Förderung von Mobilität, von internationaler Wettbewerbsfähigkeit und von Beschäftigungsfähigkeit, sind richtig und wichtig. Erste Erfolge bei **der Studiennachfrage, der Studiendauer** und der Zahl der Absolventen belegen dies auch für Nordrhein-Westfalen. So steigt die Zahl der Studienanfänger und der Absolventen seit Jahren kontinuierlich und die **Absolventenquote in der Regelstudienzeit** hat sich seit 2005 von 21,4 Prozent auf heute 28,1 Prozent erhöht.

Die FDP verkennt jedoch nicht, dass es bei der Umsetzung des Prozesses noch **Verbesserungsbedarf** gibt. Es ist notwendig, die während des Bildungsstreiks angesprochenen Probleme und die vorgetragenen Argumente gemeinsam mit den Hochschulen und Studierenden zu analysieren und notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen. Zu überprüfen ist, ob auf einzelne **Prüfungselemente sowie Anwesenheitsverpflichtungen verzichtet werden kann**, ohne das Gesamtqualifikationsziel zu beeinträchtigen, ob es eine den Zielen des Studiengangs angemessene Vielfalt an Prüfungsformen gibt, ob der Praxisbezug und ob die nationale und internationale Mobilität in angemessener Weise gewährleistet ist. Die Hochschulen haben sich hierzu in einem gemeinsamen Memorandum verpflichtet. Im

März dieses Jahres haben die Hochschulen ihre ersten Berichte zu konkreten Veränderungen vorgelegt, die sie gemeinsam mit den Studierenden erarbeitet haben. Erste Verbesserungen sind umgesetzt worden, weitere in konkreter Planung. Zum Ende des Sommersemesters werden die Hochschulen einen erneuten Bericht erarbeiten.

Um die Betreuungsrelation nachhaltig zu verbessern, müssen die Hochschulen angehalten werden, ihre gewachsenen finanziellen Spielräume für zusätzliches Lehrpersonal zu nutzen. Für eine so zu erreichende Verbesserung der Lehre stehen den Hochschulen **Mittel aus Studienbeiträgen und aus dem Hochschulpakt** in hinreichendem Umfang zur Verfügung. Studiengänge, die bislang mit dem Staatsexamen abschließen, sollen ebenfalls in den Bologna-Prozess einbezogen werden. Dabei darf die Umstellung nicht zu einer Verlängerung der Gesamtausbildungsdauer führen.

Seit 2005 ist der Zahl der Hochschulabsolventen in Nordrhein-Westfalen um 25 Prozent gestiegen. Erstmals ist es dem Land damit gelungen, bei der Akademikerquote über dem Bundesdurchschnitt zu liegen. Und dieser Trend setzt sich weiter fort: 2009 haben sich mehr junge Menschen als jemals zuvor für ein Studium in NRW entschieden. Langfristig ist es Ziel der FDP, 50 Prozent eines Jahrgangs einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation zu ermöglichen.

In dieser Legislaturperiode hat Nordrhein-Westfalen im Rahmen des **Hochschulpakts I** dazu bereits 26.000 Studienanfängerplätze geschaffen. Im kommenden Jahrzehnt wird die Zahl der Studienanfänger nochmals deutlich steigen. Allein in den Jahren 2011 bis 2015 erwartet das Land rund **90.000 zusätzliche Erstsemester**. Vor allem der **doppelte Abiturjahrgang in den Jahren 2013/14** wird große Herausforderungen für die Hochschulen mit sich bringen: Ziel der FDP ist es, dass jedem Hochschulzugangsberechtigten, der in Nordrhein-Westfalen ein Studium aufnehmen möchte, ein qualitativ hochwertiger Studienplatz angeboten werden kann. Hierzu erhalten unsere Universitäten und Fachhochschulen im Rahmen des **Hochschulpaktes II insgesamt 1,8 Milliarden Euro**. Die Hälfte davon finanziert das Land. Die FDP will sicherstellen, dass die Ausfinanzierung des Hochschulpaktes II im Landeshaushalt verankert bleibt.

Der **Ausbau der nordrhein-westfälischen Fachhochschullandschaft** mit seinen drei Neugründungen Hamm-Lippstadt mit den Standorten in Hamm und Lippstadt, Rhein-Waal mit den Standorten in Kleve und Kamp-Lintfort und Ruhr West mit den Standorten in Mülheim und Bottrop sowie an den acht weiteren Ausbaustandorten leistet einen weiteren Beitrag zur **Schaffung von insgesamt 10.000 Studienplätzen**. Der Ausbau ist zugleich auf die Stärkung der **MINT-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik** ausgerichtet, denn Absolventen dieser Fächer werden in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt besonders gefragt sein. Mit dem Ausbau der Fachhochschullandschaft wollen wir daher auch eine **strukturelle Fachkräftelücke in diesem Bereich vermeiden**.

Gleiches gilt mit Blick auf den Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften im Gesundheitswesen für die **neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe** auf dem Gesundheitscampus in Bochum. Beginnend mit dem Wintersemester 2010/11 wollen wir hier **1.000 neue Studienplätze** schaffen.

Die FDP will sicherstellen, dass die neuen Fachhochschulen bei der Aufnahme ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit die notwendige Unterstützung durch die Landesregierung erhalten. Insgesamt wollen wir bis 2020 für den Fachhochschulausbau **1,3 Milliarden Euro investieren und 11.000 neue Studienplätze schaffen**. Ziel der FDP ist es, im Interesse der Praxisnähe den Anteil der Fachhochschulen an der Hochschulausbildung von derzeit 25 Prozent auf 40 Prozent zu erhöhen. Davon erhoffen wir uns auch, dass sich mehr junge Menschen aus Elternhäusern ohne akademische Tradition für die Aufnahme eines Studiums entscheiden.

Darüber hinaus ist es Ziel der FDP, den Zugang zum **Studium ohne Abitur** zu erleichtern. Fachkräfte mit beruflicher Erfahrung wie beispielsweise Handwerks- oder Industriemeister sollen künftig auch ohne Abitur an den Hochschulen in NRW studieren können. Damit soll sowohl **sozialer Aufstieg** erleichtert als auch ein **Beitrag zur Vermeidung des Fachkräftemangels** geleistet werden. Zudem werden durch diese neuen Studierenden das Hochschulstudium und die Berufspraxis besser vernetzt.

Die FDP strebt eine qualitative Weiterentwicklung und strukturelle Neuorganisation der **Verwaltungsfachhochschulen** an. Durch eine Verbesserung der Ausbildungsqualität und des Qualitätsmanagements soll dabei den gestiegenen Anforderungen des öffentlichen Dienstes Rechnung getragen werden. Die heutigen Verwaltungsfachhochschulen sollen als dezentrale Nachwuchsakademien unter einem Dach organisiert und den allgemeinen Fachhochschulen in Lehre, Forschung, Transfer und Weiterbildung gleichgestellt werden.

Die strukturelle Weiterentwicklung der Verwaltungsfachhochschulen soll vor allem auch mit dem Ziel der Modernisierung und **Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung** selbst erfolgen, indem sie die hierzu notwendigen und bestens qualifizierten Nachwuchskräfte ausbildet. Zur Modernisierung und Effizienzsteigerung der Landesverwaltung soll eine mit dieser Zielsetzung weiterentwickelte Verwaltungsfachhochschule auch **mit anwendungsbezogenen Forschungs- und Entwicklungsprojekten** wichtige Beiträge leisten.

Zudem könnte eine neue Fachhochschule für Verwaltungsmanagement für externe Studierende geöffnet werden, um so auch Leitungskräfte für Nichtregierungsorganisationen und sonstige Sozialverwaltungen ausbilden zu können.

Wir wollen eine „**Initiative duales Studium**“ in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Verbänden und Berufsschulen ergreifen. Eine entsprechende Empfehlung zum **Ausbau der Zugangswege zum Studium** findet sich auch im Bericht der Zukunftskommission "NRW 2025". Mit dem dualen Studienangebot können auch diejenigen erreicht werden, die sich bislang oftmals für eine Ausbildung und gegen ein Studium entschieden haben. Gerade im MINT-Bereich benötigen wir diesen motivierten und gut ausgebildeten Nachwuchs, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

Die FDP will eine **starke zweite Säule der Studienfinanzierung** etablieren. In Nordrhein-Westfalen wurde auf Initiative der FDP mit dem nordrhein-westfälischen Stipendiensystem bereits zum Wintersemester 2010/11 ein äußerst vielversprechender und erfolgreicher Einstieg gemacht: Mit 300 Euro monatlich werden **die begabtesten Studierenden unabhängig vom Einkommen der Eltern gefördert**. Die Hälfte eines jeden Stipendiums werben die Hochschulen bei privaten Förderern ein, das Land gibt die andere Hälfte dazu. Ausgewählt werden die **Stipendiaten nach Begabung und Leistung** durch die Hochschulen, die gemeinsam mit den privaten Geldgebern die Details der Förderung gestalten. Dank der regen Beteiligung vor allem kleinerer und mittlerer Unternehmen wurde das für 2010/11 insgesamt 1.200 Plätze umfassende Kontingent bereits voll ausgeschöpft, so dass weitere 200 Plätze bereitgestellt und finanziert wurden.

Die FDP will das Programm in den kommenden Jahren kontinuierlich ausbauen. Ziel der FDP ist es, das **NRW-Modell letztlich bundesweit zu etablieren**. Mit der Unterstützung des Bundes, die nach dem Vorschlag Nordrhein-Westfalens analog zur Bafög-Finanzierung 65 Prozent der staatlichen Mittel ausmachen soll, könnte die Anzahl der jährlich zu vergebenen Stipendien verdreifacht werden. **Innerhalb von vier Jahren soll so jeder zehnte Studierende in der Regelstudienzeit ein Stipendium erhalten**.

Im Rahmen der **Exzellenzinitiative I** konnten die nordrhein-westfälischen Universitäten bereits beachtliche Erfolge erzielen. Mit zwölf erfolgreichen Anträgen in den Förderlinien Graduiertenschulen und Exzellenz-Cluster erreichte Nordrhein-Westfalen ein Fördervolu-

men von gut 350 Millionen Euro. Hinzu kommt das erfolgreiche Zukunftskonzept der RWTH Aachen, so dass Nordrhein-Westfalen in der Gesamtbilanz zusammen mit Bayern Platz zwei erreichen konnte. Die **Exzellenzinitiative II** wird im März 2010 ausgeschrieben und umfasst den Zeitraum bis 2017. Sie ist mit **2,7 Milliarden Euro** dotiert, wobei die Mittel zu drei Vierteln vom Bund und zu einem Viertel vom jeweiligen Sitzland der Projekte getragen werden. Wie in der ersten Runde umfasst das Programm die drei Förderlinien **Graduiertenschulen, Exzellenz-Cluster und Zukunftskonzepte**. Die FDP setzt sich dafür ein, dass aussichtsreiche nordrhein-westfälische Universitäten bei ihren Antragstellungen weiterhin die notwendige **Unterstützung durch das Land** erhalten. Die FDP wird zudem dafür streiten, dass im Landeshaushalt die notwendige Vorsorge für eine erfolgreiche Teilnahme an der Exzellenzinitiative II getroffen wird. Voraussetzung für die Unterstützung durch das Land muss jedoch sein, dass die Universitäten ein Zukunftskonzept für exzellente Lehre vorlegen und Fortschritte bei der Verbesserung von Studium und Lehre nachweisen können.

Nachdem die Regierungskoalition weitreichende Verbesserungen bei den rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen erreichen konnte, ist aus Sicht der FDP eine gewaltige Initiative zur nachhaltigen, **baulichen Modernisierung der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft notwendig**. Wir wollen **bis zum Jahr 2020 acht Milliarden Euro in die Modernisierung und Sanierung der 33 öffentlichen Hochschulen investieren** und den Modernisierungs- und Sanierungsstau an den nordrhein-westfälischen Hochschulen und den Universitätsklinika vollständig auflösen. Das Programm ist in Zeiten weltweiter Konjunkturschwäche zudem ein wichtiges Signal zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Es sieht für die erste Modernisierungsstufe in den Jahren 2009 bis 2015 Investitionen in Höhe von fünf Milliarden Euro vor. Damit erhöht sich das jährliche Investitionsvolumen gegenüber den Jahren vor 2005 um durchschnittlich 75 Prozent oder in absoluten Zahlen um 300 Millionen Euro. So wollen wir Hochschulgebäude und Universitätsklinika bautechnisch auf den neuesten Stand bringen und **beste Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung schaffen**. Außerdem soll bis 2013 sichergestellt werden, dass die **Hochschulen ausreichende Räume für den doppelten Abiturjahrgang** anbieten können. Die FDP hält an ihrem Ziel fest, nach Abschluss des Modellversuchs für das Liegenschaftsmanagement an der Universität zu Köln und Hochschule Bonn/Rhein-Sieg allen Hochschulen die Option zu eröffnen, ihre Hochschulgebäude und Liegenschaften selbst zu verwalten.

Die FDP hat sich dafür stark gemacht, dass der Bereich Wissenschaft und Forschung mit einem stattlichen Betrag in Höhe von **464 Millionen Euro** vom **Konjunkturpaket II** profitiert. So ist es möglich, dass bis 2011 200 Millionen Euro in Universitätskliniken, 120 Millionen Euro für die Sanierung der Studentenwohnheime, 80 Millionen Euro in Forschungsbauten und weitere 64 Millionen Euro in bauliche Maßnahmen an Hochschulen investiert werden.

Der **Hochschulsport** ist eine wichtige Verstärkung für Klima und Teamgeist auf dem Campus. Attraktive Hochschulsportangebote tragen dazu bei, dass sich Studierende an ihrer Hochschule wohlfühlen. Körperliche Fitness ist eine gute Voraussetzung für gute Leistungen im Studium. Im Hinblick auf die Zufriedenheit der Studierenden mit dem Hochschulsportangebot sind die NRW-Hochschulen heute schon führend in Deutschland. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, ist es unser Ziel, die Attraktivität des Angebots gleichsam zu stärken. Junge Spitzensportlerinnen und Spitzensportler wollen wir darin unterstützen Studium und Spitzensport noch besser vereinbaren zu können. Die landesweite Woche des Hochschulsports mit ihren großartigen Impulsen für den Hochschulsport wollen wir dauerhaft etablieren.

Kinder- und Jugendpolitik

Die Jugendverbände, die offene, kulturelle und die Jugendsozialarbeit leisten einen zent-

ralen Beitrag zur Förderung von jungen Menschen. Neben Bildung und Erziehung in Familie, Schule und Beruf sind sie ein eigenes Feld der Persönlichkeitsentwicklung und der sinnvollen Freizeitgestaltung. Die FDP wird dieses Engagement weiter unterstützen.

Im **Kinder- und Jugendförderplan** stehen jährlich rund 80 Millionen Euro für diese Aufgaben zur Verfügung – und damit spürbar mehr Mittel als 2005. Zugleich wurden die Vergabeverfahren vereinfacht. Den Weg zu einer unbürokratischen Mittelvergabe wollen wir weiter gehen. Für eine optimale Umsetzung ist es beispielsweise unerlässlich, dass die für den Kinder- und Jugendförderplan formulierten **Förderrichtlinien** präziser und trennschärfer formuliert werden. Die zahlreichen Evaluationsverfahren wollen wir dazu verschlanken und auf wesentliche Instrumente zur Qualitätssicherung beschränken. Der mit den Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit vom Land geschlossene „**Pakt mit der Jugend**“ muss über seinen Charakter als wichtige Kommunikationsmaßnahme hinaus mit Leben gefüllt werden: Er braucht jugendpolitischen Mehrwert und muss stärker an den wirklichen Wünschen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen orientiert werden.

Schulen sind auf dem Weg zu Ganztageseinrichtungen. Deshalb ist es sinnvoll, durch dauerhafte und partnerschaftliche Kooperation von Jugendhilfe und Schule Strukturen zu schaffen, die die Chancengleichheit und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu eigenständigen und selbstbestimmten Persönlichkeiten fördern. Der Prozess der Kooperation und der Kommunikation zwischen Jugendhilfe und Schule muss weiter vorangetrieben werden.

Viele Tausend Jugendliche übernehmen in **Jugendverbänden** ehrenamtlich Verantwortung. **Offene Jugendeinrichtungen** sind niedrigschwellige und nichtkommerzielle Freizeitangebote im Stadtteil. Beide Bereiche sind für die FDP tragende Säulen der Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen. Im Bereich der offenen Jugendarbeit ist das Finanzierungssystem, das Landesmittel pauschal an Kommunen ausschüttet und sich am Bestandschutz orientiert, vor dem Hintergrund veränderter örtlicher Bedarfe zu prüfen. Die **kulturelle Jugendarbeit** öffnet jedem die Chance, sich als Kulturschaffender zu erfahren. Neben den Musikschulen fördert das Land auch die Jugendkunstschulen und zahlreiche Arbeitsgemeinschaften, die die kulturelle Förderung zu ihrem Schwerpunkt gemacht haben. Die **Jugendsozialarbeit** wird insbesondere als Kooperationspartner von Schulen und Ausbildungsbetrieben gebraucht, um Jugendliche mit erzieherischem Förderbedarf vor und während des Berufseinstiegs zu unterstützen. Ihre Ressourcen müssen auch in sozialen Brennpunkten stärker genutzt werden.

Ein Schwerpunkt liberaler Jugendpolitik ist die Stärkung der **Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen**. Dabei wollen wir insbesondere die Initiativen zur Beteiligung der nachwachsenden Generation an politischen Entscheidungen intensivieren. Die Förderung von Partizipationsprojekten in der Kommunalpolitik wollen wir in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung weiter ausbauen, um die Städte und Gemeinden kinder- und jugendgerechter zu machen und um für unsere Demokratie zu werben. Die FDP bekräftigt ihren Willen, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an sich betreffenden Entscheidungen der Kommunalpolitik in der Gemeindeordnung zu verankern. Den in jedem Jahr stattfindende **Jugendlandtag** wollen wir – möglicherweise unter Einbeziehung der gewählten Gremien in Kommunen und der Schülervertretungen – von einer Maßnahme der politischen Bildung zu einem Instrument echter Jugendbeteiligung auf Landesebene weiterentwickeln.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen

In einer sich rasant verändernden Wissensgesellschaft ist eine **kontinuierlich betriebene Weiterbildung** von entscheidender Bedeutung für die persönliche Entwicklung des einzelnen Bürgers ebenso wie für die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Betriebe und letztlich

unserer Gesellschaft und Wirtschaft insgesamt.

Lebenslanges Lernen ist zu einer ständigen Herausforderung für alle Bürger geworden. Immer mehr Menschen beherzigen dies für die Planung ihrer eigenen Bildungsbiographie. Immer zahlreicher organisieren Unternehmen systematische Personalentwicklungsprogramme für den Erhalt sowie den Ausbau der Qualifikationen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und schließlich ist **Weiterbildung** bis ins hohe Alter hinein eine **Grundvoraussetzung für eine aktive Teilhabe Älterer am gesellschaftlichen Leben**.

Für Weiterbildung existiert eine individuelle und gesellschaftliche Verantwortung: Jeder einzelne muss Interesse an Weiterbildung haben und für sich selbst Verantwortung übernehmen. Aufgabe von Politik und Arbeitgebern ist es, Menschen dabei zu unterstützen, die jeweils erforderlichen Kenntnisse, Kompetenzen und Fähigkeiten erwerben zu können.

Weiterbildung muss Menschen Urteilsfähigkeit und Orientierungskompetenz vermitteln. Sie soll auf Anforderungen vorbereiten, die sich dem Einzelnen als Arbeitnehmer, Unternehmer, Staatsbürger, ehrenamtlich Tätigen oder Elternteil im Zeitalter der schnellen technologischen Veränderung stellen. Ein **ganzheitlicher Weiterbildungsbegriff** schließt daher bewusst allgemeine, politische und berufliche Weiterbildung sowie Familienbildung mit ein, da alle Komponenten ihren Beitrag zum Prozess des lebenslangen Lernens liefern.

Unverzichtbare Aufgabe von Weiterbildung ist und bleibt der Erwerb von **Schlüsselqualifikationen**, die es Menschen ermöglichen, private wie berufliche Anforderungen kompetent zu bewältigen und so Handlungsfähigkeit in Bezug auf das soziale Umfeld, den beruflichen Werdegang sowie für Familie und die eigene Person zu erlangen. Angesichts einer immer stärkeren Reformnotwendigkeit und sichtbarer Wandlungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft gewinnen lebenslange Anpassungsfähigkeit, Flexibilität, Urteilskraft, Selbständigkeit, Werteorientierung, interkulturelle Kompetenz, Teamfähigkeit sowie Medien-, Methoden- und Sprachkompetenz kontinuierlich an Bedeutung. Menschen müssen lebenslang Neues lernen und die Fähigkeit erwerben, Gelerntes anzuwenden. Im Kontext dieser Anforderungen steigen die Erwartungen an zuständige Institutionen. Weiterbildungseinrichtungen müssen gesellschaftliche, technische und ökonomische Entwicklungen reflektieren und antizipieren sowie neue methodische, didaktische und pädagogische Konzepte entwickeln, um den Wandel zu gestalten.

Die institutionelle Tradition und hauptamtliche Professionalität bilden eine gute Grundlage dafür. Die Aufgabe der Einrichtungen hat sich vom Bereitstellungsauftrag zu einer Gestaltungsaufgabe gewandelt.

Weiterbildungseinrichtungen helfen nicht nur individuell bei der Vermittlung persönlicher und beruflicher Kompetenzen, sondern sind zugleich **Standortfaktor und Träger der regionalen Strukturentwicklung**.

Die nordrhein-westfälische Weiterbildungslandschaft steht zukünftig vor großen inhaltlichen wie strukturellen Herausforderungen:

Die FDP möchte die **Weiterbildungsbereitschaft insbesondere bei bildungsferneren Bevölkerungsgruppen erhöhen**. So wollen wir eine sozial ungerechte Teilung unserer Gesellschaft in an Weiterbildung Teilhabende und Nicht-Teilhabende vermeiden. Hierzu wollen wir mehr Transparenz bei den Weiterbildungsangeboten schaffen und ein verbessertes Weiterbildungsmarketing und eine kompetentere Lernberatung unterstützen. Wir wollen zur Erhöhung der Weiterbildungsmotivation eine Verbesserung der Rahmenbedingungen unterstützen. Hierzu zählen möglichst **wohntnahe Angebote**, die Möglichkeit des arbeitsbegleitenden Lernens und die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse hin-

sichtlich Lernzeiten und veränderter Lerngewohnheiten.

Die FDP möchte die vorhandene **Angebotsvielfalt erhalten** und durch Kooperation auf kommunaler und regionaler Ebene besser vernetzen. Wir wollen so regional vernetzte Bildungslandschaften schaffen, ohne jedoch auf berufliche Fragen spezialisierte Anbieter aus dem Markt zu verdrängen. Wir werden Schulen, Berufskollegs, Hochschulen, Kammereinrichtungen sowie öffentliche und private Weiterbildungsinstitutionen darin bestärken und unterstützen, an der Herausbildung einer zusammenwachsenden Angebotslandschaft mitzuwirken. Insbesondere wollen wir duale, Verbund- und Fernstudiengänge weiter ausbauen. Eine regional **vernetzte Weiterbildungslandschaft** kann effizienter arbeiten und ein Element für eine erfolgreiche **Strukturentwicklung** sein.

Aus Sicht der FDP müssen traditionelle Lernformen durch Medienunterstützung und neue pädagogische Vermittlungswege ergänzt werden. Vor allem moderne Lerntechniken wie ganzheitliche **e-Learning-Konzepte** bilden wichtige Voraussetzungen für eine größere Teilnahmemöglichkeit. Gerade für Berufstätige ergeben sich aus den digitalen Lehrangeboten neue Möglichkeiten zu einem begleitenden Studium, auch Studium und Familie werden besser vereinbar.

Die FDP wird die Förderung der nordrhein-westfälischen Weiterbildungslandschaft darauf ausrichten, dass das Angebotsprofil der Weiterbildung stärker der **demographischen und interkulturellen Entwicklung** Rechnung trägt. Der Berücksichtigung senioren gerechter Angebote sowie der Alphabetisierung und Integration von Migranten kommt angesichts der heutigen Partizipationslücke dieser Zielgruppen eine erheblich wachsende Bedeutung zu.

Das erfolgreiche Konzept der **Bildungsschecks** sowie der Potentialberatung von Betrieben wollen wir weiterführen, um vor allem die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu stärken.

Die FDP unterstützt nachdrücklich den begonnenen **Zertifizierungsprozess von Weiterbildungseinrichtungen** und möchte dieses wichtige Instrument zur Qualitätssicherung inhaltlich und unbürokratisch weiterentwickeln.

Aufstieg durch Wachstum

Die FDP ist die Partei der Erneuerung der **Sozialen Marktwirtschaft** mit ihren Prinzipien Privateigentum, Vertragsfreiheit, freie Preisbildung und Berechenbarkeit der wirtschaftspolitischen Rahmensetzung. Und eine erneuerte soziale Marktwirtschaft ist für die FDP der Garant für wirtschaftliches **Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit**.

Wir setzen auf **Wettbewerb**, denn er sorgt für wirtschaftliche Dynamik und **Innovation**. Er ist ein hochwirksames Entdeckungsverfahren für neue Produkte, verbesserte Verfahren und neue Absatz- und Beschaffungsmärkte. Der Staat soll sich aus wirtschaftlicher Betätigung zu Gunsten privatwirtschaftlichen Engagements und des Wettbewerbs zurücknehmen.

Wir wollen so erreichen, dass Bürger und Unternehmen ihre **produktiven Kräfte bestens entfalten und Wachstum schaffen** können, denn diese Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft verwirklichen den Kerngedanken der sozialen Marktwirtschaft in beispielhafter Weise. Jeder Arbeitnehmer und jeder Unternehmer, der mit seiner täglichen Arbeit den Unterhalt für sich, seine Familie und über Steuern und Abgaben für sozial Benachteiligte sichert, schafft Wohlstand und Sicherheit für alle. Die Kraft des Wettbewerbs und die Mechanismen der Marktwirtschaft werden wir durch eine intelligente Gestaltung der Rahmenbedingungen verstärkt auch für ein **Ressourcen schonendes und sozial gerechtes Wachstum** nutzen.

Wirtschaft

Die FDP steht für die marktwirtschaftliche Erneuerung Nordrhein-Westfalens. Dabei stehen die 763.000 **kleinen und mittelständischen Unternehmen** im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik: Sie beschäftigen 70 Prozent der Arbeitnehmer und über 80 Prozent der Auszubildenden und sind damit das Rückgrat unserer Volkswirtschaft.

Nordrhein-Westfalen muss aber auch weiter ein attraktiver Standort für Global Player bleiben: 37 der 100 größten Unternehmen in Deutschland haben ihren Sitz bei uns. Insbesondere bekennt sich die FDP zum **Industriestandort Nordrhein-Westfalen**. Von der Industrie gehen nicht nur starke Wachstumsimpulse aus, sie ist zudem Treiber von Innovationen, gerade auch im Dienstleistungsbereich. Ziel liberaler Wirtschaftspolitik ist es daher, den Industrieunternehmen in Nordrhein-Westfalen bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten.

Mit der FDP wird Nordrhein-Westfalen den erfolgreichen Weg der **marktwirtschaftlichen Erneuerung** konsequent weitergehen. Wir werden Bürokratiebelastung und Regulierungsdichte reduzieren; Steuerlast und Arbeitskosten senken; Genehmigungsverfahren beschleunigen; Leistungen und Unternehmen der öffentlichen Hand privatisieren.

Wir verfolgen diese Ziele in Nordrhein-Westfalen und unterstützen eine analoge Politik des Bundes – oder fordern sie von ihm wenn nötig ein.

Seit dem Regierungswechsel im Mai 2005 haben wir konsequent und mit beachtlichen Erfolgen an der marktwirtschaftlichen Erneuerung Nordrhein-Westfalens gearbeitet. Während unser Land unter Rot-Grün der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands stets hinterherhinkte, können wir jetzt wieder Schritt halten mit dem Bund. Es hat sich ausgezahlt, dass wir für unsere Modernisierungsstrategie einen klaren ordnungspolitischen Kompass haben: **Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen, Verlässlichkeit vor Beliebigkeit**. Dank einer Wirtschaftspolitik, die primär an den Interessen und Bedürfnissen des Mittelstandes ausgerichtet ist, hat Nordrhein-Westfalen jetzt die Kraft, die Wirtschaftskrise erheblich besser zu bewältigen, als das noch vor einigen Jahren möglich gewesen wäre.

Die FDP will den erfolgreichen Weg der marktwirtschaftlichen Erneuerung Nordrhein-Westfalens konsequent fortsetzen. Wir wollen Wachstum und Beschäftigung weiter stärken und NRW im Wirtschaftsranking der Bundesländer einen Platz in der Spitzengruppe sichern. Dazu werden wir die **Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit insbesondere des Mittelstandes fördern**. Wir werden alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, die zur Stärkung und Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft beitragen. Die FDP steht für eine Kultur der Selbständigkeit und Eigenverantwortung und wird deshalb geeignete Initiativen zur Erhöhung der Selbständigenquote ergreifen.

Die FDP steht für den Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik Nordrhein-Westfalens. Statt staatliche Großprojekte zu finanzieren und überalterte Industrien zu fördern, stärken wir die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Durch den historischen **Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau** werden im Landeshaushalt künftig erhebliche Mittel freigesetzt, die wir in Zukunftsfelder investieren können. Investitionen für die Zukunft statt Subventionen für die Vergangenheit - das ist und bleibt unsere Leitlinie für die Regierungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist für die FDP der Ausstieg aus dem Subventionsbergbau unumgänglich – nicht zuletzt auch, um die Gefahr weiterer Bergschäden zu minimieren. Und deshalb werden wir alle Möglichkeiten prüfen, den endgültigen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau im Einvernehmen mit den Beteiligten sozialverträglich möglichst noch früher als 2018 zu erreichen.

Nordrhein-Westfalen ist **Industrie- und Energieland Nr. 1** in Deutschland und soll dies nach Auffassung der FDP auch bleiben. Zur Verbesserung des Arbeitsplatz- und Investitionsstandorts Nordrhein-Westfalen hat die FDP beispielsweise bereits durchgesetzt, dass die Wassersteuer schrittweise zurückgeführt wird und bis 2018 gänzlich entfällt. Für **industrielle Großvorhaben und Infrastrukturprojekte** wie den Neubau modernster Kohlekraftwerke, sicherer Pipelines oder die CCS-Technologie wollen wir Investitionssicherheit durch verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit schaffen. Dabei erhalten die **berechtigten Sicherheitsinteressen der Anlieger und die Umweltverträglichkeit** besondere Berücksichtigung. Voraussetzung für eine moderne Industrie in Nordrhein-Westfalen ist die Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir möchten diese Akzeptanz erhöhen, indem wir durch gezielte Information der Bevölkerung den positiven Wirkungszusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie vermitteln. Die dazu von der Landesregierung angestoßene "**Allianz Pro Industrie**" unterstützen wir ausdrücklich. Die Industrie ist hier in besonderem Maße gefordert, durch frühzeitige und verbesserte Information ihren Beitrag zur Akzeptanzerhöhung zu leisten. Um die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie zu sichern, werden wir **Bundes- und europarechtliche Vorgaben in Nordrhein-Westfalen weiterhin nur 1:1 umzusetzen**.

Mit der Clusterpolitik, der wettbewerbsorientierten Vergabe von Fördermitteln und der vollständigen Neuorganisation der Bereiche Außenwirtschaft, Investorenakquisition und Standortmarketing haben wir in Nordrhein-Westfalen Bausteine einer **langfristig angelegten Wirtschafts- und Innovationsstrategie** entwickelt. Mit der Schwerpunktsetzung auf insgesamt 16 Cluster ist es bereits gelungen, den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, seine industriellen und technologischen Potenziale deutlich zu profilieren.

Um unser Land auf dem Weg zu einem der führenden Regionalen Wirtschaftsräume Europas und der Welt weiter voranzubringen, will die FDP ein **industrielles Leitbild für Nordrhein-Westfalen** schaffen. Ein solches Leitbild sollte Branchen und Technologien umfassen, in denen Wirtschaft und Forschung zum einen gut aufgestellt sind und in denen sie zum anderen vielversprechende Märkte der Zukunft sehen. Dazu gehören zum Beispiel die Entwicklung und Anwendung modernster Technologien zur Kohleverstromung und zum Ausbau erneuerbarer Energien, Zukunftstechnologien für sauberes Trinkwasser sowie Forschung und Entwicklung solarthermischer Anlagen, neuer Energiespeichertechnologien.

niken und innovativer Werkstoffe wie etwa besonders leichte und stabile Kunststoffe für die Automobilindustrie. Mit einem industriellen Leitbild, das die **Forschung, Entwicklung und Produktion von Zukunftstechnologien** mit globaler Bedeutung beinhaltet, wollen wir das Bewusstsein dafür schaffen, dass unsere Industrie einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Bewältigung der Zukunftsaufgaben leistet.

Die FDP begrüßt ausdrücklich, wenn sich Unternehmen zum Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen bekennen und auf eigenes Risiko, ohne staatliche Subventionen in die Schaffung neuer Arbeitsplätze investieren wollen. **Investitionshemmnisse wollen wir konsequent beseitigen.**

Die Koalition aus FDP und CDU hat in ihrer Regierungsverantwortung bereits eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um die Rahmenbedingungen für mittelständische Betriebe und Existenzgründer zu verbessern und **bürokratische Hürden für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beseitigen**. Dazu gehören unter anderem zwei Bürokratieabbaugesetze, die Abschaffung des überaus bürokratischen Tarifreuegesetzes, die landesweite Einrichtung von Startercentern als zentrale Anlaufstelle für Existenzgründer und sieben „**Mittelstandspakete**“, in denen insgesamt 42 Einzelmaßnahmen zur Abschaffung überflüssiger bürokratischer Vorschriften, zur Stärkung der Selbstverwaltung der Wirtschaft und zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Betriebe gebündelt wurden.

Wir betrachten den Bürokratieabbau aber als Daueraufgabe und wollen analog zu Bund und Europa mit einer „**Offensive Bürokratieabbau**“ binnen fünf Jahren die durch das Land beeinflussbare Bürokratiebelastung der Wirtschaft weiter um 25 Prozent reduzieren. Jedes Gesetz wird auf seine **Auswirkungen auf den Mittelstand** und seine Ent- oder Belastungswirkung geprüft. Gesetze, Verordnungen und Vorschriften wollen wir grundsätzlich mit einem Verfallsdatum versehen, Genehmigungsverfahren wo sinnvoll möglich durch Anzeigeverfahren ersetzen. Statistische Berichtspflichten werden wir so weit wie möglich reduzieren.

Mit der Regierungsbeteiligung der FDP hat Nordrhein-Westfalen eines der **freiheitlichsten und verbraucherfreundlichsten Ladenöffnungsgesetze** in Deutschland bekommen. Allerdings hat sich die Regelung für die Doppelfeiertage in der Praxis nicht bewährt. Das Verkaufsverbot für Blumen und Backwaren am 1. Weihnachtstag, Ostersonntag und Pfingstsonntag hat zu erheblichen Nachteilen für die mehr als 6.000 Bäckereibetriebe und Floristen in Nordrhein-Westfalen geführt. Die FDP will deshalb das **Verkaufsverbot an den drei Feiertagen aufheben**. Die FDP wird Beschränkungen des Warenverkaufs in den Abend- und Nachtstunden verhindern. Korrekturbedürftig ist auch die Regelung zum Sonntagsverkauf in Kurorten. Das Warensortiment, das an bis zu 40 Sonn- und Feiertagen als "für den Ort kennzeichnend" angeboten werden darf, ist zu eng definiert. Den entsprechenden Erlass des Wirtschaftsministeriums wollen wir mit dem Ziel einer Ausweitung des Sortiments ändern.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass alle Videotheken in Nordrhein-Westfalen auch an Sonn- und Feiertagen öffnen dürfen, so wie dies in anderen Bundesländern möglich ist. Damit wollen wir die Benachteiligung der Videotheken gegenüber Wettbewerbern auf dem Freizeitmarkt beenden.

Die FDP setzt sich für eine Änderung des Feiertagsgesetzes ein, die es den Betreibern von automatischen Autowaschanlagen ermöglicht, Fahrzeuge auch an Sonn- und Feiertagen waschen zu lassen, sofern hierdurch berechnigte Interessen der Nachbarn nicht unzumutbar beeinträchtigt werden.

Nachdem im Zuge der Föderalismusreform die Gesetzgebungskompetenz für das Gaststättenrecht vom Bund auf die Länder übergegangen ist, wollen wir für Nordrhein-

Westfalen ein **modernes Gaststättengesetz** auf den Weg bringen, das bürokratische Hemmnisse abbaut und Verwaltungsverfahren vereinfacht. Wir wollen die Konzessionspflicht durch eine Anzeigepflicht ersetzen.

Das **Handwerk** hat überragende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. 180.000 Betriebe mit über einer Million Beschäftigten und fast 100.000 Lehrstellen erwirtschaften einen Jahresumsatz von rund 100 Milliarden Euro. Damit ist das Handwerk der umsatzstärkste, der beschäftigungs- und ausbildungsintensivste Wirtschaftszweig in Nordrhein-Westfalen. Ziel der FDP ist es, die spezifischen Rahmenbedingungen des Handwerks weiter zu verbessern. Um Jungmeisterinnen und Jungmeistern des nordrhein-westfälischen Handwerks den Schritt in die Selbständigkeit zu erleichtern, wollen wir die **Meistergründungsprämie**, das erfolgreichste und für die Steuerzahler kostengünstigste Existenzgründungsprogramm aller Zeiten fortschreiben.

Die über 200.000 **Freiberufler** in Nordrhein-Westfalen mit ihren über 650.000 Beschäftigten und 30.000 Auszubildenden sind ein ebenso wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Ihre Leistung wird zu oft nicht hinreichend gewürdigt. Für die FDP sind sie ein wichtiger Bestandteil der **Mittelstandspolitik**. Zugleich haben die Freiberufler eine große gesellschaftspolitische Bedeutung. Die FDP will die Freien Berufe weiterhin nach Kräften unterstützen, damit sie auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihre enorme Bedeutung für die Gesellschaft und als Wirtschaftsfaktor noch ausbauen können.

Mit dem neuen Gemeindefachvertragsrecht, das der privaten Leistungserbringung Vorrang vor der Leistungserbringung durch die öffentliche Hand einräumt, haben wir **Handwerk und Mittelstand vor unfairer Konkurrenz durch kommunale Unternehmen geschützt**. Wir werden weiterhin sicherstellen, dass sich Land und Kommunen nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck dies erfordert und wenn der dringende öffentliche Zweck durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann. Wo der Staat oder öffentlich-rechtliche Institutionen in von Privaten genauso gut zu bearbeitende Bereiche eindringen, wollen wir eingreifen.

Die FDP steht für eine **mittelstandsfreundliche Ausgestaltung und strikte Einhaltung des Vergaberechts**. Öffentliche Aufträge sollen grundsätzlich in Fach- und Teillosen vergeben werden. Im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II haben wir das Vergaberecht erheblich vereinfacht und die Beschaffungsvorgänge spürbar beschleunigt. Diese positiven Erfahrungen, die vor allem der mittelständischen Wirtschaft zugutekommen, wollen wir nutzen.

Wir begrüßen und unterstützen die Zertifizierungsinitiative „**Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung**“, die durch die Einführung von Qualitätsstandards in vielen Kommunen die Kundenorientierung des Verwaltungshandelns verbessert hat. Um die Teilnahme an der Initiative weiter zu forcieren und neue Ideen zur Qualitätsverbesserung hervorzubringen, wollen wir einen Landeswettbewerb „Mittelstandsfreundlichste Kommunalverwaltung“ ausrufen.

Die FDP möchte die **Wirtschafts- und Mittelstandsförderung in Nordrhein-Westfalen weiter optimieren**. Bestehende Förderprogramme wollen wir auf ihre Funktionalität und Wechselwirkungen überprüfen. Kleinere und mittlere Unternehmen wollen wir bei der Beantragung von Wirtschaftsfördermitteln gezielt unterstützen. Bürgschaften des Landes für Unternehmen sind ein bewährtes Instrument, an dem wir festhalten. Mindestvoraussetzungen für die Gewährung einer Bürgschaft sind die Prüfung des unternehmerischen Konzeptes durch von der Politik unabhängige Sachverständige und die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen.

Die FDP spricht sich für eine **Verkürzung der Zahlungsziele der öffentlichen Hand** aus, die dann auch verbindlich einzuhalten sind. Dadurch fließt ein zweistelliger Milliardenbe-

trag früher in die Wirtschaft, um die angespannte Liquiditätslage der mittelständischen Unternehmen zu entspannen.

Betriebliche Bündnisse für Arbeit und ähnliche vertragliche Kooperationen der Sozialpartner in den Betrieben haben sich bewährt und tragen immer stärker zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten bei. Derartige Instrumente, mit denen die Arbeitgeber, Gewerkschaften und Betriebsräte mit betriebsindividuellen und damit passgenauen Vereinbarungen ein gemeinsames Ziel verfolgen, wollen wir stärken und fortentwickeln.

Die FDP wird sich deshalb für eine entsprechende Bundesratsinitiative des Landes NRW einsetzen.

Innovation

Der Klimawandel, eine weiter steigende Erdbevölkerung und gleichzeitig immer knapper werdende natürliche Ressourcen stellen die Menschheit vor gewaltige Herausforderungen. Für eine friedliche und sozial gerechte Zukunftsentwicklung brauchen wir vor allem eins: **Innovationen**.

Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit hängen in einem modernen Industrieland entscheidend von dessen **Innovationskraft** ab. Von der Kreativität und dem Know-how der Menschen sowie dem Technologievorsprung der Betriebe hängt es ab, ob die Produkte und Dienstleistungen um so viel besser bleiben, wie sie teurer sein müssen.

Nordrhein-Westfalen hat die **dichteste Wissenschafts- und Forschungslandschaft Europas** und ist zudem einer **der wichtigsten europäischen Industriestandorte**, der knapp ein Viertel des deutschen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet. Die Zentralen von 23 der 50 umsatzstärksten deutschen Firmen und **763.000 kleine und mittlere Unternehmen** setzen auf den Standort NRW.

Die FDP will mit ihrer **nachhaltigen Innovationsstrategie** erreichen, dass Nordrhein-Westfalen gemessen an seiner Größe, seiner ökonomischen Bedeutung für ganz Deutschland und mit Blick auf seine vielfältige Wissenschafts- und Forschungslandschaft seine Potentiale und Stärken voll zur Entfaltung bringt.

Deshalb hat die von der FDP mitgetragene Landesregierung seit Regierungsübernahme in 2005 unter der Federführung des Innovationsministeriums eine **Trendwende in der Innovationspolitik** herbeigeführt, die darauf abzielt, das starke Potential Nordrhein-Westfalens optimal zu erschließen. **Bis 2015 soll Nordrhein-Westfalen Innovationsland Nr. 1 in Deutschland werden:** das Land mit den meisten Patenten, den meisten Beschäftigten und den höchsten Investitionen in Forschung und Entwicklung. Mit dem in der **Innovationsstrategie** des Landes beschriebenen Modernisierungskurs schaffen wir wichtige Voraussetzungen für **Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit** in Nordrhein-Westfalen. Und auch für den **Schutz von Umwelt und Natur** wollen wir Innovationen stärker denn je vorantreiben und nutzbar machen.

Für die FDP stützt sich eine erfolgreiche Innovationspolitik für Nordrhein-Westfalen vor allem auf drei Säulen: eine **freiheitliche** Hochschulpolitik mit mehr Gestaltungskraft und mehr Gestaltungsfreiheit für exzellente Forschung und Lehre; eine gezielte und vor allem wettbewerbsorientierte **Förderung von Forschungs- und Technologieschwerpunkten**; eine engagierte **Förderung von Wissens- und Technologietransfer**.

Mit dem **Hochschulfreiheitsgesetz** haben wir den Hochschulen des Landes schnell ein Höchstmaß an Gestaltungsfreiheit gegeben. Sie haben dadurch nun eine bessere Chance, ihre Potentiale als Kooperationspartner für Unternehmen zu nutzen und einen aktiven Beitrag zum Wertschöpfungsprozess zu leisten. Die Gestaltungskraft der Hochschulen haben wir vor allem durch eine verlässliche und verbesserte Ressourcenausstattung erhöht.

In der Forschungsförderung haben wir das Gießkannenprinzip abgeschafft und stattdessen die **Stärkung innovativer Zukunftsfelder** vorangetrieben.

Wir haben **Wettbewerbe als Hauptinstrument** zur Auswahl von qualitativ hochwertigen, innovativen Fördervorhaben bestimmt. Mit diesen Wettbewerben wollen wir weiterhin den besten Ideen und Konzepten auf der Grundlage eines fairen und transparenten Verfahrens mit klaren und eindeutigen Spielregeln zum Durchbruch verhelfen.

Wir wollen Jugendliche aktiv fördern, die sich wissenschaftsnahen Wettbewerben stellen.
Wir wollen Erwachsene fördern, die sich in diesem Bereich für Jugendliche engagieren

Ein weiterer, ganz wichtiger Eckpunkt unserer Innovationspolitik ist die **Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft**. Wir wollen, dass neue Forschungsergebnisse schnellstmöglich auch zu marktreifen Innovationen werden und neue Arbeitsplätze ermöglichen.

Um Innovationen in Unternehmen voranzutreiben, setzen wir uns nach dem Vorbild anderer Industriestaaten für die Einführung einer breitenwirksamen, technologieunspezifischen und damit **bürokratiearmen steuerlichen FuE-Förderung** ein. Durch die thematische Offenheit können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen erreicht werden, die in der gängigen Programmförderung nur selten zum Zuge kommen.

Die grundlegenden Weichenstellungen der letzten fünf Jahre sind für uns die Voraussetzung dafür, dass Nordrhein-Westfalen bis 2015 Innovationsland Nr. 1 in Deutschland werden kann. Die bereits erzielten Erfolge zeigen, dass der eingeschlagene Kurs richtig und zielführend ist. Über die weitere Entwicklung der Innovationskraft Nordrhein-Westfalens werden wir auch in den Jahren bis 2015 im Rahmen eines **jährlichen Innovationsberichtes** informieren. Dieser weist mittlerweile erste **Verbesserungen bei der auf das Bruttoinlandsprodukt bezogenen Forschungs- und Entwicklungsquote** aus. Das Innovationsklima hat sich spürbar verbessert. Dies zeigt auch die deutlich gestiegene Anzahl der Vollzeitarbeitsplätze im Bereich Forschung und Entwicklung. Die Unternehmen gewinnen wieder Vertrauen in den Standort Nordrhein-Westfalen und sind wieder bereit, sich in unserem Land stärker zu engagieren.

Auf dem Gebiet der Forschung gewinnt Nordrhein-Westfalen weiter an Anziehungskraft: Seit 2005 ist es gelungen, **21 neue Spitzenforschungseinrichtungen** in Zusammenarbeit mit den Hochschulen, den Forschungsgemeinschaften und den forschenden Unternehmen in Nordrhein-Westfalen anzusiedeln. Das Max-Planck-Institut für die Biologie des Alterns, das in Köln errichtet wurde oder das neu eröffnete Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen in Bonn sind besonders sichtbare Zeichen für die Erfolge dieser Politik.

Ansiedlungserfolge dieser Art erhöhen die Anziehungskraft Nordrhein-Westfalens auch für weltweit agierende Unternehmen, die sich wieder vermehrt für Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen entscheiden. Dies belegen auch die Erfolge Nordrhein-Westfalens im Bereich neuer Forschungsk Kooperationen, die beispielhaft sind für gelungene Transferanstrengungen und eine effektive Zusammenarbeit von Hochschulen, Wirtschaft und außeruniversitärer Forschung.

So konnte mit dem Energieforschungszentrum E.ON Energy Research Center von RWTH Aachen und E.ON AG eines der größten Public Private Partnership-Projekte (PPP) einer deutschen Hochschule mit einem Unternehmen auf den Weg gebracht werden. Es soll zur internationalen Spitzenforschung in den Bereichen Energieeffizienz und Energieeinsparung und erneuerbare Energien beitragen. Das Land investiert 15,6 Mio. Euro in den Bau des Instituts, der Bund weitere 9,9 Mio. Euro. E.ON finanziert die Einrichtung über zehn Jahre mit 40 Mio. Euro und trägt drei Stiftungsprofessuren, zwei weitere Professorenstellen steuert die RWTH Aachen bei.

Mit dem Interdisciplinary Centre for Advanced Materials Simulation (ICAMS) mit Sitz an der Ruhr-Universität Bochum bündeln die stärksten Akteure des Werkstoffbereichs ihre Kräfte. Gegründet wurde das Institut von der Ruhr-Universität und der ThyssenKrupp AG, Unternehmenspartner sind Bayer Material Science AG, Salzgitter AG und Robert Bosch GmbH. Partner aus der Wissenschaft sind das Max-Planck-Institut für Eisenforschung, das Forschungszentrum Jülich und die RWTH Aachen. Land und Industrie investieren bis 2012 je 11,25 Mio. Euro in ICAMS, weitere 1,5 Mio. Euro stellen die Ruhr-Universität Bochum und die RWTH Aachen bereit.

Die lebenswissenschaftliche Innovationsplattform Dortmund bündelt bislang isoliert betriebene Ansätze der Lebenswissenschaften. So vereinen sich dort das Max-Planck-Zentrum für Systembiologie (ZfS), das Zentrum für Angewandte Chemische Genomik (ZACG) und das Zentrum für Angewandte Proteomik (ZAP). Das Land hat das Projekt mit Unterstützung der Europäischen Union mit einem Gesamtvolumen von 47 Mio. Euro gefördert.

Das Direct Manufacturing Research Center (DMRC) in Paderborn wurde 2008 von Boeing, EOS Electro Optical Systems, Evonik Industries und MCP HEK Tooling sowie der Universität Paderborn gegründet. Das DMRC hat sich zum Ziel gesetzt, durch enge Zusammenarbeit von Wissenschaft sowie Technologiefirmen und potenziellen industriellen Anwendern auf dem Gebiet des Direct Manufacturing zur weltweit führenden Institution auf diesem Gebiet zu werden.

Das Evonik Degussa Science-to-Business Center Bio im nördlichen Ruhrgebiet in Marl beschäftigt als Forschungs- und Entwicklungszentrum mit der weißen Biotechnologie. Die 60 Wissenschaftler und Techniker des Centers arbeiten eng mit Partnern aus Hochschulen und mittelständischen Unternehmen zusammen. Evonik investiert über fünf Jahre rund 50 Mio. Euro in das Zentrum, das Land Nordrhein-Westfalen steuert weitere ca. 10 Mio. Euro bei.

Das Zentrum für Katalyseforschung in Aachen wurde von RWTH Aachen, Bayer Material Science und Bayer Technology-Services gegründet und widmet sich mit bis zu zwölf Wissenschaftlern hauptsächlich der chemischen Grundlagenforschung. Bis 2012 finanziert Bayer die Einrichtung mit 7,25 Mio. Euro, das Land Nordrhein-Westfalen und die RWTH Aachen investieren 2,7 Mio. Euro in die Infrastruktur.

Das Forschungsinstitut für Kognition und Robotik an der Universität Bielefeld ist eine Kooperation von Universität und Honda Research Institute Europa GmbH. Es führt universitäre und industrielle Grundlagenforschung zusammen. Das Land hat 1,1 Mio. Euro in den Aufbau der Einrichtung investiert. Honda unterstützt die Doktorandenausbildung und stellt zwei humanoide Hightech-Roboter zur Verfügung.

In die Entwicklung moderner Kraftwerkstechnik investiert Hitachi an der RWTH Aachen sowie den Universitäten Bochum und Duisburg rund 30 Mio. Euro.

Ziel der FDP ist bei all diesen starken Kooperationen auch, durch **eine räumliche Verzahnung von Forschungsinstituten** und Industrieunternehmen eine völlig neue Qualität in der Zusammenarbeit und bei dem **Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft** zu ermöglichen.

Als Beispiel hierfür dient in besonderem Maße der **Campus Aachen**, den wir in den nächsten Jahren zu einer der größten Forschungslandschaften Europas entwickeln wollen. **Bis 2015 sollen sich bis zu 150 nationale und internationale Unternehmen** im direkten Verbund mit den Instituten und Forschungszentren ansiedeln können.

Weitere Erfolgsbeispiele für ein intensives Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft und auch für neue Formen des Transfers sind das auf Neurowissenschaften ausge-

richtete Forschungszentrum und die Ausgründungsplattform **caesar in Bonn** und das **Lead Discovery Center (LDC) in Dortmund**, das sich mit der Arzneimittelforschung und mit der Entdeckung und Verbesserung innovativer Wirkstoffe beschäftigt. Es ist vor allem darauf ausgerichtet, die frühe und kritische Phase der Wirkstofffindung zu bewältigen.

Mit unserer **Clusterpolitik für Nordrhein-Westfalen** wollen wir die Kooperation von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Öffentlicher Hand entlang von Wertschöpfungsketten in insgesamt 16 Branchen- und Technologiefeldern weiter intensivieren und fördern. Die identifizierten Cluster weisen ein besonders großes Potenzial für Wachstum auf und nehmen einen hohen Stellenwert für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ein.

Durch eine intensive Zusammenarbeit der Akteure, ein professionelles **Clustermanagement** sowie mit Hilfe von Wettbewerben, wollen wir in den Clustern eine besondere **Innovations- und Wachstumsdynamik** auslösen und strukturelle Anpassungen an die sich wandelnden Erfordernisse internationaler, wissensbasierter Märkte fördern.

Die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung seit 2007 verfolgte Clusterstrategie ist der richtige Weg, um Innovations- und Wachstumsdynamik zu fördern und strukturelle Anpassungen an die sich wandelnden internationalen, wissensbasierten Märkte zu gestalten. Die von der neuen Bundesregierung auf Initiative der Neuausrichtung ihrer **Hightech-Strategie** mit dem Ziel der Konzentration auf die Anwendungsfelder **Klimaschutz/Energie, Gesundheit, Mobilität, Kommunikation und Sicherheit** eröffnet Nordrhein-Westfalen weitere Chancen. Die einheitliche strategische Ausrichtung in Land und Bund eröffnet die Möglichkeit, die Sichtbarkeit unserer bereits etablierten Cluster über Nordrhein-Westfalen hinaus weiter zu steigern.

Aus Sicht der FDP liegt ein besonders hohes Innovationspotenzial in den folgenden **Zukunftsfeldern**, in denen internationale Spitzenforschung an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes und den hiesigen forschenden Unternehmen betrieben wird:

Mit 250.00 Beschäftigten in der Energiewirtschaft ist Nordrhein-Westfalen Energieland Nr. 1 in Deutschland. Die FDP setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass Nordrhein-Westfalen auch **Energieforschungsland Nr. 1** in Deutschland wird. Mit 20 Forschungsinstituten und Hochschulen an denen im Bereich Energie auf exzellentem Niveau geforscht und gelehrt wird hat NRW bereits jetzt eine Führungsposition, die national und international große Beachtung findet. Die erfolgreiche Politik der letzten 5 Jahre, etwa mit der Ansiedlung des E.ON-Forschungszentrums, muss konsequent fortgesetzt werden.

Die **Nano- und Mikrotechnologie** wie auch **innovative Werkstoffe** spielen schon heute bei Innovationen eine Schlüsselrolle. Landesweit gibt es 20 Großkonzerne, 70 größere Mittelständler sowie 130 KMUs und Neugründungen. Zugleich liegt hier mit hundert Professuren an zwölf Universitäten, zwölf staatlichen Fachhochschulen, zehn Fraunhofer-Instituten und diversen weiteren Forschungseinrichtungen auch ein wichtiger Wissenschaftsschwerpunkt.

Die Medizin- und Gesundheitswirtschaft gilt als die Branche mit den meisten Arbeitsplätzen und der größten Wachstumsdynamik in Nordrhein-Westfalen. Der **Medizinforschung und -technik** kommt hierbei eine herausragende Bedeutung zu. Geforscht wird an den sieben medizinischen Fakultäten, vier Max-Planck-Instituten, dem Forschungszentrum Jülich, vier Leibniz-Instituten und einem Fraunhofer-Institut. Darüber hinaus gibt es zahlreiche kleine, mittlere Betriebe und Großunternehmen, gerade auch im Bereich Medizintechnik. Die FDP will die Chancen und Impulse dieses Zukunftsfeldes zum Wohle der Menschen weiter konsequent stärken.

Die **Informations- und Kommunikationstechnologie** ist die wichtigste Querschnittstechnologie der letzten Jahrzehnte und wird ihre Bedeutung und Innovationskraft in Zukunft behalten. Rund 140.000 Beschäftigte sind in 15.500 Unternehmen der IKT-Branche in Nordrhein-Westfalen tätig, die über 59 Mrd. Euro Umsatz (2007) erwirtschaften. 11 der 50 größten IT-Unternehmen in Deutschland sind in NRW beheimatet. NRW besitzt in Deutschland die dichteste Hochschul- und Forschungslandschaft im IKT-Bereich. Ziel der FDP ist es, das Cluster IKT als Teil der nordrhein-westfälischen Innovationsstrategie wesentlich enger mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu vernetzen.

Die **Biotechnologie** ist eine Querschnittstechnologie mit hohem Anwendungspotenzial in vielen Lebensbereichen insbesondere Gesundheit/Medizin, Chemie, Ernährung und Umwelt. In Nordrhein-Westfalen wird an elf Universitäten, sechs Fachhochschulen, sieben Max-Planck- und vier Leibnitz-Institute, zwei Helmholtz-Einrichtungen und an den Universitätskliniken in biotechnologischen Bereichen geforscht, rund 300 Unternehmen, darunter etliche mit Weltmarktführerschaft sind hier ansässig.

Die nachhaltige Versorgung einer weltweit wachsenden Bevölkerung mit Energie, Nahrung und Rohstoffen stellt angesichts der zunehmenden Ressourcenknappheit und des Klimawandels eine der großen Herausforderungen der Menschheit dar. Weltweit wird eine wissensbasierte **Bioökonomie**, d.h. die integrierte Nutzung des Wissens über Organismen und biologische Prozesse mit dem Ziel einer nachhaltigen Produktion und Versorgung, als wichtiger Bestandteil der Innovationsstrategien führender Staaten aufgenommen. Nordrhein-Westfalen verfügt als Biotechnologie-, Energie-, Chemie- und Werkstoffstandort über herausragende Stärken. Wir setzen uns daher für eine eigenständige **Bioökonomiestrategie des Landes Nordrhein-Westfalens** ein. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir ein Bioökonomie-Forschungszentrum etablieren. Neben der eigenständigen Forschung sollen dort die Grundlagenforschung, die anwendungsorientierte und die industriennahe Forschung unserer Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft vernetzt, Handlungsempfehlungen für die Landesregierung erarbeitet und Konzepte zur interdisziplinären Ausbildung der benötigten Fachkräfte erarbeitet werden. Wir wollen die Chance ergreifen, das Nordrhein-Westfalen internationaler Innovationsführer in diesem Zukunftsfeld wird.

Nordrhein-Westfalen hat kräftig Fahrt aufgenommen auf dem Weg zum Innovationsland Nr. 1. Die FDP ist der Garant dafür, dass Kurs und Tempo gehalten werden.

Die FDP-NRW hat sich im Bund für ein **Wissenschaftsfreiheitsgesetz** stark gemacht, welches nunmehr im Koalitionsvertrag verankert ist: Wir wollen, dass die von Bund und Ländern gemeinsam getragenen außeruniversitären Forschungseinrichtungen die gleichen Gestaltungsfreiheiten erlangen können, wie wir sie unseren Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit dem Hochschulfreiheitsgesetz gegeben haben. Insbesondere die Einführung von **Globalhaushalten** mit der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Haushaltsmittel ist Voraussetzung für eine effektive Mittelverwendung und für langfristige Planungshorizonte, die gerade in Hochtechnologiebereichen immer wichtiger werden. Die FDP setzt sich zudem für die Verbesserung der Möglichkeiten für **Unternehmensbeteiligungen und Ausgründungen** aus Forschungseinrichtungen ein.

Die FDP wird die **Forschungsfreiheitsinitiative** fortsetzen mit dem Ziel, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und forschende Unternehmen von unnötiger Bürokratie zu befreien. Wir machen uns dafür stark, dass die haushaltsrechtlichen Bedingungen der Forschungsförderung auf Landesebene denen auf Bundesebene angeglichen werden: So muss auch in Nordrhein-Westfalen eine **Abrechnung auf der Basis von Ausgaben** möglich sein, nicht nur auf der Grundlage der Kosten. Zudem muss es möglich sein, indirekte Kosten über **pauschale Overhead-Sätze** zu vergüten und nicht nur die direkten projektbezogenen Kosten: Der administrative Aufwand des Einzelnachweises dieser Kosten steht

in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Forschungseinrichtungen und entspricht damit auch nicht der Interessenslage der Forschungsförderer. Zudem ist sowohl in den Europäischen Forschungsrahmenprogrammen als auch in der Förderung durch das Bundesforschungsministerium die Vergütung von pauschalen Overhead-Sätzen längst üblich. Der Einstieg in die **Vollkostenfinanzierung** muss konsequent fortgesetzt werden.

Zudem sind die **Förderinstrumentarien** des Bundes und des Landes so zu **harmonisieren**, dass gemeinsame Förderungen erleichtert werden und den Zuwendungsempfängern nicht abverlangt wird, für jeden Zuwendungsgeber getrennte Buchführungen und Abrechnungssysteme nutzen zu müssen.

Auch eine Anpassung des **Vergaberechts** an die Besonderheiten in Forschung und Wissenschaft ist nach Überzeugung der FDP essentiell: Für Leistungen bis zum EU-Schwellenwert (derzeit 193.000 Euro) muss die freie Wahl der Vergabeart für alle Liefer- und Dienstleistungen, die nur zum Zwecke von Forschung und Entwicklung eingesetzt werden, den besonderen Bedingungen der Wissenschaft angepasst werden. Das Vergaberecht muss im Interesse einer größeren Flexibilität mit mehr Wahlfreiheit für die vergebenden Institutionen weiterentwickelt werden.

Die Aufnahme einer Tätigkeit ausländischer Forscherinnen und Forscher ist durch die Änderungen des Aufenthaltsgesetzes erleichtert worden. Gleichwohl sind auch die jetzt vorhandenen Regelungen nicht immer interessensgerecht und führen nicht selten zu Fällen der Ungleichbehandlung. Auch hier sind einheitliche und unbürokratische Regelungen zu treffen, die die **Zuwanderung hochqualifizierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler** erleichtern.

Die Mittel des Landes für die **Innovationsförderung** wurden seit 2005 bis heute um **30 Prozent auf derzeit 600 Mio. Euro erhöht**. Die FDP wird diesen Kurs fortsetzen und im Landeshaushalt festschreiben.

Auf Initiative der FDP wurde in der vergangenen Legislaturperiode ein **Innovationsfonds** eingerichtet. Die FDP strebt an, diesen Innovationsfonds auch für die Zukunft mit Mitteln aus Privatisierungserlösen sowie aus Minderausgaben bei der Steinkohleförderung zu speisen. Wir wollen so eine nachhaltige **Förderung von Exzellenz in Wissenschaft, Forschung und Technologie** erreichen und eine gezielte Förderung innovativer Vorhaben in ausgewiesenen Zukunftsfeldern und Leitmärkten sicherstellen.

Exzellente Forscherinnen und Forscher brauchen ein Klima, in dem Spitzenleistungen anerkannt und honoriert werden. Deshalb lobt das Innovationsministerium seit 2008 den **Innovationspreis des Landes Nordrhein-Westfalen** aus. Wir wollen damit die klügsten Köpfe in Wissenschaft und Wirtschaft ehren und sichtbar machen. Denn jedes Talent, das wir heute entdecken und jede Idee, die wir fördern, sind eine sichere Investition in die Zukunft unseres Landes. Wir wollen den nordrhein-westfälischen Innovationspreis nicht nur fortführen, sondern seine national bereits beträchtliche Bedeutung weiter ausbauen und stärken.

Die erfolgreiche Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Akademikerinnen und Akademiker, ist ein besonderes und herausgehobenes gesellschaftliches Anliegen. Deshalb wollen wir mit einem nordrhein-westfälischen **Hochschulpreis für Exzellenz in der Lehre** ein starkes Signal für die Bedeutung der Qualität in der Hochschullehre setzen.

Das **Rückkehrerprogramm** ist ein klares Signal an junge Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher, aus dem Ausland nach Nordrhein-Westfalen zu kommen und hier zu forschen. Das Rückkehrerprogramm läuft seit 2007 und ist für die FDP ein erfolgreicher Teil der gezielten **Nachwuchsförderung des Landes**, zu der auch das "Junge Kolleg" an der Akademie der Wissenschaften und Künste sowie die Doktorandenausbildung an den For-

schungsschulen gehören.

Erst wenn die Umsetzung von Ideen und Erfindungen in marktfähige Produkte gelingt, kann von echten Innovationen die Rede sein. Der **Wissens- und Technologietransfer** ist damit ein ganz entscheidender Schritt im Innovationsprozess.

Wir wollen, dass in Nordrhein-Westfalen aus Forschungsergebnissen schneller als anderswo wirtschaftlich erfolgreiche Technologien entstehen. Hierzu werden wir den Transfer im Rahmen unserer **Science-to-Business-Strategie** gezielt und bedarfsgerecht unterstützen.

Zur weiteren Verbesserung des **Wissenstransfers** aus den Hochschulen in die Unternehmen dient die **Innovationsallianz**. Gegründet und getragen von 23 nordrhein-westfälischen Hochschulen will der Verbund die Transferarbeit an den Hochschulen professionalisieren und **zentraler Ansprechpartner für Unternehmen** sein, die den Dialog und die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft suchen.

Die **InnovationsAllianz** versteht sich als partnerschaftlich **organisiertes Netzwerk** der nordrhein-westfälischen Hochschulen zur Unterstützung der **regionalen Aktivitäten mit Partnern aus der Wirtschaft**. Durch das gemeinsame Wirken der Transferakteure wollen wir bedeutende Wettbewerbsvorteile für die Beteiligten erreichen. Der weitere Aufbau und die Stärkung des Netzwerkes ist vorrangiges Ziel der FDP zur Beschleunigung des Technologietransfers.

Als Instrument zur Belebung des Patentgeschehens auf Seiten der Wissenschaft sollen so genannte **PatentScouts** dienen. Auf ihre Unterstützung können Hochschulen und Forschungseinrichtungen für einen begrenzten Zeitraum zurückgreifen, wenn es um Information, Aufklärung und Beratung von Wissenschaftlern sowie um die Identifizierung und Bewertung patentrelevanter Forschungsergebnisse geht. Die Patent-Scouts sollen die Etablierung einer aktiven Patentpolitik der jeweiligen Hochschule forcieren und zur Umsetzung der Patent- und Verwertungsstrategie der Hochschule beitragen.

Für diese Umsetzung benötigen wir bestmögliche Rahmenbedingungen und innovative Unternehmer. Nur innovative Unternehmer wagen sich an neue Produkte und Märkte. Oft sind es Jungunternehmer, die Innovationen zielstrebig angehen, doch sie benötigen zum gewünschten und von allen benötigten Erfolg geeignete Voraussetzungen für ihre Geschäftstätigkeit und das erforderliche Kapital durch z.B. Business Angels oder Start-Up Venture Capital - Gesellschaften. Hier müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern, um das vorhandene Innovationspotential zur Stärkung der Wirtschaftskraft und Sicherung des Wohlstandes bestmöglich zu nutzen und die Forschungsergebnisse mit den eingesetzten Forschungsmitteln bestmöglich einsetzen zu können.

Ein bedeutender Schwerpunkt wird deshalb bei der Förderung des Mittelstandes liegen, den wir vor allem durch das Förderprogramm **„Mittelstand.innovativ!“** mit den Instrumenten „Innovationsgutschein“, „Innovationsdarlehen“ und „Innovationsassistent“ unterstützen wollen.

Mit dem **Innovationsgutschein** sollen Mittelständler Know-how und Infrastruktur für die Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen vergünstigt in Anspruch nehmen können. Das **Innovationsdarlehen** soll einen Beitrag dazu leisten, dass für Investitionsvorhaben in kleinen und mittleren Unternehmen mit hohem Innovationspotential die Kreditversorgung erleichtert wird und der **Innovationsassistent** unterstützt den Mittelstand bei der Einstellung und Beschäftigung junger, hoch motivierter Universitäts- und Fachhochschulabsolventen.

Analog zum **Label** „Made in Germany“ wollen wir ein Markenzeichen **„Erfunden in NRW“** etablieren.

Mit der Gemeinschaftsoffensive **Zukunft durch Innovation.NRW (zdi)** wollen wir mit anspruchsvollen Angeboten möglichst viele Schülerinnen und Schüler für ein ingenieur- und naturwissenschaftliches Studium begeistern. Kinder und Jugendliche sollen ihr technisches und naturwissenschaftliches Talent entdecken und nutzen. So soll diese Initiative dazu beitragen, die Innovationskraft des Landes langfristig zu sichern und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. **Ziel der FDP ist ein landesweit flächendeckender Ausbau der zdi-Zentren.**

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen auf Forschungsfeldern, die sich mit den großen Zukunftsfragen beschäftigen, Kompetenzen erhalten und ausbauen. Dies setzt ein forschungsfreundliches Umfeld und Klima ebenso voraus wie die Berechenbarkeit und **Verlässlichkeit der politischen Rahmenbedingungen.** Die FDP steht für eine ideologiefreie Forschungspolitik, die Risiken von Forschung und Innovationen nicht systematisch höher bewertet als ihre Chancen. Dies gilt ferner für die grüne Biotechnologie. Die deutschen Standards bei der Sicherheit müssen zum Vorteil bei der Entwicklung dieser Technologien werden, nicht zur Blockade.

Arbeit

Arbeit ist mehr als Einkommenssicherung. Sie ist für viele Menschen Quelle von Selbstbewusstsein und persönlicher Identität. Sie fördert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Liberale Arbeitsmarktpolitik ist primär darauf ausgerichtet, **Arbeitslosigkeit zu verhindern** und Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wieder in Arbeit zu bringen. Bedingt durch die weltweite Wirtschaftskrise ist der Arbeitsmarkt gegenwärtig erheblichen Belastungen und Unsicherheiten ausgesetzt. Darüber hinaus erfordern der technologische Fortschritt und die Wettbewerbsbedingungen in der globalisierten Welt sowie der Wandel von der Industriegesellschaft hin zu einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft die **Erprobung neuer Wege.** Das betrifft die Ausbildung ebenso wie die Gestaltung des Arbeitslebens und die Vermittlung und Betreuung von Menschen, die arbeitslos geworden sind.

Angesichts der Dynamisierung des Arbeitsmarktes wird es in Zukunft mehr um **Beschäftigungssicherheit für viele** als um Arbeitsplatzsicherheit für wenige gehen müssen. Als weitere Herausforderung kommt die demografische Entwicklung hinzu, die zu einer Abnahme jüngerer und einer Zunahme älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt.

Bildung ist die zentrale Voraussetzung, um in der heutigen Arbeitswelt mit ihren immer kürzeren Produktlebenszyklen und ihrer internationalen Ausrichtung bestehen zu können. Die FDP setzt sich dafür ein, dass vor allem junge Menschen einen Platz im Arbeitsleben finden, der ihren Interessen und Talenten entspricht. Darüber hinaus sehen wir es als Gebot der Stunde, über die Erstausbildung hinaus **lebenslanges Lernen** konsequent zu unterstützen. Wir wollen, dass Arbeitnehmer auf diesem Weg ihre Potenziale neu entdecken und weiterentwickeln können.

Die FDP unterstützt die Betriebe dabei, gerade auch in Zeiten wirtschaftlicher Probleme **Ausbildungsplätze zu schaffen.** Denn eine gute Berufsausbildung ist nach wie vor die beste Möglichkeit, spätere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Davon profitieren nicht nur die Auszubildenden, sondern auch die Unternehmen selbst. Die Verbundausbildung ist ebenso wie die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung ein Erfolg. Auf diese Weise werden vor allem kleine Betriebe in ihrem Ausbildungsengagement wirksam unterstützt. Allein mit der Verbundausbildung werden jedes Jahr 1.000 zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen. Die FDP will die Förderung von Ausbildungsplätzen bedarfsorientiert weiterentwickeln.

Die FDP setzt sich für eine **Modernisierung im Bereich der dualen Ausbildung,** d.h. unter anderem für eine bedarfsgerechte Modularisierung ein. Das Prinzip der Dualität ist bei-

zubehalten. Vollzeitschulische Ausbildungsgänge sollten die Ausnahme sein und nur dann genehmigt werden, wenn diese Form der Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt wird – prinzipiell ist die Ausbildung im Betrieb vorzuziehen.

Das Engagement der Landesregierung für den **3. Weg in der Berufsausbildung (Praxisjahr für Schulabbrecher)** wollen wir auch in der nächsten Legislaturperiode fortführen, damit auch Jugendliche, die vor allem über praktische Fähigkeiten verfügen, eine Chance zur Berufsausbildung erhalten.

Die FDP will erreichen, dass gerade **Jugendliche aus bildungsfernen Schichten** in den Ausbildungsmarkt integriert werden können. Seit 2005 haben 14.000 Jugendliche ein Werkstattjahr begonnen. Wir wollen diese erfolgreiche landespolitische Maßnahme weiterführen und bedarfsorientiert weiterentwickeln. Dabei ist es unser Ziel, die Entstehung von Doppelstrukturen im Bund und den Ländern zu vermeiden und eine bessere Effektivität und Effizienz der eingesetzten Mittel zu gewährleisten.

Die Freien Demokraten wollen das **Jugendarbeitsschutzgesetz** so anpassen, dass es sich stärker an der betrieblichen Praxis orientiert, ohne dabei die Jugendlichen zu überfordern.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Arbeitssuchenden eine **schnellere und zielgenauere Stellenvermittlung** sowie eine Beratung und Unterstützung bei der Wahrnehmung von Aus- und Weiterbildungsangeboten, bei arbeitsplatzbezogenen Umzügen sowie bei der Gesundheitsförderung etc. erhalten.

Es ist denkbar, dass sich flexible Erwerbsformen, wie die Zeitarbeit, in Zukunft stärker etablieren werden. Für Unternehmer bietet Zeitarbeit den Vorteil, flexibel auf Auftragsspitzen reagieren zu können. Insbesondere eine beträchtliche Zahl von Arbeitnehmern mit geringer Qualifizierung wäre ohne Zeitarbeit dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Gleichzeitig darf Zeitarbeit keine Sackgasse sein. Für die Beschäftigten der **Zeitarbeitsbranche** wollen wir bessere Weiterbildungsangebote schaffen und die Beratung und Information zur beruflichen Weiterentwicklung verbessern. Ein Missbrauch von Zeitarbeit muss verhindert werden. Entsprechende Pläne der Bundesregierung, gegen solche Fälle vorzugehen, halten wir für unterstützenswert. Darüber hinaus ist es wichtig, die Arbeitnehmer über ihre Rechte eingehend zu informieren. Beispielgebend ist das Projekt "Hotline Zeitarbeit" von Landesregierung und DGB.

Die FDP unterstützt die Initiative der Bundesregierung, **Arbeitnehmer stärker am Unternehmensgewinn** und auch am Kapital zu **beteiligen**. Die FDP will kein Volkseigentum, sondern ein Volk von Eigentümern. Auf diese Weise werden aus Lohnabhängigen auch Teilhaber. Dies fördert die Motivation und die Verantwortungsbereitschaft der Beschäftigten.

Alle Menschen sollen ihren Fähigkeiten entsprechend Zugang zu Bildung und beruflichen Karrierechancen erhalten. Eine Diskriminierung von Arbeitnehmern aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, Religion, politischen Überzeugung oder sexuellen Identität muss von der Landesregierung aktiv bekämpft werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass mehr **Frauen** als bisher in **Führungspositionen** der Wirtschaft gelangen können. Wir unterstützen spezielle Netzwerke sowie Fortbildungsmöglichkeiten für Frauen, wie zum Beispiel Mentorenprogramme.

Die beruflichen Chancen von jungen Eltern wollen wir durch gezielte Maßnahmen zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern**, zum Beispiel durch den Ausbau von Telearbeitsplätzen und die Schaffung besserer Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auch innerhalb von Betrieben. Gerade kleine Betriebe benötigen ihrerseits Beratung und Informationen, wie sie eine familienfreundliche Unternehmenspolitik organisieren können. Hier

wollen wir neue Akzente setzen.

Die FDP möchte, dass sich der Arbeitsmarkt gerade für **ältere Mitarbeiter** wieder stärker öffnet, um Altersarmut zu vermeiden und um die wertvollen Erfahrungen dieses Personenkreises für die deutsche Wirtschaft zu erhalten bzw. zu erschließen. Die Landesregierung hat insbesondere vor diesem Hintergrund das Beratungsangebot der Potenzialberatung für Unternehmen aufgelegt, das vor dem Hintergrund von immer älter werdenden Belegschaften gezielte Orientierungen für die Personalentwicklung bietet. Pro Jahr nehmen rund 2.000 Betriebe mit mehr als 60.000 Mitarbeitern dieses Angebot wahr. Weitere wichtige Maßnahmen, die wir zur Unterstützung älterer Mitarbeiter forcieren wollen, sind Jahresarbeitszeitkonten, verbesserte interne und externe Fort- und Weiterbildungschancen, gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen sowie Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention.

Ziel der FDP ist es, **faire Aufstiegschancen** auch für diejenigen zu ermöglichen, die arbeitsfähig sind, jedoch durch **unverschuldete Langzeitarbeitslosigkeit** auf Sozialleistungen des Staates angewiesen sind. Unsere besondere **Solidarität der Gesellschaft** soll denjenigen zuteil werden, die aufgrund von Krankheit oder anderen Einschränkungen auf die Hilfe der Solidargemeinschaft angewiesen sind.

Um dies zu gewährleisten, setzt sich die FDP dafür ein, dass im Sozialleistungssystem die tragenden **Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft** wieder in Kraft gesetzt werden.

Nach dem **Leistungsprinzip** muss gewährleistet sein, dass derjenige der arbeitet, netto mehr Geld zur Verfügung hat, als derjenige, der arbeiten könnte, aber darauf verzichtet. Wir wollen die **Hinzuverdienstmöglichkeiten** für Arbeitsuchende deutlich verbessern. Mit dieser Hilfe zur Selbsthilfe erhöhen wir den Anreiz, eine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu suchen und anzunehmen.

Zugleich wollen wir dem Grundsatz **Keine Leistung ohne Gegenleistung** Geltung verschaffen. Demjenigen, der arbeitsfähig ist und die Aufnahme einer Arbeit verweigert, sollen im Rahmen der Hartz-IV-Regelungen die Leistungen für den Lebensunterhalt durch eine konsequente Anwendung der bestehenden Rechtslage gekürzt werden. Gleichzeitig muss die **Betreuung und Qualifizierung** der Arbeitslosen weiter verbessert werden, um sie möglichst schnell wieder in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren.

Leistung muss sich lohnen. Dies gilt auch für die **Altersvorsorge**. Wer eigenverantwortlich für das Alter vorgesorgt hat, muss besser gestellt werden als derjenige, der dies unterlassen hat. Deshalb hat die FDP im Bundestag die **Verdreifachung des Schonvermögens zur Altersvorsorge** durchgesetzt. Aus dem gleichen Grunde soll die selbst genutzte Immobilie, die dem mietfreien Wohnen im Alter dient, nicht angetastet werden.

Für die Höhe der Hartz-IV-Sätze für Kinder wollen wir erreichen, dass gerade im Bildungsbereich zukünftig verstärkt Sachleistungen gewährt werden, damit die Leistungen auch tatsächlich für eine bessere Bildung der Kinder eingesetzt werden.

Die FDP setzt sich über diese kurzfristigen Maßnahmen hinaus für eine **grundlegende Neuordnung des Transfersystems** ein. Die jetzigen Hartz-Regelungen stehen zu Recht öffentlich in der Kritik. Die hohe Zahl von Gerichtsverfahren und nicht zu letzt das Urteil des Bundesverfassungsgericht zeigt zudem die große **Rechtsunsicherheit**, der sich Hilfebedürftigen ausgesetzt sehen.

Deshalb fordert die FDP ein einfaches, transparentes und dadurch gerechtes Transfersystem: Das **Bürgergeld**.

Ziel des Bürgergeldsystems ist es, möglichst alle steuerfinanzierten Sozialleistungen in einem Universaltransfer, dem Bürgergeld, zusammenzufassen. Dazu gehören sowohl die

Grundsicherung, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, das Arbeitslosengeld II, das Kindergrld, das Wohngeld als auch die mit dem liberalen Reformkonzept für die Kranken- und Pflegeversicherung verbundene steuerfinanzierte Unterstützungsleistung für Kinder und für Personen mit unzureichendem Einkommen. Der **komplexe Sozialstaat wird vereinfacht**, Bürokratie abgebaut, die Verwaltung sparsam gestaltet. Die damit einhergehende Effizienzsteigerung führt zu Kostenreduktion auf der einen und zu Transparenz auf der anderen Seite. Die Anzahl der Ansprechpartner der Bürger für soziale Leistungen wird auf ein Minimum reduziert, Mehrfacherklärungen über Einkommens- und Vermögensverhältnisse gegenüber unterschiedlichen Ämtern sollen entfallen.

Die FDP verbindet diesen Reformschritt im Sozialsystem mit ihrer Forderung nach einem einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystem. In einem **Steuer-Transfer-System aus einem Guss** sollen bestehende Ungerechtigkeiten im Zusammenwirken zwischen Sozialleistungen und Besteuerung aufgehoben und die Prinzipien der **Leistungsgerechtigkeit und Transparenz** wieder hergestellt werden. Die als Bürgergeld gebündelten Sozialleistungen des Staates sollen vom Finanzamt mit der Steuer verrechnet werden. Ein derartiges System ist für die Bürger nachvollziehbar und gibt ihnen notwendige Rechtssicherheit.

Die FDP setzt sich für einen verbesserten **Arbeitnehmerdatenschutz** ein, insbesondere wenn es um sensible Gesundheitsdaten oder um Fragen der persönlichen Lebensgestaltung geht. Es gilt, eine praxisorientierte Rechtsgrundlage zu schaffen, um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Mitarbeiter mit dem Interesse der Arbeitgeber an einem am Maßstab der Erforderlichkeit orientierten Bewerberprofil in Einklang zu bringen.

Energie

Energiepolitik ist für die FDP einer der wichtigsten Bereiche der Wirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherpolitik. Eine **preiswerte, umweltfreundliche und sichere Versorgung mit Energie** ist lebensnotwendig für Millionen von Haushalten, wie für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Sie ist entscheidend, um im internationalen Wettbewerb auch als Industriestandort zu bestehen. Die FDP steht für einen wirtschaftlich vertretbaren, ökologisch sinnvollen und ideologiefreien Umgang mit allen Energieträgern.

Die letzten Jahrzehnte waren geprägt von einer beispiellosen Sicherheit bei der Energieversorgung. Wir sind es gewohnt, dass Strom immer dann zur Verfügung steht, wenn wir den Schalter umlegen. Die **Versorgungssicherheit** ist für die meisten Menschen selbstverständlich geworden. Die erfolgten oder angedrohten Lieferblockaden bei Öl und Gas haben in jüngster Zeit aber deutlich gemacht, dass unsere Versorgungssicherheit gefährdet ist. Deutschland ist als rohstoffarmes Land dringend darauf angewiesen, seine Energieversorgung durch möglichst viele Energieträger, Quellen und Lieferanten zu sichern. Deshalb setzt die FDP auf einen **möglichst breiten Energiemix auf dem Weg in das regenerative Zeitalter**.

Die FDP steht zur "Energie- und Klimaschutzstrategie NRW". Durch vielfältige Maßnahmen wollen wir den **CO₂-Ausstoß bis 2020 um 33 Prozent senken** und somit einen Anteil von 44 Prozent an den Reduktionszielen des Bundes leisten. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf Einsparpotenzialen, die unter Kostengesichtspunkten besonders effizient zu heben sind.

Kostengünstige **Einsparpotentiale** erwarten wir kurzfristig vor allem auch im **Wärme-markt** durch den verstärkten Einsatz von Wärmeisolierungstechniken und weiter entwickelten Heiztechniken einschließlich der Anwendung von Solarthermie, Wärmepumpen und Kraft-Wärme-Kopplung. Wir unterstützen daher die Fortführung und Intensivierung aller Initiativen und Maßnahmen, die private Eigentümer, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen bei der **Verbesserung der Energieeffizienz** behilflich sind. Für die energeti-

sche Sanierung öffentlicher Gebäude des Landes regen wir dazu die Erstellung eines Masterplans an. Den betragsmäßig größten Beitrag zur Reduktion der Emissionen leisten dabei die Effizienzsteigerung und das Kraftwerkserneuerungsprogramm. Durch das Kraftwerkserneuerungsprogramm werden bis zum Jahr 2020 jährlich 30 Millionen Tonnen CO₂ eingespart.

Wir brauchen die **Braunkohle** auch in Zukunft als Stützpfeiler in der Grundlast. Braunkohle ist der einzige heimische Energieträger, der wettbewerbsfähig und ohne staatliche Subventionen verstromt wird. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Braunkohlekraftwerke effizienter und sauberer werden. Hierzu muss weiter erforscht werden, ob Abscheidung und Speicherung von CO₂ bei der Verstromung von Braunkohle wirtschaftlich möglich sind. Die **Abscheidung, Verwertung und Speicherung von CO₂** werden wir durch Forschung, Entwicklung und Anwendung weiter nachhaltig unterstützen und auf die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen hinwirken. NRW zählt heute bereits zu den weltweit führenden Standorten für die erforderlichen Technologien - das ist gut für Umwelt, Arbeit und Wohlstand.

Wir brauchen neue, **hochmoderne Steinkohlekraftwerke**. Der Kraftwerkspark muss erneuert werden: 50 Prozent der Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen sind älter als 31 Jahre, 20 Prozent sogar älter als 40 Jahre. Alte, ineffiziente Anlagen müssen vom Netz gehen und – um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden – durch moderne Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden und geringeren CO₂-Emissionen ersetzt werden. Daher setzt die FDP sich für die Umsetzung aller Projekte im Kraftwerkserneuerungsprogramm ein.

Im Energiemix der Zukunft gewinnen **Erneuerbare Energien** an Bedeutung. Langfristig werden sie einen immer größeren Teil der Energieversorgung, insbesondere der Stromversorgung leisten müssen. Auch deshalb ist es wichtig, diese schnellstmöglich an die Wirtschaftlichkeit heranzuführen. Die eigene Vermarktung von Erneuerbarem Strom auch außerhalb des EEG wird von der neuen Bundesregierung angestrebt. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren.

Neben der Anwendung brauchen wir vor allem auch Forschung, insbesondere für Speichertechnologien. Dort setzen wir einen weiteren Schwerpunkt. Dem Einsatz von **Biogas** stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Der **Windkraftenerlass** hat sich bewährt: Windkraftanlagen wollen wir nur dort, wo ein ausreichender Wirkungsgrad gesichert und die Akzeptanz vor Ort gewährleistet ist. Unter diesen Bedingungen ist auch Repowering möglich. Wir sehen in Projekten wie **DESERTEC**, der Erzeugung von Solarstrom in der Sahara, Chancen zur wirtschaftlichen Nutzung der Erneuerbaren Energien. Hierzu tragen auch Forschungsergebnisse aus unserem Land bei, wie beispielsweise das Solarturmkraftwerk in Jülich.

Zur Finanzierung des Wandels in der Energieversorgung favorisieren wir marktwirtschaftliche Instrumente wie sie im Kyoto-Protokoll verankert sind. Die Nutzung solcher Instrumente werden wir durch intensive Förderung von Beratung unterstützen.

Zur klimaneutralen Grundlastversorgung mit Strom werden wir auf absehbare Zeit weiterhin sichere **Kernkraftwerke als Brückentechnologie** benötigen. Wir haben den rot-grünen Beschluss, die Kernsicherheits- und Entsorgungsforschung in Nordrhein-Westfalen aufzugeben, im Interesse von Mensch und Umwelt korrigiert. Unter anderem durch die Besetzung neuer Lehrstühle haben wir die Forschung in diesem Bereich deutlich gestärkt.

Alle Erzeugungsarten müssen in einem ausgewogenen Mix ihren Beitrag für eine sichere, saubere und wirtschaftliche Energieversorgung leisten. Der **Ausbau der Netze** erfordert in der Zukunft erhebliche Investitionen: Immer größere Strommengen, insbesondere aus dem Norden, müssen durchgeleitet werden. Zugleich müssen die Netze intelligenter wer-

den, um die Regelung des Stromnetzes zu verbessern und um erheblich zur Energieeffizienz beizutragen.

Intelligente Stromzähler sollen bald den Verbrauch im Haushalt danach ausrichten können, wann Strom möglichst preiswert und umweltverträglich verbraucht werden kann. Jede nicht verbrauchte Kilowattstunde hilft, den Geldbeutel und das Klima zu schonen.

Wir wollen die **Elektromobilität** forcieren. Sie kann mit den entstehenden Speicherkapazitäten und einem intelligenten Stromnetz zusätzlich Puffer für Wind- oder Solarenergie sein. Im Zuge der erfolgreichen Bewerbung zur Modellregion für Elektromobilität werden erhebliche Investitionen vor allem in die gezielte Forschung geleistet.

Zugleich wollen wir die **Forschung im Bereich Wasserstoff** weiter vorantreiben. Wasserstoff bietet hohe Chancen, der umweltfreundliche Treibstoff der Zukunft zu werden.

Durch die enge Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung im **GeothermieZentrum NRW** in Bochum und dem **Wärmepumpen-Marktplatz NRW** hat unser Land eine führende Position in der Geothermieforschung und -anwendung. Diese gilt es weiter zu stärken. Die FDP will Nordrhein-Westfalen als weltweiten Technologieführer auf dem Gebiet der Kraftwerkstechnologie, aber auch bei den Erneuerbaren und der Elektromobilität zum Wohle der Menschen und des Klimas weiter voranbringen.

Damit Strom auch in Zukunft noch sowohl für die Unternehmen als auch gerade für kinderreiche Familien bezahlbar bleibt, brauchen wir mehr **Wettbewerb zwischen den Energieversorgern**.

Mobilität

Für die FDP ist **Mobilität ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft und unverzichtbar für Freiheit, Wachstum und Wohlstand**. Sie ist die zentrale Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen, das Wachstum unserer Wirtschaft sowie den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und wirtschaftliche Dynamik gehören untrennbar zusammen. Investitionen in die Verkehrswege sind deshalb auch Investitionen in Arbeitsplätze.

Mit dem Regierungswechsel im Mai 2005 haben wir auch einen **Mentalitätswechsel in der Verkehrspolitik** des Landes eingeleitet. Die Zeit der ideologischen Gegensätze zwischen den Verkehrsträgern ist vorbei. Einzelne Verkehrssysteme werden nicht mehr bevorzugt, sondern sinnvoll miteinander verknüpft sowie ihrer Eignung und ihrem Bedarf entsprechend gestärkt. Wir wollen, dass die Menschen und die Wirtschaft – und nicht der Staat – darüber entscheiden, was notwendige Mobilität und welches Verkehrsmittel angemessen ist.

Mehr als 70 Prozent der Güterverkehrs- und fast 90 Prozent der Personenverkehrsleistungen entfallen auf die Straße. Die Straße ist und bleibt auf lange Sicht das Rückgrat des NRW-Verkehrssystems. Jede Milliarde Euro, die im Straßenbau investiert wird, erzeugt einen volkswirtschaftlichen Gewinn von 4,4 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Verbesserungen für den Wirtschaftsstandort NRW und die Arbeitplatzeffekte in der Baubranche. Ziel der FDP ist deshalb, die Investitionen in den Erhalt, den Um- und **Ausbau des NRW-Straßennetzes** kontinuierlich zu erhöhen und dauerhaft zu sichern.

Trotz umfassender Anstrengungen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes ist es uns gelungen, die Mittel für den **Landesstraßenbau** von 130,3 Millionen Euro im Jahr 2004 auf 172,4 Millionen Euro in 2009 deutlich anzuheben. Allein für die unter Rot-Grün sträflich vernachlässigte Erhaltung der Landesstraßen haben wir 2009 80 Millionen Euro zur Verfügung gestellt – das sind rund 30 Millionen Euro mehr als im Jahr 2004. Wir wollen die Investitionsmittel für die Landesstraßen weiter verstärken und streben ein bedarfsgerech-

tes Niveau von 200 Millionen Euro jährlich an.

Die Sanierung und den Ausbau des **kommunalen Straßennetzes** will die FDP weiterhin durch geeignete Förderprogramme unterstützen. Hierzu gehört auch der Ausbau der Wirtschaftswege im ländlichen Raum.

Im Fernstraßenbau ist es gelungen, den bundesweiten Anteil Nordrhein-Westfalens von 14 auf 16 Prozent zu steigern. Mit insgesamt fast 1,3 Milliarden Euro stand 2009 der **höchste Betrag für Straßenbauinvestitionen in diesem Jahrzehnt** zur Verfügung. Die FDP will die Investitionen auf höherem Niveau verstetigen. Denn Nordrhein-Westfalen hat in Zukunft den mit Abstand höchsten Investitionsbedarf und noch immer die meisten Störungsstellen. 20 Prozent der Verkehrsleistungen und mehr als ein Drittel aller Staus in Deutschland entfallen auf Nordrhein-Westfalen.

Die FDP NRW wird sich deshalb gegenüber dem Bund mit Nachdruck für eine **sachgerechte Mittelverteilung** einsetzen, bei der Nordrhein-Westfalen entsprechend seiner tatsächlichen Belastung der Infrastruktur stärker berücksichtigt wird. Gemessen an der Verkehrsleistung bzw. dem Kfz-Bestand halten wir einen Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen am Bundesfernstraßenbedarfsplan von 19 Prozent für erforderlich, um den angelaufenen Nachholbedarf schneller abbauen zu können. Gemessen an der Einwohnerzahl stünden NRW sogar 22 Prozent zu.

Im Jahr 2004 gab es unter Rot-Grün lediglich einen Planfeststellungsbeschluss für Bundesfernstraßen. Seitdem FDP und CDU in NRW Regierungsverantwortung tragen, konnten über 50 Planfeststellungsverfahren abgeschlossen werden. Ziel der FDP ist es, die **Planungs- und Genehmigungsverfahren noch einfacher und schneller** zu machen und einen angemessenen Vorrat an baureifen Planungen schaffen.

Der noch aus rot-grüner Regierungszeit stammende Vorbehalt des „besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrags“ blockiert unverzichtbare Autobahnlückenschlüsse und Ortsumgehungen, auf die Bürger und Unternehmen in der Regel schon seit Jahren warten. Den Vorbehalt bei den Projekten des Bundesverkehrswegeplans wollen wir deshalb streichen. Die Dringlichkeitsreihung der Vorhaben wollen wir aktualisieren, um die Effizienz der Investitionen zu steigern und Engpässe gezielt zu beseitigen.

Mit dem "Masterplan Nordrhein-Westfalen" zum **Ausbau der Bahninfrastruktur** wurde im Dezember 2008 ein Meilenstein für die Schieneninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen gesetzt. Das größte Schienepaket seit über 20 Jahren mit einem Investitionsvolumen von fast drei Milliarden Euro schafft insbesondere Planungssicherheit für den **Rhein-Ruhr-Express**, das bedeutendste Eisenbahnprojekt Nordrhein-Westfalens. Die FDP will dieses Projekt für den Schienenpersonenverkehr in Nordrhein-Westfalen so schnell wie möglich aufs Gleis setzen. Durch die Realisierung in sinnvollen Teilabschnitten kann das Projekt mit seinen umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen schon vor seiner endgültigen Fertigstellung zu erheblichen Verbesserungen der Mobilität im Rhein-Ruhr-Raum beitragen und dadurch auch in ganz Deutschland Verspätungen im Bahnverkehr reduzieren. Auch der Bundesschienenwegeausbauplan bedarf der Aktualisierung, um die NRW-Projekte voranzubringen. Dies wäre insbesondere möglich, wenn der geringe NRW-Anteil an den Investitionen aus rot-grüner Zeit bedarfsgerecht angepasst würde.

Weitere für Nordrhein-Westfalen bedeutende Schienenverkehrsprojekte wie der **Ausbau der Bahnknoten Köln, Dortmund und Hamm**, der zweigleisige **Ausbau der Strecke Münster-Lünen**, sowie die Realisierung eines attraktiven Verkehrsangebots auf der sog. **Mitte-Deutschland-Verbindung** (Düsseldorf-Dortmund-Kassel) wollen wir gegenüber Bund, Land und Deutscher Bahn AG vorantreiben. Die bereits vereinbarte **Modernisierungsoffensive für über 100 kleine und mittlere Bahnhöfe** in Nordrhein-Westfalen wollen wir zügig umsetzen und durch weitere dringend notwendige Investitionen in die NRW-

Bahnhöfe fortschreiben.

Mit dem neuen ÖPNV-Gesetz haben wir eine umfassende Reform der Finanzierung und der Strukturen des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht. Das Finanzierungssystem wurde entbürokratisiert und dereguliert, die Fördermittel pauschaliert und damit effektiver eingesetzt. Die Organisation des Nahverkehrs haben wir durch die Reduzierung der Zahl der Kooperationsräume von neun auf drei deutlich gestrafft. Die FDP will dauerhaft die **Qualität im Öffentlichen Personennahverkehr verbessern** und das Angebot kostengünstiger gestalten. Dazu können landesweite Vorgaben, wie zum Beispiel einheitliche moderne Fahrzeugstandards, ein effektiver Weg sein. Zugleich wollen wir mehr Transparenz bei der Finanzierung, fairen Wettbewerb unter den Anbietern und größere Freiräume für unternehmerische Initiative. Dies kann vor allem über die Privatisierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit öffentlicher Verkehrsunternehmen erreicht werden.

Den Ausschreibungswettbewerb sehen wir als richtigen Weg, um im Interesse der Kunden wie der Allgemeinheit Produktivitätssteigerungen und damit Angebotsverbesserungen und Kosteneinsparungen im ÖPNV zu realisieren. Zu Beginn der Legislaturperiode wollen wir das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) für die künftigen Anforderungen novellieren. Um ein Grundangebot des **ÖPNV im ländlichen Raum** zu gewährleisten, wollen wir die Finanzierung ermäßigter Tarife im Schüler- und Auszubildendenverkehr langfristig sichern.

Vor allem im ländlichen Raum sind **Taxibusse und Bürgerbusse**, die sich flexibel, auch zu Zeiten geringer Nachfrage und abseits größerer Linien einsetzen lassen, ein fester Bestandteil des Öffentlichen Nahverkehrs. Die FDP will diese Angebote, die insbesondere für die Mobilität älterer Bürgerinnen und Bürger von zunehmender Bedeutung sind, ausbauen und fortentwickeln.

Die auf Bundesebene anstehende Revision des Regionalisierungsgesetzes wollen wir dafür nutzen, eine höhere **Transparenz und Effizienz in der SPNV-Finanzierung** zu erreichen. Die FDP setzt sich für eine bedarfsgerechte Neuverteilung der Bundesmittel ein.

Für die FDP haben die **nichtbundeseigenen Eisenbahnen** (NE-Bahnen) eine große verkehrs- und strukturpolitische Bedeutung für Nordrhein-Westfalen. Aufgrund unserer Initiative ist es im Haushalt 2010 erstmals seit Jahren wieder gelungen, den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur der NE-Bahnen mit Landesmitteln zu fördern. Wir wollen die öffentliche Förderung verstetigen und ausbauen, wobei insbesondere auch der Bund gefordert ist, seine Finanzierungszusagen einzuhalten.

In der Luftverkehrspolitik haben wir in der vergangenen Legislaturperiode erfolgreich an der Umsetzung der Luftverkehrskonzeption NRW 2010 gearbeitet. Wir haben **die Flughäfen als Wirtschafts- und Standortfaktor für Nordrhein-Westfalen** gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt, ohne dabei die berechtigten Interessen der Anwohner zu vernachlässigen. Die FDP hält an der dezentralen Luftverkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen mit drei internationalen Flughäfen, sechs Regionalflughäfen und neun so genannten Schwerpunktlandeplätzen für den Geschäftsreiseverkehr uneingeschränkt fest. Diese dezentrale Struktur hat sich voll und ganz bewährt. Gerade auch die kleineren Flughäfen haben als Standort- und Wirtschaftsfaktor eine enorme ökonomische Bedeutung und bieten für die jeweilige Region **erhebliche Wachstums- und Beschäftigungschancen**. Sollte in Deutschland ein Wettbewerb für ein - neben Frankfurt und München - drittes Luftverkehrsdrehkreuz entstehen, sollte Nordrhein-Westfalen die damit verbundenen riesigen Chancen nutzen und sich aktiv an diesem Wettbewerb beteiligen.

Für die FDP ist selbstverständlich, dass notwendige Maßnahmen zum Ausbau der Kapazitäten sorgfältig mit den Belangen von Mensch und Umwelt abgewogen werden. Für uns

sind Umwelt-, Klima- und Lärmschutz integrale Bestandteile einer zukunftsweisenden und **nachhaltigen Luftverkehrspolitik**. Die FDP will die Lärmbelastung durch den Luftverkehr durch besser geeignete Flugrouten, Innovationen in der Flugzeugtechnik und neue Instrumente wie emissionsabhängige Start- und Landeentgelte reduzieren. Wir halten in diesem Zusammenhang auch an den bisherigen strengen **Nachtflugregelungen** an den Flughäfen in Nordrhein-Westfalen fest.

Nordrhein-Westfalen ist bereits ein Logistikstandort von europäischem Rang: In unserem Land sind etwa 10.000 Logistikunternehmen ansässig, fast 600.000 Beschäftigte erbringen logistische Tätigkeiten. Die FDP möchte Nordrhein-Westfalen zur führenden **Logistik-Drehscheibe in Europa** ausbauen. Was Frankfurt im Personen-Luftverkehr ist, kann NRW im Güterverkehr werden.

Mit Blick auf die dynamische Entwicklung des Güterverkehrs, insbesondere der **Seehafenhinterlandverkehre**, bieten sich für Nordrhein-Westfalen enorme Wachstumschancen. Dabei sind die Verkehrsadern nach Rotterdam und Antwerpen für NRW von besonderer Bedeutung. Die Betuwe-Linie und der Eiserne Rhein als leistungsfähige und schnelle Schienengüterverbindungen zu den Seehäfen Rotterdam und Antwerpen sind als Alternativen für die NRW-Wirtschaft unverzichtbar, um die Vor- und Nachlaufkosten für den Wirtschaftsstandort NRW auf einem wettbewerbsfähigen Niveau zu halten. Erforderlich sind deshalb der zügige **Ausbau der Betuwe-Linie** einschließlich der dazugehörigen Lärmschutzmaßnahmen sowie die **Realisierung des Eisernen Rheins** auf einer weitgehend neuen, anwohnerfreundlichen Trasse (A52). Dabei sind insbesondere die hohen Sicherheitsanforderungen in der weltweiten Logistikkette und ÖPP-Modelle zu berücksichtigen, die eine grenzüberschreitende europäische Finanzierung ermöglichen. In Verbindung mit einem internationalen Logistikzentrums am Standort Elmt bestehen hier gewaltige Chancen für den Wirtschafts- und Logistikstandort Nordrhein-Westfalen.

Angesichts der erwarteten weiteren Verdoppelung der Seecontainerverkehre von und nach Nordrhein-Westfalen bis 2015 ist es dringend erforderlich, die Leistungsfähigkeit der Wasserstraßen und Häfen weiter zu steigern. Das **Wasserstraßen- und Hafenkonzept** der Landesregierung betrachten wir als gute Grundlage zur Stärkung des Hafen- und Logistikstandortes Nordrhein-Westfalen, das wir nun in konkrete Umsetzungsschritte überführen wollen. Die FDP wird das Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzept vom Februar 2008 mit der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung im Logistiksektor des Landes überprüfen. Um die nordrhein-westfälischen Häfen im Wettbewerb mit den europäischen und deutschen Hafenstandorten zu stärken, wollen wir die Zusammenarbeit der NRW-Häfen verbessern und die Entwicklung gemeinsamer Strategien unterstützen.

Für die FDP ist Umweltschutz in der Verkehrspolitik kein Gegensatz zum notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. In der christlich-liberalen Koalition haben wir gezeigt, wie man die berechtigten Schutzbedürfnisse von Mensch und Natur mit den Mobilitätsbedürfnissen von Bürgern und Unternehmen in Einklang bringt. **Umweltzonen** mit Fahrverbot sind nur verhältnismäßig, wo sie zwingend geboten sind. Beim notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wollen wir die **Lärmbelastung der Bevölkerung weiter reduzieren**. Dazu wollen wir den Schienenbonus schrittweise reduzieren mit dem Ziel, ihn ganz abzuschaffen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine lärmabhängige Trassenpreisgestaltung bei der Bahn ein. Bei bereits bestehenden Strecken wollen wir das Lärmsanierungsprogramm Schiene fortsetzen und intensivieren. Dazu wollen wir auch die Möglichkeiten des technischen Fortschritts bei Fahrzeugen und Schieneninfrastruktur nutzen. Im Straßenbau wollen wir den Lärmschutz für die Anwohner verbessern, indem die Lärmsanierungsgrenzwerte des Bundes um fünf Dezibel herabgesetzt werden und verstärkt Flüsterasphalt zum Einsatz kommt.

Mit dem Ziel, Innovationen zu befördern, Ressourcen zu schonen und die Lärm- und

Emissionsbelastung zu senken setzt sich die FDP ferner dafür ein, bis zum Jahr 2020 in Nordrhein-Westfalen mindestens 250.000 zukunftsfähige Fahrzeuge mit elektrischem Antriebsstrang auf die Straße zu bringen. **Elektromobilität** beschränkt sich nicht auf den Individualverkehr. Im Blick haben wir beispielsweise Stadtbusse oder andere Fahrzeugflotten. Hierzu gilt es nachhaltig die Bereiche Fahrzeug- und Batterietechnik, wie auch Infrastruktur und Netze zu fördern. Der neue und **bundesweit erste Lehrstuhl für Elektromobilität an der FH Bochum** oder auch das neu gegründete **Forschungszentrum für Energiespeicherung an der Universität Münster** sind wichtige Beiträge zur weiter notwendigen Stärkung der Forschung in diesem Bereich. Entsprechende Förderwettbewerbe auf EU- und Bundesebene sollen durch Landeswettbewerbe weiter flankiert werden. Die aus dem Bundeswettbewerb hervorgegangene Modellregion Rhein-Ruhr wollen wir in besonderer Weise unterstützen.

Mit der **Offensive gegen den Verkehrsstau** hat die Landesregierung verschiedene Maßnahmen ergriffen, Staus und Störungen im Autobahnnetz in Nordrhein-Westfalen zu bekämpfen. Dazu gehören die Verbesserung des Baustellenmanagements, die Beseitigung von Engpässen und Störstellen im Streckennetz sowie die Optimierung des Straßenbetriebs und der Kommunikation mit den Verkehrsteilnehmern. Diese erfolgreichen Maßnahmen wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein effizientes, modernes Verkehrssystem mit intelligenter Technik und innovativen Dienstleistungen.

Die FDP will sichere Straßen und einen sicheren Straßenverkehr. Dazu dient insbesondere der Ausbau von modernen Verkehrsleitsystemen. Dazu gehören natürlich auch Geschwindigkeits- und Abstandskontrollen. Wir lehnen allerdings die ausufernde Zahl der Radarfallen ab, die allein dem Kämmerer oder dem Finanzminister dienen und mit dem Aspekt der Verkehrssicherheit nichts mehr zu tun haben.

Mit uns wird die Technik des sogenannten „Sections-Control“ (Bestimmung der Durchschnittsgeschwindigkeit durch Messen der Durchfahrtszeit für einen festgelegten Streckenabschnitt) auf Autobahnen nicht eingeführt. Wir haben massive Datenschutzbedenken, da bei diesem Verfahren jeder Autofahrer beim Eintritt in den Abschnitt mit genauer Uhrzeit ohne Verdachtsmoment erfasst werden muss und seine Daten gespeichert werden müssen.

Im Unterschied zu anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz ist es in Nordrhein-Westfalen noch immer vorgeschrieben, dass Taxen die Farbe "hellelfenbeingelb" haben müssen. Bei den Taxiunternehmen führt dies zu Mehrkosten bei der Anschaffung und Mindereinnahmen beim Verkauf der Autos. Die **staatliche Farbvorgabe für Taxen** ist eine überflüssige Regulierung, die wir zur Stärkung des Taxi-gewerbes **abschaffen** wollen.

Die FDP hat den Modellversuch **Begleitetes Fahren ab 17** gestartet, der seitdem einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der Unfallzahlen der Fahranfänger geleistet hat. Die FDP will den Modellversuch zur Regel machen.

Land und Forstwirtschaft

Der **ländliche Raum** ist für uns ein eigenständiger Wirtschafts-, Lebens- und Entwicklungsraum. Er ist keine "Restfläche" für Wasserschutz-zonen und ökologische Ausgleichsräume.

Die FDP will die **Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe weiter verbessern**. Sie müssen so gesetzt werden, dass die Landwirte den wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt erwirtschaften können. Deshalb hat sich die FDP erfolgreich für eine Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion und damit für eine stärkere Orientierung an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit eingesetzt.

Heute erhalten die Landwirte einen Ausgleich für die in der EU geltenden höheren Standards im Umwelt- und Tierschutz. Damit haben unternehmerische Landwirte die Chance, sich stärker von staatlicher Bevormundung zu lösen und einen größer werdenden Anteil ihres Einkommens am Markt zu erwirtschaften. Bei der Ausgestaltung der Agrarpolitik der EU ab 2014 werden wir uns für eine weitere **Stärkung der unternehmerischen Landwirtschaft** einsetzen. Die Regelungen müssen so getroffen werden, dass Planungssicherheit und Verlässlichkeit gewährleistet sind.

Die FDP unterstützt den Beschluss zum **Auslaufen der Milchquote** zum 31. Mai 2015, weil Investitionen in Milchquoten die Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen in den Hof einschränken und auch die Quote das Ausscheiden von Milchviehbetrieben aus der Produktion nicht aufhalten können.

Landwirte brauchen bei der Vermarktung ihrer Produkte faire Chancen. So müssen z.B. Molkereien die Möglichkeit erhalten, ihre **Produkte gemeinsam zu vermarkten**, um auf Augenhöhe mit den Konzernen Preise aushandeln zu können. Nur so kann die schwierige Situation der Milchbauern gemildert werden. Darüber hinaus hat die FDP der Landwirtschaft durch das **Schulmilchprogramm** und Maßnahmen im Exportbereich weitere Märkte eröffnet. Des Weiteren begrüßen wir die von der Bundesregierung zur Linderung der krisenbedingt schwierigen Einkommenssituation der Milchwirtschaft beschlossenen Sofortmaßnahmen. Durch die Anpassung des **Programms "Ländlicher Raum"** an die besondere Situation der Milchbauern und durch Liquiditätshilfen der Landesregierung konnte für die Milchwirtschaft eine Brücke durch die Krise gebaut werden. NRW ist für die Sicherung der Zukunft der Landwirtschaft gut aufgestellt. Das zeigen auch die Investitionen, die hier getätigt werden.

Das **Schulobstprogramm** begrüßt die FDP; bürokratische Regelungen, die sich in der Praxis nicht bewährt haben, gilt es abzubauen.

Auf dem EU-Binnenmarkt führen nationale Sonderwege dazu, die eigene landwirtschaftliche Produktion in die Nachbarländer zu vertreiben. Deswegen sollen **EU-Regelungen 1:1 in nationales Recht** umgesetzt werden. Ein Aufsatteln im Bund wie auch bei der Ausgestaltung landesrechtlicher Vorschriften lehnen wir ab.

Wir werden uns beim Bund für eine steuerlich begünstigte **Risikoausgleichsrücklage** einsetzen, damit Landwirte zukünftig schwankende Preise, die durch Weltmarktveränderungen und unterschiedliche Ernten entstehen, besser kompensieren können.

Nordrhein-Westfalen ist ein walddreiches Land und hat **große Holzvorräte**. Holz ist unser wichtigster nachwachsender Rohstoff. Seine Nutzung als Bauholz und für die Herstellung von Möbeln und Zellstoff, die Erzeugung von Strom und Wärme aus Rest- und Durchforstungsholz ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und stärkt gleichzeitig die regionale Wirtschaft. Die Einkommen der Landwirte aus ihrem Waldbesitz tragen zur Sicherung der Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe bei. Sie stärken den ländlichen Raum. Gleichzeitig haben die Wälder eine große Bedeutung für die Naherholung und den Tourismus. Eine **Förderung der Waldwirtschaft** ist daher für die FDP unerlässlich.

Dank eines funktionierenden Jagdsystems, bei dem die Hauptverantwortung für die **Wildbewirtschaftung** bei den Jägern und Grundeigentümern liegt, ist Deutschland im Vergleich zu anderen Industrienationen ein wildreiches Land. Das Jagdrecht hat sich bewährt und soll nicht dem Naturschutzrecht untergeordnet werden. Die Verdienste der Jäger im Rahmen des Naturschutzes - zum Beispiel bei der Beseitigung von Fallwild - hat die FDP mitgetragene Landesregierung durch die stufenweise **Abschaffung der bürokratischen Jagdsteuer** gewürdigt.

Die FDP steht der Forschung und Anwendung der **grünen Gentechnik** aufgeschlossen

gegenüber – auch in globaler Verantwortung für Umwelt und Welternährung. Sicherheitsaspekte werden durch europäische Regelungen hinreichend gewährleistet.

Europa

Nordrhein-Westfalen ist der **sechstgrößte europäische Wirtschaftsraum** liegt im Herzen Europas. Als Nachbar Belgiens und der Niederlande, als wichtiger Industrie- und Dienstleistungsstandort sowie als Transitland im Straßen-, Schienen- und Binnenschiffverkehrsverkehr ist Europa für viele Menschen in Nordrhein-Westfalen gelebter Alltag.

Wir Liberale wissen: Unser Land kann nur erfolgreich sein, wenn wir weiter in Frieden und Freiheit den Austausch mit europäischen Partnern im Rahmen der EU pflegen und ausbauen. Dabei setzen wir auf offene Märkte und eine Vollendung des europäischen Binnenmarktes. In der Globalisierung ist die EU wichtiger denn je - während der internationalen Finanzkrise konnte allein das gemeinsame Handeln der EU unsere Wirtschaft sichern. Auch die brennenden Fragen Energiesicherheit, Rohstoffversorgung, Umwelt- und Klimaschutz, Welthandel sowie innere und äußere Sicherheit können von Nationalstaaten heute nicht mehr im Alleingang beantwortet werden. NRW und seine Grenzregionen **profitieren** in vielen Bereichen **von einer engen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**.

Die Freien Demokraten bekennen sich zur Europäischen Union, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist. Wir setzen uns für die **Vertiefung der Europäischen Integration** ein und verpflichten uns zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit auf regionaler wie kommunaler Ebene.

Die FDP wird darauf achten, dass der freie Wettbewerb in marktwirtschaftlichem Ordnungsrahmen auch in der EU von morgen zur Geltung kommt, im Interesse unseres Landes. Nordrhein-Westfalen exportiert Waren und Dienstleistungen im Wert von 175 Milliarden Euro – fast zwei Drittel davon gehen zu unseren europäischen Partnern. Allein mit Belgien und den Niederlanden haben wir einen Warenaustausch, der größer ist als der mit den USA und China zusammen. Gerade daher wollen wir die Partnerschaft mit den Benelux-Ländern weiter vertiefen. Das schafft hochwertige Arbeitsplätze hier bei uns, die Voraussetzung für unseren Sozialstaat und unsere hohen Umweltstandards sind.

Die besondere Verantwortung der FDP für den nordrhein-westfälischen Mittelstand gilt auch in der Europapolitik. Wir wollen die **Europafähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen weiter stärken**, damit sie besser als bisher von den Möglichkeiten des Europäischen Binnenmarktes profitieren können. Wo Europa Bürokratielasten für den Mittelstand produziert, werden wir uns für ihre Abschaffung einsetzen. Europäische Regelungen sollten zudem nur 1:1 – also ohne zusätzliches Aufsatteln – in nationales Recht übertragen werden.

Zur Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit hat die von der FDP getragene Landesregierung mit Unterstützung der EU (EFRE-Fonds) erfolgreich neue Wege beschritten. Von 2007 bis 2013 erhält das Land gut 1,3 Milliarden Euro aus dem EFRE-Fonds. Zusammen mit weiteren Mitteln der Landesregierung und privaten Geldern stehen insgesamt rund 2,5 Milliarden Euro bereit, den Mittelstand und die Existenzgründerszene zu stärken, die Innovationsbereitschaft und Innovationsfähigkeit im ganzen Land zu verbessern und Städte und Regionen attraktiver und lebenswerter zu gestalten. Dabei hat die **Einführung von „Ziel2-Wettbewerben“** und die **Fokussierung auf Innovationscluster** anstelle des alten „Gießkannenprinzips“ landesweit zu Aufbruchsstimmung und Dynamik geführt: In den ersten beiden Wettbewerbsrunden wurden landesweit 2.114 Projektskizzen von fast 7.000 Kooperationspartnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen eingereicht; 552 Projekte wurden bewilligt. Die FDP setzt sich auch künftig auf Bundes- und europäischer Ebene dafür ein,

dass dieser erfolgreiche Weg fortgeführt werden kann, um Wissenschaft und Wirtschaft über Branchen- und Technologiegrenzen hinweg zu mobilisieren, günstige Bedingungen für neue Produkte und Investitionen zu schaffen, Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu stärken.

Die von der FDP getragene Landesregierung hat mit zahlreichen Aktivitäten und Initiativen die Beteiligung nordrhein-westfälischer Forschungseinrichtungen und Unternehmen am **7. Forschungsrahmenprogramm** unterstützt. Diesen erfolgreichen Weg werden wir weiter fortsetzen. Die Liberalen werden sich auch bei den bevorstehenden Diskussionen über die Gestaltung der künftigen europäischen Forschungspolitik aktiv dafür einsetzen, dass in Nordrhein-Westfalen beheimatete zukunftsweisende Spitzentechnologie ihren Platz im europäischen Forschungsraum ausbauen kann und die Förderbedingungen für exzellente kleine und mittlere Unternehmen entschlackt und entbürokratisiert werden. Hierzu gehört auch der Einsatz für den Patentgerichtsstandort Düsseldorf.

Nordrhein-Westfalen ist das europäische Energieland Nr. 1. Für uns Liberale sind Wettbewerb auf den Energiemärkten und Fortschritte beim Klimaschutz von größter Bedeutung. Dem Klimaschutz ist aber nur gedient, wenn europaweite Regelungen nicht dazu führen, dass unsere hohen Umweltstandards verpflichtete Industrie nicht durch Umweltverschmutzer aus anderen Ländern verdrängt wird. Mit unseren exzellenten Energieforschungseinrichtungen werden wir europa- und weltweit einen hervorragenden Beitrag zu einer nachhaltigen, modernen Umwelt- und Industriepolitik leisten und Maßstäbe setzen können.

Wir werden auch künftig die **kommunale Selbstverwaltung** verteidigen. Der Grundsatz „Privat vor Staat“ erfordert ein transparentes und klares Vergaberecht. Wir wollen ein europäisches Vergaberecht, das anwenderfreundlich ausgestaltet ist und einen genauso fairen wie sinnvollen Wettbewerb ermöglicht.

Europa ist mehr als die europäischen Institutionen. Europa ist ein **Lebensgefühl und ein Kulturraum**. Sprache, Bildung und Kultur sind der Schlüssel zum gegenseitigen Verständnis. Die FDP unterstützt europäische Städtepartnerschaften, Austauschprogramme für Junge und Junggebliebene und den kontinuierlichen Erwerb von Sprachkenntnissen. Deshalb haben wir den Unterricht von Englisch als globale Hauptverkehrssprache bereits in der ersten Grundschulklasse eingeführt. Wir setzen uns weiter für den Ausbau der bereits mehr als 100 Europaschulen in NRW ein.

Gerade in den vier grenzüberschreitenden **Euregios** wird Europa vor Ort gelebt. Wir setzen uns für die weitere Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden Euregios ein. Gemeinsames Denken, Planen und Realisieren muss im grenzüberschreitenden Bereich, auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, zum selbstverständlichen Alltag gehören. Dies gilt insbesondere bei Frage der Berufsausbildung und Berufsausübung, bei Infrastrukturprojekten und grenzüberschreitenden Gewerbegebieten, beim regionalen ÖPNV, bei der Gesundheitsversorgung, bei den öffentlichen Diensten, der polizeilichen Zusammenarbeit und bei der Kooperation von Anstalten des öffentlichen Rechts wie z.B. Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern.

Die FDP will eine starke, aber schlanke EU. Die EU kann für den Bürger verständlicher werden, wenn sie sich auf das Wesentliche beschränkt. Wir werden uns auch weiterhin für eine klare Trennung der Rechte und Zuständigkeiten der einzelnen Politikebenen nach dem **Subsidiaritätsprinzip** einsetzen. Nicht jedes Problem in Europa ist auch ein Problem für Europa. Deshalb werden wir die neuen Mitwirkungsrechte für die deutschen Bundesländer bei der Gestaltung europäischer Politik aktiv nutzen und die Mitwirkung des Landes in europäischen Angelegenheiten entschlossen weiter stärken. Denn nur ein bürgernahes Europa mit starken Regionen wird in der Lage sein, die gemeinsamen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

Aufstieg durch Effizienz

Liberalen wollen einen starken Staat. Aber die Stärke des Staates misst sich nicht an seinem Umfang, sondern an seiner Effizienz für die Bürger. Nur der Staat ist effizient, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und sich nicht verzettelt. Ein effizienter Staat regelt das Notwendige und überlässt den Bürgern Spielräume. Ein Staat bleibt nur dann effizient, wenn er sich finanziell nicht überhebt, bezahlbar bleibt und auch für kommende Generationen Spielräume ermöglicht.

Bereits in den vergangenen fünf Jahren hat die FDP in der Landesregierung mit dem Grundsatz „Privat vor Staat“ Veränderungen ermöglicht, die die Effizienz der öffentlichen Hand gesteigert hat.

Wir werden weiterhin konsequent daran arbeiten, staatliche Betätigung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und überflüssige Bürokratie abzubauen. Dies gilt auch für Städte und Gemeinden, denen wir darüber hinaus mit klar kalkulierbaren Einnahmen eine verlässliche Haushaltsplanung ermöglichen wollen.

Mit den erzielten Effizienzgewinnen werden wir gleichermaßen die Bürger von überzogener Steuer- und Abgabenlast befreien und durch Konsolidierung der Haushalte kommenden Generationen weitreichende Perspektiven bieten.

„Privat vor Staat“ ist für uns ein Grundsatz, keine Ideologie. Etwa im Bereich der Justiz muss der Staat auch zukünftig vollumfänglich agieren, um Rechtsstaatlichkeit zu sichern. Aber auch hier wollen wir noch effizienter und bürgernäher werden, um auch langfristig das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat zu erhalten.

Steuern und Finanzen

In der Verschuldung der öffentlichen Haushalte sehen wir einen Verstoß gegen das Gebot der Generationengerechtigkeit. Viele Generationen nach uns werden noch für die Zahlung von Zins und Tilgung aufkommen müssen, obwohl ihnen die kreditfinanzierten Leistungen schon längst nicht mehr zu Gute kommen. Ziel der FDP ist deshalb eine **generationengerechte, ausgeglichene Haushaltsführung**.

Seit der Regierungsübernahme im Jahr 2005 konnte die von der FDP mitgetragene Koalition bereits **beachtliche Erfolge bei der Konsolidierung des Landeshaushalts** erzielen. So haben wir die jährliche Nettoneuverschuldung von rund 6,7 Milliarden Euro unter der letzten rot-grünen Regierung fast vollständig zurückgeführt. Wären im Jahr 2008 im Zuge der Finanzmarktkrise nicht erhebliche Vorsorgeleistungen für die Absicherung der Risiken bei der WestLB erforderlich geworden, hätte der nordrhein-westfälische Landeshaushalt sogar mit einem Überschuss von 164 Millionen Euro abgeschlossen.

Die größte Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland führt dazu, dass zur Finanzierung der Konjunkturpakete des Bundes sowie zur Kompensation massiver Steuereinnahmeausfälle auch in Nordrhein-Westfalen vorübergehend wieder höhere Schulden gemacht werden müssen. Nach der Überwindung der Wirtschaftskrise wollen wir zurück auf den Konsolidierungspfad mit dem Ziel, den **Landeshaushalt baldmöglichst auszugleichen**. Die FDP tritt dafür ein, die im Grundgesetz angenommene „Schuldenbremse“ analog in der Landesverfassung zu verankern. Dafür ist es notwendig, ehrgeizige Ausgabenkürzungen und weitere strukturelle Reformen vorzunehmen. Alle Aufgaben des Landes wollen wir kritisch auf den Prüfstand stellen.

Liberaler Haushaltspolitik zeichnet sich durch eine **transparente, vorsichtige und vorausschauende Haushaltsführung** aus. Direkt nach Regierungsübernahme im Jahr 2005 haben wir sämtliche Schattenhaushalte aufgelöst und in den regulären Haushalt überführt.

2006 haben wir einen Versorgungsfonds eingerichtet. Seitdem wird für jeden neu eingestellten Beamten nach dem Kapitaldeckungsverfahren ein Betrag von über 500 Euro pro Monat auf ein Pensionsvorsorgekonto gebucht. Die FDP wird auch in Zukunft Garant für Verantwortung und Nachhaltigkeit bei der Haushaltsführung sein.

Auf Initiative der FDP wird 2010 erstmals in Nordrhein-Westfalen eine Generationenbilanz bzw. ein **Nachhaltigkeitsbericht** als Anlage zum Haushaltsplan erscheinen. Damit werden wir der Öffentlichkeit Projektionen für die zukünftige Haushaltspolitik und einen umfassenden Einblick in das Ausmaß der Belastung nachfolgender Generationen vermitteln. Wir begrüßen, dass Nordrhein-Westfalen damit eine Vorreiterrolle in Deutschland übernimmt. Wir wollen das Nachhaltigkeitsberichts Wesen künftig weiter ausbauen und verfeinern.

Die FDP möchte die bisherigen Bestrebungen des Landes zur **Einführung eines gänzlich neuen Haushalts- und Rechnungswesens** für Nordrhein-Westfalen konsequent fortführen. In Anlehnung an die Buchführung bei privaten Unternehmen streben wir ein doppeltes Haushaltswesen an, das mit einer flächendeckenden Kosten- und Leistungsrechnung verbunden ist. Dadurch wollen wir eine verbesserte Informationsbasis über die Vermögens- und Schuldensituation des Landes, die Kosten und Erträge bei der Aufgabenerfüllung sowie neue, verbesserte Steuerungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der von der Politik vorgegebenen Ziele schaffen. Von der Einführung des neuen Haushaltswesens erwarten wir eine **erhebliche Effizienzrendite**, die wir zur weiteren Haushaltskonsolidierung einsetzen wollen.

Die FDP in Nordrhein-Westfalen wird sich im Bundesrat weiter für ein **einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem einsetzen und unterstützt** nachhaltig die im Koalitionsvertrag des Bundes für diese Legislaturperiode vereinbarte grundlegende Steuerreform. Die FDP NRW begrüßt als ersten Schritt, dass die erst seit dem 27. Oktober 2009 amtierende Bundesregierung mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz bereits wichtige Sofortmaßnahmen zur **Entlastung von Familien und Mittelstand** umgesetzt hat. Dies verbessert die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung auch in Nordrhein-Westfalen.

Mit der **Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes** hat die FDP in der zu Ende gehenden Legislaturperiode unter Beweis gestellt, dass sie ihre Wahlversprechen, die Bürger und Unternehmen steuerlich zu entlasten, in der Regierungsverantwortung auch durchsetzt. Damit erzielen wir einen Entlastungseffekt und bauen zugleich Bürokratie ab. Denn bei solchen Bagatellsteuern stehen die Kosten der Erhebung oftmals in keinem vernünftigen Verhältnis zum Aufkommen. Die FDP will die auf Landesebene gegebenen Möglichkeiten zur Entlastung der Bürger und Unternehmen auch in Zukunft nutzen. Im Lichte der Haushaltslage des Landes werden wir prüfen, ob das stufenweise Auslaufen des Wasserentnahmeentgeltes beschleunigt werden kann. Zum anderen werden wir die **Grunderwerbsteuer** möglichst reduzieren, um den Erwerb von Immobilieneigentum zu erleichtern und damit auch zur Stabilisierung der Immobilienpreise beizutragen.

Die FDP fordert eine **umfassende Neuordnung des Mehrwertsteuersystems**. In diesem Zusammenhang sind in einem ersten Schritt die Wettbewerbsnachteile durch die Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für das Beherbergungsgewerbe beseitigt worden. Zwischenzeitlich ist es uns gelungen, unbürokratische Ausführungsbestimmungen zu erreichen. Die FDP drängt darauf, dass die in der Bundesregierung verabredete Kommission, die sich mit dem Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuersätze befasst, sehr schnell konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet, um bestehende Wettbewerbsnachteile wie z.B. in der Gastronomie zu beseitigen.

In eine umfassende Steuerreform wollen wir auch die positiven Erfahrungen mit wettbe-

werblich organisierten Steuersystemen wie zum Beispiel in der Schweiz einfließen lassen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die **Bundesländer vermehrte Einnahmekompetenzen** – etwa durch Hebesatzrechte auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer – erhalten. Die Kommission „**Gemeindefinanzen**“ des Bundes werden wir konstruktiv begleiten.

Die FDP strebt einen **leistungsstarken, motivierten und bürgernahen öffentlichen Dienst** an. Mit dem Landesamt für Personaleinsatzmanagement (PEM) haben wir einen leistungsfähigen und aktiven internen Arbeitsmarkt zur sozialgerechten Durchführung des notwendigen Personalabbaus und zur effizienten Vermittlung und Qualifizierung von Mitarbeitern in neue Positionen innerhalb der Landesverwaltung geschaffen. Auf diese Weise konnten in der laufenden Legislaturperiode bereits über 14.000 Stellen sozialverträglich wegfallen. Die mit der Föderalismusreform I auf die Länder übergangene Gesetzgebungskompetenz im Besoldungs-, Laufbahn- und Versorgungsrecht werden wir dafür nutzen, ein **modernes, flexibles und leistungsorientiertes Dienstrecht** zu schaffen.

Seit Gründung der WestLB AG im Jahre 2003 fordert die FDP einen Ausstieg des Staates und einen Verkauf der Landesanteile. Die Erfahrungen während der Finanzkrise zeigen, wie begründet diese Haltung war und ist. Nach der Genehmigung der Garantieleistungen durch die EU-Kommission und der Auslagerung von strategisch nicht mehr benötigten Geschäftsteilen in eine Konsolidierungsanstalt nach den Vorgaben des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes drängen wir darauf, dass das Land sich so schnell wie möglich vom Landesanteil an der West LB AG trennt. Dies kann entweder durch eine Veräußerung des **Landesanteils am Kapitalmarkt oder durch eine Neuordnung des deutschen Landesbankensektors** erfolgen.

Bürgernaher Staat

Die FDP steht für den bürgernahen Staat. Er ist stark - und zwar dort, wo er seine Kernaufgaben wahrnimmt. Wir brauchen keinen Staat, der in alle Lebensbereiche regelnd eingreift, sondern der den Menschen ihren Freiheitsraum lässt.

Seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2005 stärken wir Nordrhein-Westfalen, indem wir die Landesverwaltung auf ihre **Kernaufgaben zurückführen**. Mit der Auflösung von 138 der ehemals über 1.000 Behörden und Einrichtungen hat das Land die größte Veränderung seiner Verwaltung seit der kommunalen Neugliederung in den 1970er Jahren erfolgreich eingeleitet. Gleichzeitig wurde die Durchführung vieler Aufgaben wieder zurück in die Kommunen gegeben. . Zumal die **Kreise und kreisfreien Städte viel näher** an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger sind als jede staatliche Behörde. So wird zum Beispiel die Versorgungsverwaltung, die sich unter anderem um die Angelegenheiten der Menschen mit Behinderung kümmert aber auch für die Genehmigung der Anträge auf Elterngeld zuständig ist, wieder durch die Kreise und kreisfreien Städte durchgeführt und nicht durch weit entfernte staatliche Ämter. Das ist echte bürgernahe Verwaltung.

Schritt für Schritt wollen wir Liberale das Ziel einer modernen, bürgernahen und zukunftsfähigen Verwaltung weiter verwirklichen. Deshalb werden wir weiterhin den **Aufgabenbestand des Landes kritisch überprüfen** und immer wieder fragen, ob die Aufgabe nicht ebenso gut oder besser durch private Anbieter erledigt werden kann. Es gilt dabei noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Sich von einigen Aufgaben zu trennen oder andere Erledigungsmöglichkeiten aufzugreifen, ist alternativlos. Es gilt der Grundsatz „Privat vor Staat“, wenn unsere Verwaltungen kleiner werden sollen.

Privatisierungsmöglichkeiten bestehen auch bei den Landesbetrieben nach wie vor. Im Landesbetrieb IT.NRW werden die Auslagerungsmöglichkeiten der Informationstechnologie des Landes geprüft, denkbar ist hier eine Public-Private-Partnership. Außerdem wollen

wir Anreize setzen, damit nach dem Land nunmehr auch die kommunalen IT-Dienstleister einen Pfad der Zusammenarbeit und der Konsolidierung einschlagen, damit es mittelfristig deutlich weniger, große und leistungsfähige kommunale IT-Anbieter gibt, die ebenfalls einen privaten Partner aufnehmen können.

Bei den Aufgaben, die notwendig auch weiterhin durch den Staat zu erfüllen sind, werden wir wie bisher die richtige staatliche Ebene für die Aufgabenerfüllung suchen. Für uns gilt das **Subsidiaritätsprinzip**. Wann immer es möglich und sinnvoll ist, sollen Aufgaben vor Ort, bei den Gemeinden und Kreisen, wahrgenommen werden. Diese erhalten für alle zusätzlich übernommenen Aufgaben einen entsprechenden finanziellen Ausgleich. Die überaus erfolgreiche **Reduzierung von Landesbehörden** wollen wir auch in den kommenden fünf Jahren fortsetzen. Dabei gilt, dass die Auflösung von Behörden kein Selbstzweck ist, sondern dort erfolgt, wo Einsparungen sinnvoll sind und wo unsere Behördenlandschaft nach wie vor übermöbliert ist. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Bereinigung der Behördenstruktur einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung unseres Landes erbringen kann, ohne dass die Qualität der Aufgabenerfüllung dabei leidet; sehr oft wurde die Qualität sogar verbessert.

Ein Vorhaben der nächsten Legislaturperiode ist es, im Interesse einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung die bisher zersplitterte Fortbildungslandschaft des Landes auch im Zusammenhang mit der geplanten Hochschule für Verwaltungsmanagement neu auszurichten. Durch verbindliche Fortbildungsstandards für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes und eine ressortübergreifende Fortbildungscoordination sollen Qualität und Effizienz der Weiterbildung verbessert werden. Es ist nicht sinnvoll, dass die meisten Ministerien für ihre Bediensteten eigene Fortbildungen konzipieren und diese in eigenen Einrichtungen durchführen.

Auch in anderen Bereichen der Landesverwaltung ist die **Zusammenlegung von Behörden** sinnvoll. So ist zu prüfen, ob in Kommunen mit mehreren Finanzämtern diese zusammengefasst werden können. Dies geht weder auf Kosten der Bürgernähe, noch auf Kosten der Qualität der Steuerbescheide.

Ermöglicht wird dies unter anderem durch den immer weiter fortschreitenden Ausbau von Anwendungen des **E-Governments**. Moderne Informationstechnik unterstützt schon heute maßgeblich die Kommunikation der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit der Wirtschaft. Verwaltungsabläufe werden unterstützt und vereinfacht, die Verwaltung ist in weiten Bereichen deutlich dienstleistungsorientierter geworden. Gerade die technischen Entwicklungen der letzten Jahre bieten Möglichkeiten, die wir Liberale nutzen wollen.

So muss der Zugang zu den Informationen der Verwaltung erleichtert werden. Für jede Bürgerin und jeden Bürger muss der große Informationsschatz der Verwaltung besser nutzbar gemacht werden. **Einheitliche Zugangsportale der Verwaltung** im Internet, die eine leichte Orientierung zu allen Fragestellungen und Inhalten ermöglichen, müssen Standard werden. Hierzu muss die Verwaltung ihre Sichtweise verändern: Nicht die Wünsche der Verwaltung, sondern die der Bürgerinnen und Bürger als Verwaltungskunden stehen im Vordergrund. Die FDP setzt das Versprechen um, dass die Verwaltung für ihre Kunden da ist.

Aber nicht nur die Kommunikation zwischen der Verwaltung und ihren Adressaten wird weiter erleichtert. Für die FDP ist **Bürgerbeteiligung** nicht nur Lippenbekenntnis. Wir werden das Schlagwort E-Partizipation mit Leben erfüllen. Deshalb wollen wir beispielsweise bei komplexen Genehmigungsvorhaben die Menschen an diesen beteiligen. Die Verwaltung muss die Anregungen, aber auch Ängste und Bedenken der Menschen über Internetforen aufnehmen, ernst nehmen und in den jeweiligen Genehmigungsprozess ein-

fließen lassen. So erreichen spätere Entscheidungen eine viel höhere Akzeptanz.

Moderne Verwaltung muss sich noch mehr als Dienstleister verstehen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass Antragsteller nicht mehr mit mehreren Stellen der Verwaltung sprechen und verhandeln müssen. Die FDP will, dass sich in Zukunft **Fallmanager** um alle Teile des Anliegens eines Bürgers kümmern. Diese Fallmanager haben die Gesamtverantwortung für das jeweilige Anliegen, bei Ihnen laufen alle benötigten Teile der Fachverwaltungen zusammen. So haben Bürgerinnen und Bürger nur noch einen Ansprechpartner, der sich um ihr Begehren kümmert. Dies ist keine Illusion. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie hat gezeigt, dass es sehr gut möglich ist, einen so genannten Einheitlichen Ansprechpartner zu etablieren. Diese Erfahrungen wollen wir nutzen.

Moderne Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Weiterentwicklung und Umsetzung neuer Ideen elektronischer Bürgerbeteiligung brauchen einen klugen und kreativen Kopf an der Spitze der Verwaltung. Die FDP fordert deshalb die Einführung eines - in der Wirtschaft längst üblichen - **zentralen Verantwortlichen für die Informationstechnologie** (Chief Information Officer - CIO), durch den die Anstrengungen der Landesverwaltung koordiniert und gesteuert werden. Der CIO erhält ein eigenes Budget, in dem die für den Bereich der IT und des E-Governments in den Ministerien eingeplanten Gelder gebündelt werden. Nur so ist es möglich, die IT-Organisation ressortübergreifend zu koordinieren und landesweit einheitliche IT-Standards zu setzen.

Eine transparente und am Bürger orientierte Verwaltung zeichnet auch der wirtschaftliche Umgang mit den knappen finanziellen Ressourcen aus. In vielen Behörden laufen vielfach gleiche Prozesse ab, wie beispielsweise die **Zusammenführung der gesamten Beschaffung der Landesregierung** an einer Stelle. Diese Prozesse müssen in Zukunft weiter gebündelt werden. Das Thema der so genannten Shared Services muss endlich weiter vorangetrieben werden. Hinter diesem Gedanken steckt die Idee des „internen Outsourcing“: Leistungen, die in großer Stückzahl oder in immer gleichen Abläufen erbracht werden, werden in einer Einheit zusammengefasst, um so durch die großen Mengen Synergieeffekte zu erzielen.

Zu einem modernen und bürgernahen Staat gehört für uns Liberale ganz maßgeblich, dass die **Bürokratie auf ein Mindestmaß** reduziert wird. Wir setzen uns für weniger, bessere, verständlichere und wirksame Gesetze ein. Die Normprüfstelle im Innenministerium stemmt sich seit Anfang 2007 sehr erfolgreich gegen die Normenflut und gegen unnötige bürokratische Regelungen. Rund 400 Gesetze und Verordnungen konnten so abgeschafft, zusammengeführt oder verhindert werden. Die erfolgreiche Arbeit des Normen-TÜV muss fortgesetzt und noch weiter verstärkt werden.

Die FDP setzt sich für eine Liberalisierung der Verbote an stillen Feiertagen im Sonn- und Feiertagsgesetz ein. Nicht mehr zeitgemäße und widersprüchliche Verbote einschließlich von Arbeitsverboten sind ersatzlos zu streichen.

Darüber hinaus wollen wir in größerem Umfang als bisher **Genehmigungsfiktionen** einführen. Unser Ziel ist: Wenn eine Bürgerin oder ein Bürger oder ein Unternehmen einen Antrag stellt, so gilt dieser als genehmigt, wenn die Behörde nicht innerhalb einer festgesetzten, angemessenen Zeit reagiert.

Kommunales

Die Kommunalpolitik ist Fundament und Rückgrat der Politik des Landes. Landespolitik und Kommunalpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Ein starkes Nordrhein-Westfalen braucht starke Kommunen.

Für unsere Gemeinden gilt die gemeindliche **Selbstverwaltungsgarantie**, sie hat Verfas-

sungsrang. Der Erhalt und Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung ist für die FDP von zentraler Bedeutung. Die **demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten** der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die Rechte der Rats- und Kreistagsmitglieder, die Stellung der (Ober-) Bürgermeister und Landräte sind verbessert worden. Auch die **zwischengemeindlichen Kooperationen** sind mit der Reform der Gemeindeordnung erleichtert worden. Mit der **Novellierung des Gemeindefinanzrechtes** wurde der Mittelstand gefördert und die Bürgerinnen und Bürger von teuren Fehlentwicklungen verschont. Erstmals ist die **Generationengerechtigkeit** in der Kommunalverfassung verankert worden, so dass mit Ressourcen in Zukunft nachhaltiger umgegangen wird. Mit der **Novellierung der Kommunalverfassung** bzw. Gemeindeordnung ist eines der wichtigsten Reformvorhaben und Kernanliegen der FDP realisiert und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt worden.

Für die kommunale Selbstverwaltung ist die **finanzielle Leistungsfähigkeit** das Fundament. Wir haben die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren zu bewältigen – eine Herausforderung für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen. Allerdings: Die Krise trifft alle, Bürgerinnen und Bürger und die Ebenen der Kommunen, Länder und Bund – gleichermaßen. Daher kann der Weg aus der Krise nur gemeinsam im Miteinander beschritten werden. Das Ziel aller Bemühungen muss sein, die **finanzielle Handlungsfähigkeit** der Ebenen Kommunen, Länder und Bund im Wege der Konsolidierung wiederherzustellen.

In den Koalitionsverhandlungen im Bund haben wir erreicht, dass sich der Bund erstmals zu seiner Verantwortung für die Kommunalfinanzen bekennt. Die christlich-liberale Koalition im **Bund** sieht den Handlungsbedarf und will mit den **Ländern und den Kommunalen Spitzenverbänden endlich eine Dialogplattform installieren**, die sich mit Fragen der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, der Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes und Entlastungen der Kommunen beschäftigt. Wichtige Themen werden dabei die Kosten der Unterkunft (KDU) und die Eingliederungshilfe sein. Bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe muss der Bund die Kommunen entlasten.

Trotz der augenblicklich schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise in der Nachkriegsgeschichte und den auf Landesebene stark rückläufigen Steuereinnahmen sind die Mittel, die das Land in den Jahren 2009 und 2010 an die Kommunen weitergibt, mit jeweils ca. 14,5 Mrd. Euro die höchsten seit Bestehen Nordrhein-Westfalens. Damit fließt mehr als jeder vierte Euro aus dem Landeshaushalt an die Kommunen. Mit 2,4 Mrd. Euro und damit ca. 84% der Gesamtsumme hat das Land darüber hinaus den bundesweit höchsten Anteil der Gelder aus dem Konjunkturpaket II an die Kommunen weitergegeben. Um auch in den Kommunen, die sich im Nothaushalt befinden, Fördermaßnahmen zu ermöglichen, wurden die Ausnahmen zur Erbringung des kommunalen Eigenanteils erweitert und der Fördersatz in sieben wichtigen Fördergebieten auf 90% erhöht.

Trotz dieser hohen Zuweisungen, die das Land den Kommunen zukommen lässt, sind die Kommunen zu einem großen Teil hoch verschuldet. Das Wegbrechen der Einkünfte aus der stets unkalkulierbaren Gewerbesteuer hat die Probleme der Kommunen verschärft. Deswegen brauchen wir einen Ersatz für diese konjunkturanfällige und völlig unkalkulierbare "Achterbahnsteuer". Zur Schaffung einer soliden und planungssicheren Finanzgrundlage für unsere Kommunen fordert die FDP eine **Gemeindefinanzreform**, bei der die **Gewerbesteuer ersetzt** werden soll durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und durch eine eigene Kommunalsteuer, die dem Wettbewerb ausgesetzt ist, mit einem eigenen Hebesatzrecht auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer. Dabei muss vor allem die Kommune, in der der Arbeitsplatz liegt, von den Steuereinnahmen profitieren, nicht die Wohnsitzkommune. Dadurch wird das Interesse der Städte und Gemeinden, gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu bieten, erhalten.

as liberale Gemeindefinanzmodell schafft eine planbare Stabilität der Einnahmen und führt zudem zu einer größeren Sensibilität im Umgang mit den gemeindlichen Finanzen. Die Verteilung der finanziellen Mittel an die kommunale Familie im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs soll durch Anpassung an veränderte Sachverhalte und neuen finanzwissenschaftlichen Erkenntnissen weiterentwickelt werden. Wir fordern, dass die **Ergebnisse der ifo-Kommission** zur Überarbeitung des Finanzausgleichs zügig in die Tat umgesetzt werden.

Seit Jahren erreichen die Kassenkredite zur Liquiditätssteigerung immer neue negative Höchststände. In Nordrhein-Westfalen zeichnet sich eine wachsende Kluft zwischen den so genannten armen und reichen Städten und Gemeinden und Kreisen ab. Erste Städte sind bereits überschuldet. Die FDP will diesen negativen Entwicklungstrend durch schlüssige Konzepte zum Schuldenabbau in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen beenden. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn ein **Umdenken im Einnahme- und Ausgabeverhalten** in den Gremien vor Ort eingeläutet wird und die Räte sowie die (Ober-)Bürgermeister in den Haushaltssicherungskommunen bereit sind, mit erklärten Willen, Engagement und Kreativität auf einen Haushaltsausgleich hinzuarbeiten.

Die Gewerbesteuer muss durch eine verlässliche und planungssichere Finanzierungsgrundlage ersetzt werden. Die auf Bestreben der FDP eingesetzte Gemeindefinanzkommission wird bei diesem Vorhaben ausdrücklich unterstützt. Durch diese Dialogplattform wird den Kommunen erstmals eine Teilnahme auf Augenhöhe bei den für sie drängenden Problemen ermöglicht.

Die FDP erwartet, dass die Gemeindefinanzkommission Lösungen für die Sicherung notwendiger Sozialleistungen erarbeitet. Unser Ziel ist eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen Bund, Ländern und kommunaler Familie. Dieses gilt besonders für die Leistungen aus den Bundesgesetzen SGB II (Kosten der Unterkunft), SGB XII (Grundsicherung) und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.

Die Regelung dieser Leistungen haben die Vorgängerregierungen bestehend aus SPD und Grünen bis 2005 sowie aus CDU und SPD bis 2009 zu verantworten. 11 Jahre lang haben SPD-Bundesfinanzminister es nicht vermocht, die Finanzierung der kommunalen Familie auf tragfähige Säulen zu stellen. Für die FDP ist die Bewältigung gesamtgesellschaftlicher, sozialer Risiken nicht originäre Aufgabe der Kommunen.

Für das Vorhaben, den Kommunen bei Ihrem Weg der Konsolidierung ihrer Haushalte zur Seite zu stehen, nehmen wir auch das Land weiter in die Pflicht. Wir fordern eine Regierungskommission zur Sanierung der Kommunalfinanzen, in der konkrete Wege und Beratungskonzepte erarbeitet werden, die den Kommunen Wege aus der Krise aufzeigen.

U.a. soll diese Regierungskommission ein „Sparanreizsystem“ entwickeln. Das bedeutet, dass Instrumente gefunden werden, mit denen Kommunen, die bereits überschuldet sind oder denen im Finanzplanungszeitraum die Überschuldung droht gemeinsam Wege aufgezeigt werden. So können diese beispielsweise von der Zahlung des „Solidarbeitrages Ost“ entlastet werden. Die Regierungskommission soll prüfen in wieweit Zinszahlungen für Altschulden einen von Bund und Land zu finanzierenden Sonderfonds (Konjunkturpaket III) übernommen werden kann. Diese Maßnahmen dürfen allerdings nicht zu einer dauerhaften Finanzierung von Kommunen durch das Land führen sondern sollen nur „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein. Sämtliche Hilfen sollen zeitlich für jede Kommune begrenzt werden und sollen nur gewährt werden, wenn die Gemeinden gleichzeitig einen „Masterplan Schwarze Null“ verabschieden, der eigene Sparmaßnahmen enthält und perspektivisch einen ausgeglichenen Haushalt enthält.

Ferner soll die Regierungskommission geeignete Maßnahmen für eine geordnete Personalentwicklung in überschuldeten Kommunen erarbeiten.

Eine Verkürzung von Zahlungszielen der öffentlichen Hand ist auch für berechnigte Zuweisungen und Erstattungen an die Kommunen umzusetzen.

Konsolidierungsanstrengungen müssen auch durch die zuständige Kommunalaufsicht effektiv begleitet werden können. Die Kommunalaufsichtsbehörden müssen auf der einen Seite Partner und Berater der Städte und Gemeinden sein, auf der anderen Seite jedoch auch über ein wirksames Instrumentarium zur Durchsetzung von Konsolidierungskonzepten verfügen.

Auf der Grundlage einer angemessenen Bundesbeteiligung an den Soziallasten, einer durchgreifenden Haushaltskonsolidierung vor Ort und der Bereitschaft zu interkommunaler Solidarität muss auch das Land im Einzelfall mit Zinshilfen zur Bewältigung der kommunalen Altschulden einen Beitrag leisten. Es ist jedoch wichtig, dass es sich dabei um die Ausnahme und nicht die Regel handelt. Außerdem kann es sich dabei nur um eine Hilfe zur Selbsthilfe handeln. Die betroffenen Städte und Gemeinden müssen ihre Aufwendungen ebenfalls für den Schuldenabbau nutzen, um in Zukunft endlich wieder „Luft zum Atmen“ zu haben.

Die kommunale Landschaft befindet sich im Umbruch und die FDP unterstützt als Kommunalpartei diesen Prozess. **Interkommunale Zusammenarbeit** ist die Kooperation von Gemeinden, Städten und Kreisen. Durch sie werden strukturelle Probleme gelöst und effiziente Strukturen für die Aufgabenerfüllung beispielsweise in den Bereichen Tourismusförderung und Regionalmarketing, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Informationstechnologie, Volkshochschule und Einkaufsgemeinschaften geschaffen. Finanzielle und personelle Ressourcen werden durch interkommunale Kooperationen freigesetzt. Mit Hilfe der zwischengemeindlichen Kooperation kann das **Leistungsspektrum der Kommunen kostengünstiger, effizienter und bürgerfreundlicher** gestaltet werden. Die FDP strebt auch im Bereich der Jugendämter die Möglichkeit der freiwilligen interkommunalen Zusammenarbeit an. Die FDP setzt sich auch für freiwillige Gebietsreformen ein, eine zwangsweise Kreis- und Gebietsreform wird von uns Liberalen abgelehnt.

Zur Kommunalwahl 2009 ist auf Basis des Aachengesetzes die **Städteregion Aachen**, ein neuer Gemeindeverband, der aus dem ehemaligen Kreis Aachen, der nach wie vor kreisfreien Stadt Aachen und den neun kreisangehörigen Gemeinden gebildet worden ist, entstanden. Der Prozess für diese neue und damit in Nordrhein-Westfalen einzigartige Gebietskörperschaft ist von der kommunalen Basis angestoßen worden, über Jahre gereift und mit Unterstützung der nordrhein-westfälischen FDP in die Tat umgesetzt worden. Mit der Bildung der Städteregion Aachen ist die zwischengemeindliche Zusammenarbeit deutlich erhöht worden. Synergieeffekte werden erzielt, in dem Doppelzuständigkeiten aufgehoben, Strategien vereinheitlicht und politische Spielräume eröffnet werden. Bei gleichbleibender oder sogar besserer Qualität der Verwaltungsleistungen konnten erhebliche Kosten eingespart werden. Das trägt zur Haushaltskonsolidierung bei und kommt den Bürgern und der Wirtschaft zu Gute.

Die FDP wird Initiativen innerhalb des Ruhrgebiets für eine stärkere Kooperation zwischen den Städten und Kreisen unterstützen. Diese intensivere und vor allem freiwillige interkommunale Zusammenarbeit wird die Metropole Ruhr stärken und soll dazu beitragen, strukturelle Probleme zu lösen. Der Regionalverband Ruhr (RVR) sollte hier eine wichtige Moderatorenrolle wahrnehmen.

Wir Liberale wollen, dass die Städte und Gemeinden für die Bürger transparenter werden und sich zu echten **Bürgerkommunen** entwickeln, in der die **Bürger verstärkt an den Entscheidungsprozessen innerhalb der Kommune beteiligt werden**. Mit der Reform der Gemeindeordnung im Jahr 2007 sind bereits die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger gestärkt worden. So können etwa die Bürger anstelle des Rates per

Ratsbürgerentscheid über wichtige Angelegenheiten in der Kommune entscheiden. Die Kommunen sollten durch das Instrument der Bürgerhaushalte ihre Bürger aktiv an den **Haushaltsberatungen beteiligen**. Dazu soll der Gemeindehaushalt frühzeitig in einer Einwohnerversammlung durch die jeweilige Kommune vorgestellt und diskutiert werden. So kann jede sinnvolle Bürgeranregung in die Haushaltsberatung mit einfließen.

Mit der **Novellierung des Kommunalwahlrechtes** sind die aktiven und passiven Wahlrechte erheblich gestärkt worden. Die neue **Eigenständigkeit der Wahl der (Ober-) Bürgermeister und Landräte** und die Entkopplung von der Wahl der Räte und Kreistage verleiht der Persönlichkeitswahl mehr Bedeutung und stärkt das Amt. Die **Sperrfrist für die Ausübung des aktiven Wahlrechts** wurde bürgerfreundlich von drei Monaten auf 15 Tage vor der Wahl gekürzt. Die FDP hat sich zudem erfolgreich für eine Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Europawahl stark gemacht. Ab 2014 finden die Kommunalwahlen zu den Vertretungen der Kreise, Gemeinden und Bezirksvertretungen am Tage der Europawahl statt.

Die FDP will eine **stärkere Beteiligung der Bürger** an den politischen Entscheidungen in den Kommunen vor Ort, denn **Demokratie beginnt in den Kommunen**. Wir wollen ein neues Wahlsystem auf Basis von **Kumulieren und Panaschieren**. Die FDP setzt sich dafür ein, dass bei Ober-/Bürgermeisterwahlen für den Fall, dass keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht, wieder eine Stichwahl eingeführt wird.

Recht und Justiz

Freie Entfaltung, Wachstum und Wohlstand sind nur in einem liberalen Rechtsstaat, der auf **bürgernahe, leistungsfähige und unabhängige Justiz** setzt, möglich. Wir haben daher in der laufenden Legislaturperiode begonnen, die Gerichte und Staatsanwaltschaften besser auszustatten, Verfahrenslaufzeiten bei den Verwaltungsgerichten zu reduzieren und neue Gerichte und Justizvollzugsanstalten zu bauen. Erstmals haben wir ein in Deutschland inhaltlich vorbildliches Jugendstrafvollzugsgesetz sowie Untersuchungshaftvollzugsgesetz verabschiedet. Den eingeschlagenen Weg wollen wir konsequent weiter fortsetzen.

Um mehr **Bürgernähe** zu erreichen, möchten wir die **Verwaltungs- und Sozialgerichte zusammenlegen**. An allen bisherigen Standorten der Verwaltungsgerichte und an allen bisherigen Standorten der Sozialgerichte sollen zukünftig sowohl verwaltungsgerichtliche sowie sozialgerichtliche Verfahren durchgeführt werden. Dies würde beispielsweise für einen Standort wie Minden oder Arnshagen bedeuten, dass die Bevölkerung zukünftig neben der Verwaltungsrechtsprechung auch die Sozialgerichtsfälle bürgernah behandelt wissen würde. Es ist zu prüfen, ob in einem zweiten Schritt die Gerichtsstandorte gleichmäßiger über das Land verteilt werden können. Die **Wege der Bürger** würden **kürzer. Belastungsspitzen** in der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit könnten dann auch besser innerhalb der Richterschaft **ausgeglichen** werden, um die **Verfahrenslaufzeiten zu verkürzen**.

Eine **gut und schnell funktionierende Justiz ist ein wichtiger Standortvorteil**, auch im Wettbewerb zu anderen Ländern. Daher werden wir etwa die Möglichkeiten elektronischer Kommunikation mit den Gerichten konsequent ausweiten und fremdsprachige Schriftsätze oder Verhandlungen bei Gericht verstärkt zulassen, um internationale Konzerne zu ermutigen, ihre Konflikte in NRW auszutragen. Düsseldorf muss weiterhin für Patentklagen zuständig bleiben. Das Gerichtsvollzieherwesen ist in Form Beliehener ähnlich einem Notar unter Staatsaufsicht zu privatisieren.

Zur Justiz eines Landes gehört auch die Familiengerichtsbarkeit. In allen Familien mit Kindern betreffen Scheidungen nicht nur das Ehepaar, sondern auch die Beziehungen zwi-

schen den verschiedenen Generationen. Zum Wohle der Scheidungskinder setzen wir auf die Erfahrungen der Cochemer Praxis. Bei diesem Arbeitsmodell sind Gerichte, Anwälte und andere Beteiligte mit Blick auf das Kindeswohl um eine besonders zeitnahe und lösungsorientierte Intervention bemüht

Staatsanwaltschaften müssen auch zukünftig **ohne jede politische Einflussnahme** unabhängig und ohne Ansehen der Person ermitteln. Bei Maßnahmen der Staatsanwaltschaft setzen wir **im Zweifel** auf den **Richtervorbehalt**. Maßnahmen wie die Telefonüberwachung dürfen nicht zur Standardmaßnahme staatsanwaltlicher Ermittlungstätigkeit werden. Auch bei Hausdurchsuchungen, der Beschlagnahme von Computern oder der Blutentnahme bei mutmaßlichen Alkoholsündern muss notfalls in einem richterlichen Eildienst eine unabhängige Entscheidung durch den Richter getroffen werden.

Die **Verbesserung der Situation im Strafvollzug** war und bleibt ein Schwerpunkt unserer Politik, damit die Bürgerinnen und Bürger wirksam vor Verbrechen geschützt werden. Bloßes „Wegschließen“ der Täter hilft dabei niemandem. Wir wollen die Rückfallquoten der Täter senken, **um für die Bevölkerung objektiv mehr Sicherheit zu erreichen**.

Wir brauchen nun auch für die Erwachsenen ein **Landesstrafvollzugsgesetz**, das eine **menschenwürdigere Unterbringung** ermöglicht und auf **Behandlung der Inhaftierten** setzt. Nur mit Bildung, Ausbildung, Drogentherapie, Sexualstraftätertherapie und sozialer Betreuung ist es möglich, die Gewalt und die Drogen im Vollzug zurückzudrängen sowie die Inhaftierten für ein straffreies Leben nach dem Vollzug vorzubereiten. Um dieses Ziel zu erreichen wollen wir konkret **1.000 neue Stellen schaffen für Drogentherapeuten, Sexualtherapeuten, Psychologen, Sozialarbeiter und Pädagogen im Strafvollzug**. Hierbei soll es sich jedoch im Zweifel nicht um Landesbedienstete handeln. Wir möchten gerade im Lehr- und Therapiebereich Private auf Honorarbasis von Außen in die Anstalten holen, um ständig neue Ideen von Außen zur Optimierung des Betriebs in den Strafvollzugsanstalten einzubeziehen.

Zusätzlich sollen weitere Mittel zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Vollzug durch Anstalts- oder externe Ärzte bereit gestellt werden. Hierdurch würde auch Vollzugspersonal, das bislang für die Begleitung der Gefangenen außerhalb der Anstalt gebunden war, für Aufgaben im Vollzug frei werden.

Strafvollzugsbedienstete leisten hervorragend ihren Dienst. Durch einzelne schwarze Schafe wird dieses Bild in der öffentlichen Wahrnehmung ungerechtfertigt verwischt. Gleichwohl muss man den vereinzelt Taten der Bediensteten die Grundlage nehmen. Um die Sicherheit im Strafvollzug weiter zu erhöhen, wollen wir daher **wie an Flughäfen üblich, Sicherheitsschleusen zukünftig auch für alle Personen nutzen, die in den Anstalten Dienst tun**. Wenn eine Flugzeugcrew durch die Sicherheitsschleuse am Flughafen muss, so kann dies auch den Strafvollzugsbediensteten und anderen dienstlich dort tätigen Personen zugemutet werden.

Unser Ziel bleibt, den **Drogenkonsum in Justizvollzugsanstalten zu verhindern**, denn Abhängige sind bei ihrer Entlassung rückfallgefährdeter als andere. Hierfür müssen wir neben der auszuweitenden Arbeit der Drogentherapeuten und den weiter zu verbessernden Eingangskontrollen an der Pforte konsequent hart gegen Dealer illegaler Drogen im Strafvollzug vorgehen, das Strafmaß für diese Dealer erhöhen und Vergünstigungen im Vollzug streichen, sobald bekannt wird, dass Alkohol oder verbotene Betäubungsmittel konsumiert werden.

Neben der besseren personellen Ausstattung im Strafvollzug sind auch weiter Neubaumaßnahmen für mehrere hundert Millionen Euro notwendig. **Schamwände in Gemeinschaftsduschen** sollten ebenso selbstverständlich werden wie die **Einzelunterbringung im Strafvollzug**, um unnötige Belästigungen und Drucksituationen zu vermindern sowie

die Gewalt im Strafvollzug zurückzudrängen.

Die Sicherungsverwahrung wird immer wieder von Praktikern und der Öffentlichkeit in ihrer jetzigen Form als unzulänglich empfunden. Mutmaßlich gefährliche Täter gelangen in die Freiheit, weil ihre Gefährlichkeit zunächst nicht erkannt wurde. Andere sitzen wegen einer verhängten Sicherungsverwahrung teilweise über Jahrzehnte in den Gefängnissen ein. **Die Sicherungsverwahrung muss auf ganz neue Füße gestellt werden.** Wir wollen die Sicherungsverwahrung mittelfristig so umgestalten, dass **gefährliche Menschen nach Verbüßung ihrer Straftat** nicht mehr in Strafvollzugsanstalten verbleiben. Diese gehören vielmehr **in geschlossene Anstalten mit psychologischer Betreuung außerhalb des Strafvollzugs.** Strafvollzugsanstalten dienen in erster Linie der Vollstreckung von Strafen. Das schwierige Klientel der gefährlichen Täter sollte daher nach Verbüßung der Straftat auch zum Schutz der anderen Inhaftierten nicht weiter in den Justizvollzugsanstalten verbleiben. Wir fordern hierfür die gesetzlichen Möglichkeiten der geschlossenen Unterbringung in Anstalten mit psychologischer Betreuung außerhalb der Justiz für ehemalige Inhaftierte zu schaffen.

Bei **delinquenten Jugendlichen** unter 14 Jahren setzen wir auf Resozialisierung in stadtfernen **pädagogischen Zentren**, in denen Menschen statt Mauern für die Jugendlichen zur Verfügung stehen. **Erziehungscamps mit Drillcharakter lehnen wir ab.**

Die **Zusammenarbeit** zwischen Jugendämtern, den Gerichten und Staatsanwaltschaften **zur Bekämpfung der Jugendkriminalität** ist enger zu verzahnen. Eine räumlich gemeinsame Unterbringung aller mit kriminellen Jugendlichen befassten öffentlichen Stellen, wie etwa in Köln, ist auch in den anderen größeren Kommunen zu forcieren.

Der Landtag NRW hat zur Erarbeitung von Empfehlungen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen eine Enquete-Kommission einberufen. Der Bericht dieser Enquete-Kommission wurde durch deren interfraktionelle Mitglieder einstimmig beschlossen. Die FDP steht voll und ganz hinter den vorgeschlagenen Präventionsmaßnahmen und wird sich dafür einsetzen, dass diese sobald als möglich in konkretes Regierungshandeln einfließen.

Aufstieg mit Lebensqualität

Der Aufstieg von Nordrhein-Westfalen, für den sich die FDP einsetzt, misst sich nicht in Statistiken, sondern in der tatsächlich empfundenen Lebensqualität der Bürger. Wir wollen unsere Heimat Nordrhein-Westfalen so gestalten, dass Städte und Dörfer, Zentren und ländliche Regionen in ihrer Attraktivität weiter gesteigert werden und mit ihrer Infrastruktur den individuellen Ansprüchen und Bedürfnissen der Bürger gerecht werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Bürger frei, aber dennoch sicher leben können, denn zur Lebensqualität gehört der Schutz vor Gewalt und Kriminalität, aber auch die Bewahrung der Privatheit. Dies gilt gerade im digitalen Zeitalter nicht zuletzt für den Datenschutz. Mit einer konsequenten ökologischen Marktwirtschaft und einer effektiven Gesundheitspolitik werden wir uns und den nächsten Generationen vielfältige Lebensqualität in einer gesunden Umwelt erhalten.

Zu hoher Lebensqualität gehört ein attraktives Freizeitangebot. Die FDP schafft Rahmenbedingungen, in denen sich Kultur und Sport frei entfalten können. Mit Kulturförderung wollen wir insbesondere bei Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Identifikation stärken, Kreativität fördern und den Blickwinkel über die eigene Kultur hinaus erweitern.

Wohnen

Die FDP steht für eine **moderne Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik**, die das Ziel verfolgt, die Kommunen unseres Landes als Standorte des Arbeitens, des Wohnens und der Freizeitgestaltung nachhaltig mit Leben zu füllen. Wir setzen uns für Siedlungsstrukturen mit lebendigen Zentren ein, die eine Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit sozialen und technischen Infrastrukturdienstleistungen gewährleisten - vom Kindergarten über den Nahverkehr bis zur Datenautobahn.

Im Rahmen unserer Wohnungspolitik richten wir Fördermaßnahmen gezielt an den **örtlichen Besonderheiten der Wohnungsmärkte** aus, um flächendeckend eine bedarfsgerechte und effiziente Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Zudem treffen wir Vorsorge für die erwartete Nachfragezunahme nach barrierefreien Wohnungen und Infrastruktureinrichtungen im Zuge des demographischen Wandels. Wir setzen uns für die Reaktivierung innerstädtischer Brachflächen ein und fördern die energetische Sanierung von Wohnungsbeständen sowie die Schaffung energieeffizienter Neubauten. Gemäß unserer liberalen Grundsätze stehen für eine verstärkte Einbeziehung der privaten Wirtschaft in den Wohnungs- und Städtebau, ohne dabei auf hohe soziale Standards zu verzichten.

Seit 2005 konnten wir den **Abbau bürokratischer Hemmnisse** deutlich vorantreiben, das Baurecht vereinfachen, Anreize für ein verstärktes Engagement der privaten Wirtschaft im Wohnungssektor schaffen und die Förderpolitik des Landes gezielter und sachgerechter ausrichten. Beispielsweise haben wir überflüssige Verordnungen, wie die Kündigungssperrfristverordnung oder die Zweckentfremdungsverordnung, aufgehoben. Auch die willkürliche und marktverzerrende Grundstücksobergrenze von 400 m² als Fördervoraussetzung für selbstgenutztes Wohneigentum konnten wir beseitigen sowie die steuerpolitisch falsche Fehlbelegungsabgabe abschaffen. Darüber hinaus haben wir massive Vereinfachungen im Baurecht vorgenommen und dabei insbesondere überzogene Genehmigungspflichten für kleinere Bauvorhaben reduziert. Davon betroffen sind unter anderem Garagen, Überdachungen von Stellplätzen und Terrassen sowie Gewächshäuser. Des Weiteren haben wir Erleichterungen beim Thema Abstandsflächen erzielt.

In der **Energetisch-Dynamische Stadtentwicklungspolitik** setzt sich die FDP seit Jahren erfolgreich für die Stärkung unserer Innenstädte und Ortsteilzentren ein. Dabei haben wir die Grundlagen für öffentlich-private Partnerschaften gestärkt, weil eine Beteiligung privatwirtschaftlicher Unternehmen an der Stadtentwicklung nicht nur die Kassen der Kommunen

entlastet, sondern auch insgesamt zu besseren Ergebnissen für die Bürgerinnen und Bürger führt. Um die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen haben wir beispielsweise mit dem Gesetz über Investitions- und Standortgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen (ISSG NRW) ein modernes Stadtmarketing-Instrument im Landesrecht verankert. Es bildet die Grundlage zur Einrichtung so genannter "**Business Improvement Districts**". Hierdurch soll vor allem dem anhaltenden Strukturwandel historisch gewachsener Geschäftszentren begegnet werden. Um zu prüfen, ob sich dieses Instrument auch im Wohnungsbereich einsetzen lässt, finden derzeit drei Modellprojekte zu sogenannten "**Housing Improvement Districts**" statt. Positive Ergebnisse dieser Modellprojekte sollen auf ihre allgemeine Anwendbarkeit hin geprüft werden.

Bei der Entwicklung und Restrukturierung von Ortsteilen setzt die FDP darüber hinaus auf Hilfe zur Selbsthilfe, wie sie sich beispielsweise im aktuellen Förderprogramm "**Soziale Stadt**" manifestiert. Wir sind davon überzeugt, dass Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung nur dann dauerhafte Wirksamkeit entfalten können, wenn betroffene Bürgerinnen und Bürger aktiv in die jeweiligen Projekte eingebunden werden.

Die FDP unterstützt die Aufwertung und Aktivierung älterer Stadtgebiete, die **Revitalisierung innerstädtischer Brachflächen** und die Umnutzung von leer stehenden Gebäuden. Die FDP will die Zersiedlung verringern. Maßnahmen des Flächenrecyclings und der innerstädtischen bzw. innerörtlichen Verdichtung sollen daher in der Abwägung Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete erhalten. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Flächenpool NRW weiterentwickeln und aufwerten.

Auch die **Bau- und Bodendenkmalpflege** gehört zu unserer Stadtentwicklungspolitik. Historische Stadtzentren und Straßenzüge, Kirchen, Industriedenkmäler, Schlösser und Wasserburgen sind Zeugnisse großer kultureller und technischer Errungenschaften, die es für zukünftige Generationen zu erhalten und zu pflegen gilt. Darüber hinaus leisten sie als Landmarken häufig wichtige Beiträge für die Wirtschafts- und Regionalförderung. Da sich eine Vielzahl der Denkmäler in Privatbesitz befindet, setzen wir uns besonders für eine bürgerschaftliche Ausgestaltung des Denkmalschutzes ein und wollen die Hürden für privates Engagement in diesem Bereich senken. Zur Stärkung der nordrhein-westfälischen Welterbestätten setzt sich die FDP in diesem Zusammenhang für die Gründung einer unabhängigen Dachstiftung "Welterbestätten Nordrhein-Westfalen" ein. Die Stiftung soll die Aktivitäten der bestehenden Welterbestätten bündeln, besser positionieren und vermarkten.

Die **soziale Wohnraumförderung** ist für viele Menschen in Nordrhein-Westfalen von existenzieller Bedeutung. Die FDP steht daher für eine auskömmliche und zielorientierte Unterstützung dieses Bereichs. In den vergangenen Jahren haben wir die soziale Wohnraumförderung regelmäßig den aktuellen Bedürfnissen angepasst und für die notwendige Mittelbereitstellung gesorgt. Während unserer gesamten Regierungstätigkeit haben wir dabei immer weit höhere Beträge zur Verfügung gestellt, als dies in anderen Bundesländern der Fall war. Auch künftig wird sich die FDP für die Unterstützung von Haushalten einsetzen, die aus eigener Kraft keine Wohnung zu Marktbedingungen anmieten können. Daher befürworten wir die Bereitstellung von mindestens einer Milliarde Euro im Jahr für die soziale Wohnraumförderung aus dem revolvierenden Fonds des Landeswohnungsbauvermögens.

Neben Maßnahmen zur Anpassung und Modernisierung des Wohnungsbestandes unterstützen wir den **Neubau von Mietwohnungen** und setzen uns für den gezielten Ankauf von Belegungsrechten ein. Darüber hinaus fördern wir explizit die Bildung von Eigentum und eigentumsähnlichen Wohnformen bei Personenkreisen mit geringem Einkommen. Dabei unterstützen wir gleichermaßen den Erwerb von Einfamilienhäusern, Eigentumswohnungen und Genossenschaftsanteilen. Besonders der Erwerb von Genossenschafts-

anteilen ist für breitere Schichten der Bevölkerung attraktiv, denn Wohnungsgenossenschaften bündeln die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder und tragen zu einer Verbesserung des Wohnumfeldes bei. Zudem macht die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft Mieter zu Mit-Eigentümern und verfolgt die Grundsätze der Selbsthilfe und der Selbstverantwortung anstelle staatlichen bzw. kommunalen Interventionen. Zur weiteren Erhöhung der Eigentumsquote wollen wir die Darlehensförderprogramme der NRW.BANK intensiv überprüfen und auf ihre Optimierung hinwirken. Die **Grunderwerbsteuer** werden wir möglichst reduzieren, um den Erwerb von Immobilieneigentum zu erleichtern und damit auch zur Stabilisierung der Immobilienpreise beizutragen.

Die zunehmende Differenzierung der Wohnungsmärkte macht allerdings ein **Umdenken in der Wohnraumförderung** des Landes notwendig. Während sich die Miet- und Bodenpreise in Zentren wie Düsseldorf, Köln oder Münster auf einem hohen Niveau befinden, sind die Wohnungsmärkte in weiten Teilen des Landes – insbesondere im ländlichen Raum und im Kernruhrgebiet – weitgehend entspannt. Eine flächendeckend gleiche Förderung von sozialem Wohnraum ist daher nur noch bedingt sinnvoll.

Sinkende Bevölkerungszahlen und die Alterung unserer Gesellschaft werden die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ebenso verändern. Zentrennahe und infrastrukturell gut angeschlossene Wohnmöglichkeiten werden zukünftig immer stärker in den Fokus des Interesses rücken. Es wird ein erheblicher Bedarf an **barrierefreien und generationengerechten Wohneinrichtungen** entstehen, für den wir mit unserer Politik gezielt Vorsorge treffen. Denn barrierefreie Wohnungen verbessern nicht nur die Lebensverhältnisse alter oder behinderter Menschen, sondern beispielsweise auch die von Familien mit kleinen Kindern. Barrierefreie Wohnungen bieten daher einen Mehrwert für alle Teile der Gesellschaft. Umbauten im Bestand sowie Neu- und Ersatzbauten werden also zukünftige Handlungsfelder unserer liberalen Wohnungspolitik sein. Zudem muss der zu erwartende Generationenwechsel im Einfamilienhausbestand sinnvoll begleitet werden, beispielsweise durch die Einführung eines Förderprogramms "Jung kauft Alt".

Die FDP will das **energiesparende** und damit **kostengünstige Wohnen** stärker fördern. Die energetische Gebäudesanierung gehört zu den wirksamsten Maßnahmen, um Energie zu sparen. Sie birgt damit ein hohes Potential zum Erreichen unserer Klimaschutzziele. Darüber hinaus macht sie Wohnen preiswerter und Mieter wie Vermieter unabhängiger von steigenden Energiepreisen. Konsequenter umgesetzt, schafft die energetische Gebäudesanierung nachhaltig Arbeitsplätze und sichert eine Spitzenposition in der öko-energetischen Technologieentwicklung.

Weitere, unter anderem auch Klima schützende Maßnahmen müssen in einem umfassenden Konzept zur **energieeffizienten Stadtentwicklung** gebündelt werden. Die energieeffiziente Stadtentwicklung ist der zweite logische Schritt. Dabei ist den infolge des demografischen Wandels veränderten Ansprüchen an den Wohnungsstandard ebenso gerecht zu werden, wie der kulturellen Verpflichtung zum Erhalt historischer Bausubstanz und Stadtstrukturen und der verdichtenden Wieder- und Umnutzung von Brachflächen. Von zentraler Bedeutung wird zukünftig eine leistungsfähige und gut vernetzte Verkehrsinfrastruktur sein. Die Umsetzung von staatlichen Maßnahmenpaketen wird in erster Linie auf kommunaler Ebene erfolgen müssen. Die NRW-FDP will in diesem Prozess Impuls- und Innovationsgeber sein. Deshalb werden wir wissenschaftliche Pilotprojekte auf nationaler und internationaler Ebene im Bereich der energieeffizienten Stadtentwicklung fördern.

Flankiert werden müssen unsere Vorhaben durch ein **zeitgemäßes und einfaches Baurecht**. Wir wollen deshalb die Landesbauordnung grundlegend novellieren und im Zuge dessen auch weiterhin für eine Vereinfachung und für eine Entschlackung bauordnungsrechtlicher Vorschriften sorgen. Die Bauleitplanung muss in der nordrhein-westfälischen Städtelandschaft auch gebietsübergreifend und grenzüberschreitend mög-

lich sein; entsprechende landesplanerische Voraussetzungen sind zu schaffen.

Sicherheit

Nordrhein-Westfalen ist lebenswert, liberal und sicher – den Bürgern Freiheit in Sicherheit zu gewährleisten, zeichnet die Stärke einer liberalen offenen Gesellschaft und Demokratie auch unter sich verändernden Umständen und Herausforderungen aus. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Verbrechen, vor Extremismus und terroristischer Bedrohung durch konsequente Kriminalitätsbekämpfung und erfolgreiche Präventionsarbeit ist uns als FDP ein besonderes Anliegen. Wir setzen uns dabei für die **richtige Balance zwischen der Sicherheit der Menschen und der Bewahrung der Freiheit und Privatheit der Bürger** ein.

Die **Beseitigung von Vollzugsdefiziten hat Vorrang vor einem steten sich überbietenden Gesetzesaktionismus**. Deshalb lehnen wir reflexartige Forderungen nach immer mehr Überwachung und immer mehr Eingriffsbefugnissen für die Sicherheitsbehörden ab. Die bestehenden Befugnisse sollen konsequent ausgeschöpft werden bevor nach neuen Regeln gerufen wird. Wir setzen als die deutsche Rechtsstaatspartei deshalb **in erster Linie auf die Kriminalitätsverhütung und als dann auf eine konsequente Gefahrenabwehr und Strafverfolgung**. Dabei bleiben wir auch bei dem Trennungsgebot von Polizei und Verfassungsschutz.

Wir wollen, dass die Gesetze in NRW einen hohen Schutz der Grundrechte der Bürger gewährleisten. Dabei darf der Kernbereich der privaten Lebensführung nicht angetastet werden. Die Gesetze sollen zudem den Erfordernissen an eine moderne Polizeiarbeit gerecht werden und die notwendige Rechtssicherheit für Polizeibeamte sicherstellen. Wir brauchen keinen Überbietungswettbewerb an plakativen Forderungen nach Maßnahmen, Eingriffsbefugnissen und Verboten, die nur Scheinsicherheit bringen. Wir stehen für eine moderne Sicherheitsarchitektur mit Augenmaß für NRW, die den Bürgern die notwendige Freiheit in Sicherheit belässt. Maßnahmen wie Schleierfahndung, Online-Durchsuchungen und präventiver Telefonüberwachung durch die Polizei halten wir für verzichtbar. Videoüberwachung greift massiv in die Freiheit der Bürger ein und beschäftigt Polizeibeamte hinter Monitoren statt auf der Straße. Deshalb **lehnen wir eine flächendeckende Videoüberwachung ab**. Um dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger Rechnung zu tragen, möchten wir verstärkt Orte umgestalten, die zu unübersichtlich oder zu dunkel sind. In einer landesweiten Kampagne sollen diese Orte identifiziert und mit städtebaulichen Maßnahmen wie zum Beispiel Licht, Pflasterung und Heckenschnitt umgestaltet werden.

Wer dem Bürger mehr Sicherheit bieten will, der schafft das nur, wenn er **mehr Polizeibeamte in den operativen Dienst** (d.h. in die Kriminalkommissariate, in die Verkehrskommissariate und in den Wach- und Wechseldienst) bringt. Deshalb haben wir seit 2005 die Einstellungszahlen von Polizisten von ehemals 500 um 600 auf 1100 mehr als verdoppelt, den Polizeihaushalt kontinuierlich erhöht und die **Personal- und Sachausstattung verstärkt**. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass der Polizei in Nordrhein-Westfalen über 850 Stellen, die nach Plänen der alten Regierung hätten wegfallen sollen, erhalten blieben. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen, um so mit möglichst vielen Nachwuchskräften der Überalterung der Polizei entgegen zu wirken.

Für die guten Erfolge bei der inneren Sicherheit für NRW bedarf es zudem der hohen Motivation und Einsatzbereitschaft der Polizei und sonstigen Sicherheitsbehörden. Es gilt das Motto für die Polizei **"Mehr fahnden, weniger verwalten!"** Wir haben dafür die Ausstattung der Polizei in den vergangenen fünf Jahren massiv erneuert. So haben wir unseren Polizisten das notwendige Handwerkzeug zur adäquaten Bewältigung ihrer Aufgaben an die Hand gegeben. Zum Beispiel ist kein Funkstreifenwagen in NRW älter als zwei Jahre und kein Computer in den Dienststellen ist älter als vier Jahre. Dazu wird nach und nach

die komplette Polizei in NRW mit den neuen **blauen Uniformen** ausgestattet, welche einen deutlich besseren Tragekomfort und eine größere Zweckmäßigkeit ausweisen. Zur sichtbaren Verbesserung der polizeilichen Präsenz hat auch die Wiedereinführung der **polizeilichen Reiterstaffeln** geführt, welche in NRW erfolgreich stationiert wurden.

Durch die Binnenmodernisierung der Polizei haben wir den Weg hin zu einer modernen und strafferen Polizeiorganisation eingeschlagen, rund 500 Beamte aus Verwaltungsaufgaben für den operativen Dienst (Kommissariate, Bezirksdienst, Wach- und Wechseldienst) und am Bürger gewonnen, die **Eigenverantwortung der Polizeibehörden gestärkt sowie unnötige Bürokratie abgebaut**.

Wir wollen für NRW eine Polizei, die als kompetenter Ansprechpartner und bürgerfreundlicher Dienstleister vor Ort präsent ist. In Gegenden oder Bereichen, wo der Bürger das Gefühl entwickelt, wachsender oder vorsichtiger sein zu müssen als andernorts, helfen neben spezifischen Maßnahmen insbesondere die regelmäßige Präsenz der Polizei und anderer Behörden, deren koordinierte Zusammenarbeit und ihr gemeinsames sichtbares Auftreten. Wir wollen die **Verstärkung der Präsenz der Polizei** zum Beispiel durch den Einsatz von Fuß- und Radstreifen und die besondere Einbindung des Bezirksdienstes als sogenannten "Schutzmannes an der Ecke". Auch Kräfte der Bereitschaftspolizei sind außerhalb von Großlagen für gezielte präventive Einsätze mit zusätzlichem Personalbedarf, sowohl in Kleinkontingenten als auch für Großkontrollen, stärker einzusetzen.

Der tägliche Dienst in der Polizei stellt heute hohe Anforderungen an die Fähigkeiten jedes einzelnen Beamten. Dies gilt gerade dann, wenn es um Straftaten von erheblicher Bedeutung, um gefährliche Einsätze, etwa mit bewaffneten Tätern geht. Wir brauchen motivierte, engagierte und kompetente Beamte auf der Straße, die mit der notwendigen Sensibilität und auch Entschlossenheit typische und atypische Situationen meistern. Die Aus- und Weiterbildung der Polizeibeamten muss deshalb weiter höchste Standards genießen. Frauen bei der Polizei stellen dank kontinuierlich steigender Zahl heute keine Besonderheit mehr dar. Die FDP unterstützt zudem vielfältige Maßnahmen, eine wachsende Zahl an **Bewerbern mit Migrationshintergrund** für den Polizeivollzugsdienst zu interessieren und zu gewinnen.

Für uns Liberale ist die **Gewährleistung der Meinungsfreiheit** und Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler der Demokratie und ein überragend wichtiges Gut. Die FDP wird weiter dafür sorgen, dass diese Rechte uneingeschränkt ausgeübt werden können.

Bei **öffentlichen Kundgebungen** schützen gerade Polizeibeamte dieses Recht. Sie bedürfen daher eines besonderen Schutzes. Aus den vergangenen Jahren kann man aus Anlass von Aufzügen und Demonstrationen, am Rande und im Gefolge kultureller oder sportlicher Ereignisse wie etwa Karneval oder Spielen der Fußballprofi- oder Amateurligen feststellen, dass die Bereitschaft bestimmter Personen und Gruppen steigt, mit tätlichen Angriffen gegen die zum Schutz oder zur Durchführung von Veranstaltungen eingesetzten Polizeibeamten vorzugehen. Wir wollen von daher ihren **strafrechtlichen Schutz** verbessern.

Die **Verkehrssicherheit in NRW** wollen wir weiter verbessern. Die Verkehrsüberwachung und -erziehung stellt als Teilbereich der Gefahrenabwehr eine wichtige polizeiliche Aufgabe dar. Hier wollen wir die vielfältigen Ansätze zur Aufklärung in NRW weiterführen und sogar noch ausbauen.

Grenzüberschreitende Kriminalitätsformen wie etwa der internationale, islamistische Terrorismus, die organisierte Kriminalität mit Erscheinungsformen wie der Geldwäsche und dem Drogen- und Menschenhandel sind stetig zunehmende Herausforderungen in einer globalisierten Welt. Die Bekämpfung dieser Kriminalität bedarf der innerdeutschen und internationalen Zusammenarbeit, insbesondere mit unseren Nachbarländern Niederlande

und Belgien. Europa ist nicht allein Sache der Mitgliedstaaten. In einem föderalen System und speziell in Fragen der Sicherheitspolitik müssen die Länder beteiligt werden. Deshalb fordert die FDP mehr Beteiligung der Länder bei der europäischen Sicherheitspolitik. Zudem unterstützen wir die großen Anstrengungen der Ermittlungsbehörden, die durch gezielte und erfolgreiche Gewinnabschöpfung den enormen Schaden, der durch Wirtschaftskriminalität entsteht, auszugleichen versucht.

Mit dem Konzept **Partnerschaft, Präsenz und Prävention** setzt die FDP zur Verbesserung von subjektiver und objektiver Sicherheit zudem auf die Optimierung und den Ausbau der rund 900 in NRW existierenden, gut funktionierenden **Ordnungspartnerschaften**. Hier arbeitet die Polizei mit anderen Verantwortungsträgern, in erster Linie mit den kommunalen Ordnungs-, Sozial- und Jugendämtern, aber auch mit der Bundespolizei als Bahnpolizei, mit Verkehrsunternehmen, Schulen, Einzelhandel und Drogenberatungsstellen intensiv zusammen.

Die FDP will die **Zusammenarbeit von Schule und Polizei** fortsetzen, die in dem Flächenland Nordrhein-Westfalen einheitliche und konsequente Reaktionen auf Straftaten an den Schulen ermöglicht und fördert und vor allem zu einem besseren Opferschutz und mehr Sicherheit an Schulen beiträgt. Einen Beitrag zu mehr Sicherheit leisten auch Antiaggressions- und Konfliktbewältigungstrainings an Schulen.

Belästigung von Jugendlichen in Chat-Rooms, Ausspionieren von sensiblen Kontodaten, Betrügereien und verdeckte kostenpflichtige Angebote sowie der Austausch rechtswidriger Inhalte – das **Internet ist ein virtuelles Abbild der realen Welt** mit all ihren Schattenseiten und darf kein rechtsfreier Raum sein. Deshalb sind die Ermittlungsbehörden nicht nur im World Wide Web unterwegs, sondern informieren in Zusammenarbeit mit zahlreichen Stellen und Institutionen die Nutzer - gleich ob Jung oder Alt- über mögliche Risiken. Mit dem erweiterten **Angebot der 24-Stunden-Internetwache der Polizei** kommen wir den Internetnutzern und ihrem Kommunikationsverhalten entgegen. Die Menschen sind über das Internet eher bereit, Anzeige zu erstatten oder Hinweise zu geben. Denn die Hemmschwelle, zu einer Polizeiwache zu gehen oder zum Telefonhörer zu greifen, entfällt dabei. Eine Zensur oder Totalüberwachung des Internets lehnen wir Liberale dagegen ab.

Verschiedene Initiativen kümmern sich seit Jahren erfolgreich um ausstiegswillige Neonazis. Vergleichbare Angebote wollen wir auch für **potentielle Aussteiger** aus der extremistischen islamistischen oder linksradikalen Szene etablieren.

Häusliche Gewalt darf nicht als Privatsache abgetan werden. Neben Beratungsangeboten und dem möglichen polizeilichen Rückkehrverbot wollen wir weitere Anstrengungen unternehmen, damit durch Intervention bei häuslicher Gewalt in möglichst vielen Fällen der Kreislauf von Gewalt durchbrochen werden kann. Eine freiheitlich demokratische Gesellschaft darf es nicht dulden, dass - oft ausländische Frauen - der **Zwangsprostitution** in Deutschland zugeführt werden. Auch müssen weitere wirksame Instrumente zur Verhinderung von **Zwangsehen** geschaffen werden. Denn die freiheitliche Grundordnung gilt für alle Menschen, die in Deutschland leben.

Sicheres Auftreten in der Öffentlichkeit minimiert das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden. Die Kommissariate Vorbeugung der Kreispolizeibehörden sollen hierzu ihre Seminar- und Trainingsangebote und die Werbung hierfür ausbauen.

Die FDP sieht in der **Funktionsfähigkeit und Effizienz der Feuerwehr, Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes** eine hohe Bedeutung für die Sicherheit vor Ort. **Ehrenamtliche Tätigkeit ist der Kern der Bürgergesellschaft**. Hier leisten viele Ehrenamtliche einen wertvollen Dienst für die Gemeinschaft. Wir wollen zudem den Erhalt gut ausgerüsteter Feuerwehren in der Fläche, unterstützt durch moderne, integrierte Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstellen. Die FDP weiß in diesem Zusammenhang um den Wert der vielen

Hilfsorganisationen, die durch ihre Arbeit einen unschätzbaren Dienst für das Gemeinwohl leisten.

Datenschutz

In einer modernen Gesellschaft wird Datenschutz immer wichtiger. Allein Behörden, Krankenkassen, Banken, Telekommunikationsfirmen und der Einzelhandel verfügen heute über **Milliarden von personenbezogenen Daten**. Jeder von uns hat Tausende von Daten, die über ihn bei hunderten von Stellen gespeichert sind – ohne dass wir stets wissen, was von uns an welchem Ort und von wem gespeichert ist. Immer mehr Daten werden sogar unbemerkt erhoben. Die wachsende Zahl an Telefonüberwachungen, die heimliche Überprüfung von Kontodaten und anderen Dateien, Online-Durchsuchungen sowie der Lauschangriff in Wohnungen betreffen nicht nur mögliche Straftäter, sondern stets auch Unbeteiligte. Datenmissbrauch bis hin zum kriminellen Datenhandel und der unbeschränkten Zusammenführung von Daten bedrohen unsere Freiheit – nicht virtuell, sondern ganz handfest. Wir bestehen daher auf informationeller Selbstbestimmung jedes Einzelnen sowie auf die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts setzt der uferlosen **Vorratsdatenspeicherung** enge rechtsstaatliche Grenzen und bestätigt die kritische Haltung der FDP.

Der **Grundsatz der Datensparsamkeit** schützt vor dem gläsernen Kunden. Der Bürger muss dafür sensibilisiert werden, wenn er ein Stück Freiheit über seine Daten aufgibt. Deswegen ist es notwendig, dass die Verarbeitung von nicht zur Vertragsabwicklung notwendigen Daten eine gesonderte Einwilligung voraussetzt. Bei **neuen technischen Möglichkeiten**, die zum Beispiel RFID-Chips und Google Earth bieten, muss die Privatsphäre der Bürger auch in Zukunft gewahrt bleiben.

Die FDP sieht zudem die Gefahr, dass zunehmend die Möglichkeiten bestehen, **Bewegungsprofile von Menschen** zu erstellen. Ein Bewegungsprofil ist ein durch Datensammlung und -verknüpfung erstellter Datensatz, der es ermöglicht, die Bewegungen und Handlungen einer Person nachzuvollziehen und jene dadurch zu überwachen. Indem man personenbezogene Daten aus verschiedenen Quellen chronologisch miteinander verknüpft, kann man zurückverfolgen, wann sich eine Person an welchem Ort aufhielt, was sie dort beispielsweise kaufte und welche Telefongespräche geführt wurden. Zudem gilt es, das Bewusstsein bei den Bürgern dafür zu schärfen, dass jedermann zu jederzeit eine Unmenge an **elektronischen Schleifspuren** hinterlässt und auch daraus vielerlei Erkenntnisse über das Verhalten desjenigen angeleitet werden können.

Wir setzen uns für eine **Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes** ein und wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Bespitzelungen an ihrem Arbeitsplatz wirksam schützen. Es dürfen nur solche Daten verarbeitet werden, die für das Arbeitsverhältnis erforderlich sind. Datenverarbeitungen, die sich beispielsweise auf für das Arbeitsverhältnis nicht relevantes außerdienstliches Verhalten oder auf nicht dienstrelevante Gesundheitszustände beziehen, müssen zukünftig ausgeschlossen sein. Jeder hat das Recht zu entscheiden, wer was von ihm wissen soll – oder nicht. Wie setzen uns dafür ein, dass der **Datenschutz ins Grundgesetz** aufgenommen wird.

Gesundheit

Alle Menschen müssen im Krankheitsfall eine **qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung** erhalten und am medizinischen Fortschritt teilhaben können, und zwar unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer persönlichen Lebenslage, ihrem gesundheitlichen Risiko und ihrem Alter. Dazu zählen Gesundheitsförderung und Prävention ebenso wie die Behandlung von Krankheiten bis hin zur Rehabilitation zur Vermeidung von Behinderungen.

Aufgrund des wachsenden Anteils älterer Menschen und des sinkenden Anteils von Jüngeren in unserer Gesellschaft ist es für eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik unumgänglich, die gesetzliche Krankenversicherung auf eine neue finanzielle und organisatorische Grundlage zu stellen. Weiterhin ist die Einführung von Kapitaldeckungselementen notwendig, um der demographischen Entwicklung entgegenzusteuern. Nur wenn die Finanzierung der Gesundheitssysteme nicht zu Lasten unserer Kinder geht, kann die Qualität der gesundheitlichen Versorgung erhalten und weiter verbessert werden. Die FDP in NRW setzt sich auf Bundesebene für eine **zukunftssichere Neugestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung** ein.

Dies wollen wir mit einer einkommensunabhängigen **Gesundheitsprämie** erreichen, die schrittweise eingeführt werden soll. Der solidarische Ausgleich zwischen Arm und Reich erfolgt nicht mehr innerhalb der Sozialversicherung, sondern über Steuermittel. Die Beiträge der Arbeitnehmer sollen nicht mehr ausschließlich an die Löhne gekoppelt werden, sondern alle Bürgerinnen und Bürger sind gemäß ihrer tatsächlichen materiellen Leistungsfähigkeit und unabhängig von der Art ihrer Krankenversicherung am sozialen Ausgleich zu beteiligen. Weiterhin wollen wir den **Wettbewerb im Gesundheitssektor** stärken. Hierzu gehört unter anderem die **Stärkung der Wahlfreiheit** zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung.

Im ambulanten Bereich engagiert sich die FDP für die Sicherstellung der **wohnnahen Versorgung** mit Haus- und Fachärzten sowie dem ambulanten ärztlichen Notfalldienst. Mit dem "Aktionsprogramm hausärztliche Versorgung" hat das Land auf den drohenden Hausärztemangel reagiert und konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet. Daneben müssen aber auch die Planungsbereiche und die Rahmenbedingungen verändert und verbessert werden, damit die Ziele des Landesprogramms erreicht und verstetigt werden, damit gerade im ländlichen Bereich der drohende Ärztemangel vermieden wird und vor allem unsere älteren und immobilen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf ein verlässliches Gesundheitsangebot vertrauen können.

Damit der **Arztberuf** in Nordrhein-Westfalen wieder attraktiver wird, werden wir uns auf der Bundesebene für eine gerechte, transparente und nachvollziehbare **Honorarordnung** einsetzen. Die nordrhein-westfälischen Ärzte dürfen nicht länger schlechter vergütet werden als ihre Kollegen in den benachbarten Bundesländern.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass das Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (Rettungsgesetz NRW – RettG NRW) überarbeitet wird, mit dem Ziel, die faktische Monopolsituation der freiwilligen Hilfsorganisationen bei der Mitwirkung im Krankentransport und Rettungsdienst zu beseitigen und eine gleichberechtigte Mitwirkung von privaten Unternehmen zu ermöglichen.

Wir wollen im **Krankenhausbereich** eine **größere Angebotsvielfalt und bessere Kooperationen** zwischen den Häusern. Das Ziel ist eine quantitativ und qualitativ angemessene Versorgung mit stationären Leistungen für ganz NRW und insbesondere die Sicherung der Notfallversorgung. Das Krankenhausgestaltungsgesetz NRW liefert dafür eine gute Grundlage. Um die Patientenautonomie zu verbessern, wurde auf Initiative der FDP die **Qualitätssicherung erhöht** und die Leistungstransparenz in den Häusern gesetzlich verankert. Darüber hinaus wollen wir die Mutter-Kind-Behandlungsangebote ausbauen. Die FDP unterstützt weiterhin den Aufbau von Hygienenetzen unter Federführung der Gesundheitsämter.

Für die Patienten will die FDP mehr Informationen, mehr Beratung und **mehr Transparenz über Angebote und Leistungen** erreichen. Es geht uns darum, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Fürsorge so auszubalancieren, dass Bevormundung und Überforderung gleichermaßen vermieden werden. Die Leistungen des Staates können je-

doch die spontane Hilfe im Familien- und Freundeskreis nur ergänzen, nicht ersetzen. Nach dem Vorbild der Ehrenamtskarte wollen wir auch das **soziale Engagement von pflegenden Angehörigen** stärker als bisher würdigen. Prävention und Früherkennung tragen mittel- und langfristig auch zur finanziellen Entlastung des Krankenversicherungssystems bei.

Gesundheitsförderung und Prävention, insbesondere der großen Volkskrankheiten wie Diabetes, müssen in jedem Lebensalter besonders unterstützt werden. Die FDP setzt dabei auf einen gesamtgesellschaftlichen Lösungsansatz zwischen den Kommunen, dem Land, dem Bund, den Kostenträgern und Leistungserbringern sowie den Kindergärten und Schulen. Es ist uns wichtig, dass auch die Betroffenen selbst einbezogen werden, um eine zielgruppengenaue Ansprache zu erreichen. Dialogorientierte Angebote der Gesundheitsbildung wollen wir ausbauen. Ein wichtiges Ziel ist die Reduzierung der Säuglingssterblichkeit durch bessere Aufklärung sowie die frühzeitige Information der Jugendlichen über Geschlechtskrankheiten und deren Vermeidung. Darüber hinaus sehen wir die Verhinderung von Pflegebedürftigkeit durch präventive Maßnahmen als ein zentrales Anliegen der kommenden Jahre.

Bei der **Versorgung von psychisch kranken Menschen** im Bereich der stationären und teilstationären Angebote haben wir in den letzten Jahren erhebliche Verbesserungen erreicht. Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie konnten Versorgungslücken geschlossen werden. Die FDP hat sich außerdem besonders dafür eingesetzt, dass der Prävention, vor allem der Früherkennung, eine wachsende Rolle zukommt. Wir wollen auch zukünftig erreichen, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen eine qualitativ bessere und wohnortnahe Versorgung zur Verfügung steht. Wir sprechen uns ausdrücklich gegen jede Form der Stigmatisierung und Diskriminierung psychisch kranker Menschen aus. Zwangsmaßnahmen stellen einen erheblichen Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte dar. Sie sind auf ein Minimum zu reduzieren.

Wir wollen eine **liberale Sucht- und Drogenpolitik** für NRW, in deren Mittelpunkt die ursachenbezogene Prävention und ein stigmatisierungsfreies Behandlungsangebot stehen. Auf eine Verbotskultur und die Entmündigung von Bürgerinnen und Bürgern ist zu verzichten. Das auf Initiative der FDP erfolgreich gestartete Landesprogramm "Stark statt breit" zur Prävention der Cannabis-Sucht wollen wir fortsetzen. Besonders wichtig sind uns zudem präventive Hilfen und bessere Behandlungsmöglichkeiten für Jugendliche mit Alkoholproblemen sowie für die wachsende Gruppe der Männer zwischen 20 und 59. Wir setzen außerdem auf Strategien zur Vermeidung alkoholbedingter Schädigungen ungeborener Kinder. Zu diesem Zweck sollten auch neue niedrigschwellige Methoden, wie etwa eine "Drogenberatung online", modellhaft erprobt werden.

Für die FDP ist die Prävention von **HIV und AIDS** ein zentrales Anliegen im Bereich der Prävention. Die Strategien müssen sich noch stärker als bisher auf die besonders gefährdeten Zielgruppen konzentrieren. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Menschen mit HIV und AIDS niemals das Opfer von Diskriminierungen werden, zum Beispiel am Arbeitsplatz. Wir fordern die uneingeschränkte Solidarität mit den Betroffenen in allen Lebensbereichen.

Die FDP will dazu beitragen, dass durch den **Gesundheitscampus NRW** im Ruhrgebiet der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis und dadurch die Versorgungsqualität insgesamt verbessert werden. Es geht dabei beispielsweise um Krebsforschung, aber auch um Erkrankungen wie Alzheimer und Parkinson, sowie um Dienstleistungen und Produkte, die das tägliche Leben älterer Menschen in der eigenen Wohnung unterstützen. Zudem möchten wir die Gesundheitswirtschaft in Nordrhein-Westfalen auch durch internationale Kontaktpflege und Kooperationen weiter stärken.

Die FDP in NRW befürwortet den Aufbau einer modernen und funktionsfähigen **Telematikinfrastruktur** im Gesundheitswesen. Damit können die Versorgung und die Behandlungsabläufe für die Patienten verbessert werden. Zentrale Voraussetzungen für dieses Projekt sind jedoch die Praktikabilität in der Anwendung, ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis sowie die Sicherheit der sensiblen Gesundheitsdaten. Bis diese Voraussetzungen nachweisbar erfüllt sind, darf die Weiterentwicklung der Krankenversichertenkarte zur elektronischen Gesundheitskarte nur im Rahmen eines sicheren Versichertendatenmanagements erfolgen, bei dem neben den Personalien lediglich die im Notfall benötigten Daten gespeichert werden und eine sichere Telematikinfrastruktur zwischen den Leistungserbringern gewährleistet ist. Alle weiteren medizinischen Anwendungen werden solange mit einem unbefristeten Moratorium belegt bis hinreichende Erkenntnisse aus den laufenden Modellvorhaben vorliegen.

Hospizdienste sowie Leistungen der Palliativmedizin und Palliativpflege für schwerkranke, sterbende Menschen, die ein **würdevolles und selbstbestimmtes Leben bis zuletzt** ermöglichen, sind für uns ein unverzichtbarer Bestandteil eines guten gesundheitlichen Angebots, das wir ausbauen und qualitativ weiterentwickeln wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass niemand aufgrund seiner Erkrankung diskriminiert wird. Das gilt vor allem für Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie für Menschen mit HIV und AIDS. Unser Ziel ist, einer größeren Zahl von Sterbenden die letzte Lebenszeit in der vertrauten Umgebung zu ermöglichen. Wir wollen die Informationsangebote über die **Vorsorgevollmacht** und die **Patientenverfügung** ausbauen und auf diese Weise die Selbstbestimmungsrechte der Betroffenen stärken.

Sport

Der **Sport verbindet die Gesellschaft**. In ihm finden junge und alte Menschen zusammen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, behinderte und nicht behinderte Menschen. Er verbindet Leistungs-, Vereins- und Breitensport, er verbindet gewinnorientierten Sport und ehrenamtliche Tätigkeit und er verbindet Individualismus und Teamfähigkeit. Der Breitensport, **die Vereine** in Nordrhein-Westfalen mit ihren mehr als 5 Millionen Mitgliedern in 20.000 Vereinen in den Kommunen sind das **Rückgrat des Sports** in Nordrhein-Westfalen. Sie stehen weiterhin im Zentrum liberaler Sportpolitik. Die FDP will die Eigenverantwortung der Vereine stärken und sie von bürokratischen Hemmnissen befreien.

Mit dem **Bündnis für den Sport** haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass sich das Sportland Nordrhein-Westfalen weiterhin gut entwickeln kann. Durch eine verlässliche finanzielle Förderung unterstützen wir den organisierten Sport, stärken das Ehrenamt und fördern die Sportinfrastruktur. Das erfolgreiche **Sportstättenfinanzierungsprogramm**, das den Trägern zinsgünstige Kredite zur Sanierung, wird die FDP **zeitlich verlängern**. Dies dient dem Umbau oder der Modernisierung der Sportstätten hin zu einer größeren Multifunktionalität, welche insbesondere durch den demographischen Wandel, der auch im Sport zu spüren ist, notwendig ist.

Vereine und Verbände sind gerade in Zeiten einer sich aufgrund demographischer Entwicklungen stark verändernden Gesellschaft ein Motor der Integration, den es zu nutzen und zu stärken gilt. Die FDP will die Einbindung von **Menschen mit Behinderungen, von Menschen mit Migrationshintergrund, von Senioren und Frauen** künftig noch stärker fördern. Zur Gewaltprävention und Gesundheitsförderung bei Jugendlichen ist die Jugendarbeit der Vereine unverzichtbar. Die FDP setzt sich dafür ein, die **ehrenamtliche Tätigkeit** in ihrem umfassenden gesellschaftlichen Nutzen noch stärker zu würdigen und Menschen zum Einsatz für andere Menschen zu begeistern. Die Zertifizierung durch den **Landesnachweis "Ehrenamtliches Engagement im Sport"** war ein erster Schritt. Die

FDP will auch die Krankenkassen für eine Kampagne gewinnen, um **altersgerechte Sportangebote** beispielsweise für Senioren zu fördern und bekannter zu machen. Das Handlungsprogramm 2015 „Sport und Gesundheit“ werden wir fortschreiben, um weiter präventiv gegen Übergewicht und für ein gesundheits- und sportorientiertes Leben zu arbeiten.

Die Wertschätzung für die gesellschaftlich verbindende Wirkung des Sports wie auch die herausragende Wichtigkeit regionaler Vielfalt der Vereinslandschaften wird nicht zuletzt durch die Unterstützung bei der Errichtung des **Fußballmuseums** in Dortmund unterstrichen.

Nach den Erfolgen der Fußballweltmeisterschaft 2006 sowie anderer, internationaler Großveranstaltungen soll sich Nordrhein-Westfalen nach dem Willen der FDP weiterhin intensiv darum bemühen, Ausrichter nationaler und internationaler **Großveranstaltungen** zu sein. Sie sind auch ein Wirtschaftsfaktor.

Die frühzeitige sportliche Betätigung von Kindern ist für die Ausprägung körperlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten, eine verbesserte Gesundheit und auch als Stimulanz für die intellektuelle Entwicklung der Kinder und Jugendlichen von herausragender Bedeutung. Daher fordert die FDP, dass **sportmotorische Tests** verpflichtend zum Beginn der Grundschulzeit durchgeführt werden. So können mögliche motorische Defizite frühzeitig erkannt und konsequent beseitigt werden. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die frühzeitige Sichtung sportlicher Talente fördern. In den kommenden Jahren wollen die Liberalen dazu sicherstellen, dass der Unterrichtsausfall noch weiter abgesenkt und so auch der oftmals als sekundär empfundene **Sportunterricht** tatsächlich erteilt wird. Die Schulen wollen wir dabei unterstützen, sich **flächendeckend** in Nordrhein-Westfalen zu so genannten "**bewegungsfreudigen Schulen**" zu entwickeln. Mittelfristiges Ziel der FDP ist es, an möglichst vielen Grundschulen des Landes die "**tägliche Sportstunde**" zu verankern.

Mit der **Gründung von fünf Sportschulen** in Düsseldorf, Minden, Solingen, Münster und Dortmund wurde bereits ein herausragender Schritt getan, um talentierte Kinder und Jugendliche frühzeitig sportlich zu fördern, ohne sie in ihrer schulischen Entwicklung zu behindern. Die FDP will diesen erfolgreichen Weg fortsetzen und in den kommenden Jahren **mindestens weitere fünf Sportschulen** gründen.

Mit dem flächendeckenden Ausbau der **Ganztagsangebote** an Schulen haben wir bereits sichergestellt, dass die Sportvereine nicht durch den Nachmittagsunterricht verdrängt werden. Auch in Zukunft wird die FDP dafür sorgen, dass **Sport und Unterricht in der Schule nicht gegeneinander, sondern miteinander weiterentwickelt** werden. Hierzu ist es unerlässlich, dass der organisierte Sport als ein zentraler gesellschaftlicher Akteur in den **regionalen Bildungsnetzwerken** eingebunden wird. Dazu wollen wir an allen Schulen so genannte **Sportkoordinatoren** schaffen, die aus Mitteln der Träger, der Vereine und der regionalen Wirtschaft finanziert werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat durch die Unterstützung der **Nationalen Anti-Doping Agentur Deutschland (NADA)** einen herausragenden Beitrag im Kampf gegen das **Doping** geleistet. Wir wollen die Präventionsarbeit im Kampf gegen die Verwendung illegaler Mittel im Sport konsequent fortsetzen. Hier gilt es, auch Kinder und Jugendliche noch intensiver über die Prinzipien des **Fair Play** und über die physischen und psychischen Folgen des Dopings aufzuklären.

Neben dem Breitensport bildet der **Leistungssport** ein herausragendes Feld, der die Menschen zusammenbringt, **individuelle und gemeinschaftliche Höchstleistungen** fördert und als wichtiger **Arbeitgeber** fungiert. Durch viele Sportveranstaltungen und -wettkämpfe ist der Leistungssport ein nicht wegzudenkender Bestandteil der **Freizeitgestaltung** vieler Menschen und ein **positiver Werbeträger** des Sports im **Sportland Nr. 1**.

Zudem dienen viele Sportler als Vorbilder unserer Kinder. Die FDP will diesen gesellschaftlichen Magneten für die Sportler und Zuschauer erhalten und weiter ausbauen. Wir wollen den Leistungssport finanziell und durch **wissenschaftliche Forschung** unterstützen, **Hochschulsportler und Leistungssportler im Staatsdienst** noch stärker fördern und auch in Zukunft mit erfolgreichen Bewerbungen **sportliche Großveranstaltungen** in Nordrhein-Westfalen ausrichten. Hierzu gehört auch die Fortentwicklung der so genannten Dualen Karriere.

Zur Erhaltung und Modernisierung von Sportanlagen und Stadien wollen wir das Sponsorenwesen ebenso wie **Öffentlich-Private-Partnerschaften** ausbauen und angemessene Rahmenbedingungen für die Beteiligten schaffen. Zu einer verstärkten Einbindung privatwirtschaftlicher Aktivitäten zählt auch die Unterstützung der **Teilprivatisierung des Sportwettenmarkts**..

Umwelt

Wir wollen den nachfolgenden Generationen eine **lebenswerte Umwelt** hinterlassen. Umweltschutz, Ressourcenschonung und Energiesparmaßnahmen sind lebensnotwendige Aufgaben, die ihren Wert bereits in sich selber haben. Die FDP setzt sich deshalb für die Verbesserung der Umweltqualität, insbesondere der schonenden Nutzung von nicht erneuerbaren Rohstoffen, dem Einsatz erneuerbarer Energien und die Wiederverwendung von Rohstoffen ein.

Moderne Umweltpolitik bietet zudem die Chance, die Wirtschaft für den weltweiten Wettbewerb zu stärken. Wirtschaft und Umwelt sind keine Gegensätze. Wir setzen auf eine **rational begründete Umweltpolitik**. Wirtschaft wie Staat sind gleichermaßen gefordert, frühzeitig, sachgerecht und allgemeinverständlich zu informieren, denn nur der informierte Bürger ist ein mündiger Bürger. Wir wollen keine Politik mit der Angst der Menschen.

Wir setzen auf eine moderne Wirtschaft, deren Produkte insbesondere wegen ihrer **ökologischen Modernität** in der ganzen Welt gefragt sind. Neue Techniken können helfen, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz miteinander zu vereinen. Technologischer Fortschritt ist nicht das Problem, sondern Teil der Problemlösung.

Eine breite und fundierte Bildung sichert nicht nur unseren Wohlstand ab, sondern ist auch die Grundlage dafür, den großen **ökologischen Herausforderungen der Zukunft**, insbesondere dem Klimaschutz, gerecht zu werden. Forschung ist der Schlüssel zur Zukunft. Das gilt auch oder gerade für Umweltechniken. Daher brauchen wir Innovation, die nur dann gelingt, wenn die finanziellen Grundlagen für deren Entwicklung und Begleitung bis zur Marktreife vorhanden sind. Gleichzeitig schaffen wir weiter **Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung**, die Nordrhein-Westfalen zu dem europäischen Kompetenzzentrum hinsichtlich Forschung und Anwendung für Umwelt, Klima und effizienten Mitteleinsatz machen.

Wir sagen **Ja zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen**. Zwar mag ein Niedergang der Industrie kurzfristig eine punktuelle Absenkung von Schadstoffen dort bewirken, wo Industrie das Land verlässt. Die abgesenkten Schadstoffe entstehen aber an anderer Stelle neu, möglicherweise sogar verstärkt, weil andere Länder geringere Umweltstandards fordern. Auch in Verantwortung dessen bekennen wir uns zur Industrie in Nordrhein-Westfalen. Umweltaforderungen müssen zwar ambitioniert, aber verhältnismäßig, insbesondere angemessen und langfristig rechtsicher kalkulierbar sein. Statt Regulierungen im Detail wollen wir mit einer gesamtheitlichen Betrachtung der Umweltschutzmaßnahmen auch in Relation zu den Kosten der Wirtschaft die Möglichkeit eröffnen, den effizientesten Weg zu beschreiten. Dies wollen wir mit einem **"Effizienz-TÜV"** unterstützen.

Nahezu 80 Prozent der Umweltgesetze werden in Brüssel und Berlin gemacht. Deshalb

wollen wir schon frühzeitig unseren Einfluss auf die Gesetzgebung der EU (beispielsweise IVU-Richtlinie oder Biodiversitäts-Richtlinie) und des Bundes geltend machen, um uns für eine Vereinfachung und Entbürokratisierung der Rechtsetzung einzusetzen. Wir wollen keinen NRW-Sonderweg, sondern Vorgaben der EU und des Bundes **1:1 umsetzen**, wie wir das z.B. bei der Novellierung des Landschaftsgesetz und des Landeswassergesetzes getan haben. Damit schützen wir die Umwelt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Wir wollen sachgerechte und pragmatische **Lösungen im Dialog mit den Betroffenen** erarbeiten, damit klare Verträge abgeschlossen werden können, wie, was, auf welchem Weg und mit welchem Aufwand zum Schutz der Umwelt bewirkt werden kann. Solches Zusammenwirken im Dialog ist wirksamer als bevormundende Verbote von oben. Deshalb unterstützen wir den von der Landesregierung eingesetzten "**Dialog Wirtschaft und Umwelt**" und wollen diesen weiter führen und vertiefen. Die Umweltverwaltung muss noch besser werden in der Beratung gerade kleiner und mittlerer Unternehmen.

Durch die Berücksichtigung der Prüfverfahren der Versicherungen können staatliche **Genehmigungsverfahren im industriellen Bereich beschleunigen** werden; der Umfang unnötiger Doppelprüfungen wird so reduziert. Wir bauen auf die Eigenverantwortung der Unternehmen. Wird aber gegen notwendige Anforderungen und Verträge verstoßen, muss der Staat konsequent und fühlbar dagegen vorgehen: Wir sehen ihn als kontrollierenden Berater bzw. als Kontrolleur der Kontrolleure.

Die Einführung von Umweltzonen konnte durch die Initiative der FDP auf das sachlich gebotene Maß begrenzt werden. Fahrverbote sollen nur dann erlassen werden, wenn andere Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Bei der anstehenden **Evaluierung der Umweltzonen** in 2010 müssen die Wirkungen von Umweltzonen dem Grunde nach geprüft werden. Ob und wie die Umweltzonen dann fortbestehen muss sich nach der Wirksamkeit der Umweltzonen richten. Grundsätzlich werden wir uns für eine bundeseinheitliche, wirtschaftsverträgliche Regelung einsetzen. Symbolpolitik lehnen wir ab.

Bei der weiteren Umsetzung der **Wasserrahmenrichtlinie**, der Luftreinhalteplanung und der EU-Umgebungslärmrichtlinie muss ebenfalls mit Augenmaß sachgerecht so vorgegangen werden, dass **Bürger und Wirtschaft nicht überfordert** werden. Auch hier gilt das Ziel: Verträge statt Verbote.

Die FDP steht für **mehr Wettbewerb in der Abfallwirtschaft**. Es muss Kurs gehalten werden, damit dies als Gebührensenkung beim Bürger ankommt. In der ersten Phase der liberalen Regierungsbeteiligung in NRW wurden mit der Modernisierung des Abfallwirtschaftsplans Märkte in NRW geöffnet. Auch wenn Stofftrennung vor Ort nach wie vor wichtig ist, so können doch innovative Sortiertechniken bessere Sortierergebnisse liefern und zugleich die Anzahl der Reststofftonnen vor der Haustür verringern. Deswegen wollen wir einen großflächigen Modellversuch "**grau in gelb**", bei dem trockene Reststoffe (graue Tonnen) mit Leichtverpackungen (gelbe Tonnen) zusammengeführt werden. Nicht mehr nur Verpackungen, sondern alle Wertstoffe aus Kunststoffen, Weißblech, Aluminium etc. sollen künftig in gelben Tonnen bzw. Säcken gesammelt werden. Für Logistik, Recycling und Vermarktung der so gewonnenen Sekundärrohstoffe sollen private Unternehmen verantwortlich bleiben. Eine Kommunalisierung, also Verstaatlichung dieser für unser rohstoffarmes Land wie für die Industrie wichtigen Dienstleistungen, lehnt die FDP ab. Wir setzen uns damit für eine zukunftsfähige und effiziente Ressourcen-Rückgewinnung ein.

Im Bereich Naturschutz stehen wir für den **Erhalt der Artenvielfalt** in unserem Land. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die geplante Richtlinie der EU zum Erhalt der Biodiversität dem Pragmatismus unserer Umweltpolitik entspricht und nicht zum Wettbewerbsnachteil für Nordrhein-Westfalen wird. Deshalb soll das bereits Erreichte und die Bezahlbarkeit

im Vergleich mit anderen EU-Staaten Berücksichtigung finden. Wir möchten besonders das ehrenamtliche Engagement der Bürger beim Schutz unserer Heimat und der Entwicklung der Natur fördern. Die Biologischen Stationen sollen im Interesse der Planungssicherheit, wie in den vergangenen fünf Jahren, eine auf die Legislaturperiode ausgerichtete finanzielle Absicherung bekommen.

Nach zwei Jahrzehnten der Flächensicherung verfügt Nordrhein-Westfalen mit rund 11 Prozent der Landesfläche über ein dichtes Netz an Schutzgebieten. Naturschutzflächen, die im Eigentum des Landes sind und von diesem gepflegt werden, sind aus Effizienzgründen in die NRW-Stiftung, Naturschutz-Heimat- und Kulturpflege zu überführen. Damit werden Doppelstrukturen aufgelöst und die **fachgerechte Pflege der Naturschutzflächen** effizient gewährleistet. Auch den Kommunen ist dies anzubieten. Statt Ausweisung neuer Naturschutzflächen in unserem hoch verdichteten Land wollen wir vermehrt eine ökologische Aufwertung bestehender Gebiete

Die Einrichtung weiterer Nationalparks wollen wir dann ermöglichen, wenn die betroffene Region dies ausdrücklich wünscht.

Verbraucherschutz

Verbraucherschutz ist Wirtschaftspolitik für Konsumenten. Liberale Verbraucherschutzpolitik setzt auf eine **Stärkung der Verbraucher im Markt** und nicht auf Schutz vor dem Markt. Moderne Verbraucher wollen nicht vom Staat bevormundet werden, sondern wollen bessere Informationen, mehr Wissen über die Märkte und wirksame Verbraucherrechte. Unser Leitbild ist der mündige, informierte und interessierte Verbraucher.

Die FDP will deshalb eine **umfassende Verbraucherbildung und -aufklärung** sowie freien Zugang zu allen für die Verbraucher wichtigen Informationen. Wir wollen daher die Beratungs- und Informationsaktivitäten der Verbraucherzentrale durch eine solide, kalkulierbare Finanzierung langfristig absichern. Deshalb hat das Land auch die Einrichtung von drei weiteren Verbraucherzentralen unterstützt. Die Finanzmittel sollen auch dazu genutzt werden, die Unabhängigkeit und Sachkunde der Verbraucherzentralen zu stärken.

Wir wollen eine sachliche und **informative Nährwertkennzeichnung** der Lebensmittel. Liberale sind aber gegen eine politische Steuerung des Konsums und gegen eine Verbot- und Bevormundungspolitik der Verbraucher. Werbeverbote für vermeintlich ungesunde Lebensmittel und ein Ampelsystem zur Lebensmittelkennzeichnung lehnen wir daher ab. Demgegenüber stehen wir einer Qualitätskennzeichnung aufgeschlossen gegenüber. Wir haben die **Schlagkraft der Lebensmittelkontrolle** weiter verbessert. Zuerst muss die Wirtschaft in Eigenverantwortung überzeugende und zertifizierte Qualitätssicherungssysteme erarbeiten. Die staatliche Lebensmittelkontrolle soll hierzu qualifizierte Beratung leisten und sich dann auf die Kontrolle der Kontrolleure konzentrieren. Der Umstieg auf risikobasierte Kontrollen ist bereits ein erfolgreicher Schritt, der auch durch mehr Kontrollpersonal unterstützt werden muss. Die Kommunen sind in der Pflicht, Lebensmittelkontrolle noch ernster zu nehmen als bislang. Das bedeutet letztlich auch mehr Personaleinsatz. Das Land finanziert deshalb derzeit die Ausbildung von Lebensmittelkontrolleuren und Kontrollassistenten. Die Schlagkraft der Lebensmittelkontrollen in NRW sollte auch dadurch verbessert werden, dass **vermehrt Analysetätigkeiten an private Labore** vergeben werden.

Die Finanzkrise hat gezeigt: Der **Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen** muss dringend verbessert werden. Der Verbraucher muss Chancen und Risiken allgemeinverständlich erkennen können. Klarheit ist Wahrheit. Wir brauchen in der Beratung klare Produktinformation und Transparenz über Risiken für seine Geldanlage und im Geldverkehr. Banken und Finanzvermittler müssen für die Beratung zur Risikoeinstufung ihrer Kunden

und ihrer Produkte einstehen. Sie müssen im Sinne einer erweiterten Produktverantwortung in Eigenverantwortung ein Beschwerdemanagement aufbauen, das den Anforderungen der Kunden Rechnung trägt. Schadenersatzansprüche bei Fehlberatungen müssen schneller und effektiver geltend gemacht werden können.

Für alle **Finanzvermittler wie auch unabhängige Verbraucherberater** sollen Mindestanforderungen nach dem Vorbild der Regelungen für Versicherungsvermittler für folgende Bereiche gelten: die Prüfung des Nachweises einer Berufsqualifikation, eine Registrierungspflicht, die Pflicht zur bedarfs- und produktorientierten Beratung einschließlich Dokumentation, sowie der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung. Kurze und standardisierte Produktinformationsblätter für alle Finanzmarktprodukte (Versicherungen, Fonds, Zertifikate). Insbesondere bei Altersvorsorge-Produkten sollte eine Vergleichbarkeit der wesentlichen Charakteristika wie z.B. die Kosten- und Leistungsdarstellung sichergestellt werden.

Durch das **"Netzwerk Finanzkompetenz"** wird in NRW bereits an den Schulen das wichtige Feld der persönlichen Finanzen näher an die Jugendlichen gebracht. Diesen Bereich gilt es fortzuführen und nach Möglichkeit auch bereits in der Mittelstufe zu verankern, da Kinder heute immer früher zu Konsumenten werden.

Kultur (Land Nordrhein-Westfalen - Innovation durch Kreativität)

Unser Land Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch eine besonders vielfältige Kulturszene aus. Der Reichtum an öffentlichen Kultureinrichtungen wird von der Lebendigkeit der Freien Szenen und der vielen Kreativen spannungsreich begleitet. Diese Pluralität ist wertvoll! Sie ist wesentlicher Garant für das kreative und innovative Potential unserer Gesellschaft. Kunst und Kultur sind dabei für uns Liberale immer Ausdruck vielfältiger Sinn- und Lebensentwürfe, die unserer Gesellschaft Orientierung, aber auch Provokation und Anregung sein können.

Ziel der FDP ist die Erhaltung, Erweiterung und Schaffung von Freiräumen für die Produktion, Präsentation und Diskussion von Kunst und Kultur. Dabei gilt es, die ästhetischen Eigengesetze der Künste zu respektieren und gleichzeitig ihre gesellschaftspolitischen Potentiale für Bildung, Integration und öffentliche Meinungsbildung wahrzunehmen. In diesem Sinne wollen wir das kulturelle Profil unseres Landes weiter schärfen. Wir wollen der Kultur einen selbstverständlichen Stellenwert in der politischen Gestaltung unserer Gesellschaft sichern.

Für eine freie Entwicklung brauchen die Künste Förderung, weil sich gerade das Neue und Originelle oft jenseits der selbst tragenden Vermarktung findet. Durch das Engagement der FDP im Land konnten wir hier wichtige Weichen stellen. Wir haben unser Versprechen gehalten und den **Kulturförderetat** seit 2005 um über 70 Millionen Euro mehr als verdoppelt! Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Die FDP will die Kulturförderung von unnötigem bürokratischen Ballast befreien. Hierzu gehört vor allem eine **Vereinfachung von Antragsverfahren und Verwendungsnachweisen** für Fördermittel. Wir wollen eine grundsätzliche **Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts**. Öffentliche Zuwendungen sollen zukünftig in Form von Festbetragsfinanzierungen erfolgen. Darüber hinaus werden wir uns für stiftungs- und steuerrechtliche Regelungen einsetzen, die Anreize für Unternehmen und Privatpersonen geben, vermehrt in Kultureinrichtungen zu investieren. Gerade das große bürgerschaftliche Engagement und die ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen und Verbänden trägt zum kulturellem Reichtum unseres Landes bei. Dieses Engagement verdient unsere Anerkennung und Unterstützung. Wir wollen gemeinsam mit dem Bund durch eine Weiterentwicklung des Stiftungsrechts weitere Möglichkeiten auch der finanziellen Unterstützung der Kultur durch

Bürgerinnen und Bürger erleichtern.

Ein besonderer Schwerpunkt war und bleibt für die Liberalen in der Kulturpolitik vor allem die **Stärkung der künstlerisch-musischen** Bildung von Kindern und Jugendlichen. Wir freuen uns darüber, dass Programme wie "Kultur und Schule", "Jedem Kind ein Instrument" oder auch "Jedem Kind eine Stimme" so erfolgreich aufgegriffen wurden. Wir wollen sicher stellen, dass hiervon alle Kinder und Jugendliche profitieren können. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Programme auf ganz Nordrhein-Westfalen ausgeweitet und zu einem Programm "**Jedem Kind Kultur**" ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche sollen in Musik, Literatur, Tanz und Theater ihre Kreativität entfalten und ihre soziale Kompetenz entwickeln können.

Kinder und Jugendliche an Kunst und Kultur heranzuführen ist auch ein wichtiger Schritt zum **Erhalt und Ausbau der Laienkultur**, die in Nordrhein-Westfalen eine hohe kulturelle und soziale Bedeutung hat. Mit Blick auf die rückläufigen Fördermittel aus dem Sportwettbewerb setzen wir uns dafür ein, dass nun zügig Konzepte entwickelt werden, das eine verlässliche Finanzierung der Breitenkultur sichergestellt werden kann.

Breitenkultur braucht aber auch **Hochkultur** zur Bereicherung. Breiten- und Hochkultur dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern ergänzen einander.

Die "Ruhrtrienale" ist zum Beispiel ein Erfolgskonzept und beweist nicht nur international die kulturelle Qualität Nordrhein-Westfalens, sondern veranschaulicht auch den Wandel einer ganzen Region. Diesen erfolgreichen Weg vom nicht nur Industriestandort hin zum (Industrie-)Kulturland wollen wir gemeinsam fortschreiben.

Auch unsere **Landestheater und -orchester** sind wichtige Aushängeschilder unseres Bundeslandes. Unsere Landestheater und -orchester wirken durch Gastspiele insbesondere in die Fläche. Deshalb freuen wir uns, dass zum ersten Mal seit vielen Jahren die Deutschen Landesbühnentage wieder in einem unserer Landestheater stattfinden. Dies unterstreicht das attraktive wie kreative Wirken des Landestheaters Detmold.

Einen Schwerpunkt wollen wir insbesondere im **Theaterbereich** setzen, dessen **Freie Szene** in unserem Land eine besondere Rolle spielt. Sie hat in den letzten Jahrzehnten das kulturelle Profil des Landes entscheidend geschärft. Die FDP setzt sich dafür ein, gerade die Freie Szene – auch jenseits des Theaters – noch stärker bei der Profilierung und weiteren Professionalisierung zu unterstützen.

In der vergangenen Legislaturperiode ist es gelungen, die unter Rot-Grün auf ein Minimum reduzierte **Förderung der Bibliotheken** wieder aufzubauen. Flossen im Jahre 2005 nur noch rund 1,3 Mio Euro in die Förderung der Bibliotheken, so konnte diese Fördersumme bis zum Jahr 2010 auf 3,2 Mio Euro erhöht werden. Bibliotheken sind Orte freien Zugangs zu Wissen, Lernen und Forschen und damit wichtige Stütze für allgemeine und kulturelle Bildung. Wir wollen deshalb auch in der kommenden Legislaturperiode die Förderung für Bibliotheken ausbauen. Ein besonderes Anliegen ist uns hierbei der landesweite strukturelle Ausbau des öffentlichen Bibliothekswesens, die Leseförderung sowie die Modernisierung und Flexibilisierung der angebotenen Dienstleistungen.

Die nordrhein-westfälische Museenlandschaft bietet darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten, insbesondere Kindern und Jugendlichen einen ersten Zugang zu Geschichte, Kunst und Kultur zu eröffnen. Um diesen ersten Schritt nicht von finanziellen Rahmenbedingungen abhängig zu machen, setzen wir uns für den **freien Eintritt in alle Landesmuseen** an einer größeren Zahl von Aktionstagen ein.

Wir begrüßen ausdrücklich die Unterstützung von Kultur- und Kunstprojekten zur Veranschaulichung der **Migrations- und Integrationsgeschichte** unserer Landes und seiner Bürger.

In unserem Land ist **Kulturförderung zu 80% in kommunaler Verantwortung**. Wir wollen gerade angesichts der Finanzsituation eine Lösung gemeinsam mit den Kommunen erarbeiten, die es auch den Kommunen ermöglichen, ihren Beitrag zum Substanzerhalt und zur Sanierung der kulturellen Infrastruktur auch in Zukunft zu leisten. Bürgerschaftliches Engagement sollte zudem den kommunalen Eigenanteil darstellen können.

Herausragende Kultureinrichtungen mit regionaler, landes- oder bundesweiter Strahlkraft müssen auch bei schwierigen Haushaltssituationen in gemeinsamer Anstrengung von Land und Kommunen erhalten werden, damit das Kulturland NRW als Ganzes keinen Schaden nimmt.

Die **Kultur und Kreativwirtschaft** (z.B. Theater, Verlage, Werbung, Musik, Zeitungen und Film, Design und Textil etc.) hat sich in den vergangenen Jahren rasant zu einem dynamischen Wirtschaftssektor in Europa und besonders in unserem Land Nordrhein-Westfalen entwickelt. Gerade in NRW tragen fast 160.000 Beschäftigte in etwa 46.200 Unternehmen mit einem Gesamtumsatz in der Kulturwirtschaft von mehr als 32 Milliarden Euro dazu bei, ökonomische Entwicklungen und Innovationen auch in anderen Wirtschaftsbereichen voranzutreiben. Die Unternehmensgrößen sind dabei sehr unterschiedlich und wir wollen gerade Kleinunternehmer der Kreativwirtschaft in unserem Land halten. Dazu bedarf es der Entwicklung passgenauer Instrumente der Wirtschaftsförderung im Bereich der Kreativwirtschaft und eine verstärkte Ausrichtung wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge auch auf die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Tourismus

Für die FDP ist die Tourismuspolitik seit jeher ein integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Ziel unserer Politik ist es, die beträchtlichen Wachstums- und **Beschäftigungschancen der Tourismuswirtschaft** in Nordrhein-Westfalen voll zur Entfaltung zu bringen. Zudem hat der Tourismus die wichtige Funktion, zu einer positiven Standortentwicklung beizutragen. So wird durch ein attraktives touristisches Angebot der Arbeits-, Lebens- und Investitionsstandort Nordrhein-Westfalen insgesamt aufwertet. Dies wirkt der Abwanderung einheimischer Fachkräfte entgegen und zieht zugleich junge Talente und Investoren an. Von einer erfolgreichen Tourismuspolitik profitieren somit alle Wirtschaftsbranchen des Landes.

Unser Land hat viel zu bieten. NRW ist ein beliebtes Ziel im Messe- und Tagungsbereich, für Aktiv- und Wanderurlauber und mit seinen kulturellen Angeboten ist es bereits heute ein lebendiger und vielfältiger Kulturraum. Die Auszeichnung des Ruhrgebiets zur Kulturhauptstadt 2010 bietet die Gelegenheit, sich als moderne und dynamische Metropolregion zu präsentieren. Die FDP möchte, dass NRW seine guten Standortvoraussetzungen und seine Entwicklungsmöglichkeiten als Tourismusland künftig noch besser ausschöpft. Dazu wollen wir eine **verbindliche Strategie für die Profilierung Nordrhein-Westfalens** als Tourismusziel. Die zahlreichen regionalen und lokalen Aktivitäten der mit Tourismusmarketing befassten Organisationen wollen wir bündeln.

Um bestehende Schwachstellen zu beseitigen, touristische Zukunftspotenziale zu identifizieren und einen inhaltlichen Orientierungsrahmen für die zukünftige Entwicklung des Tourismussektors in NRW abzustecken, hat der Tourismus NRW e.V. die Erarbeitung eines **Masterplans Tourismus Nordrhein-Westfalen** beauftragt. Das inhaltliche Herzstück der strategischen Neuausrichtung ist die konsequente Orientierung an Zielgruppen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Masterplan unter Einbindung der lokalen und regionalen Akteure zügig und konsequent umgesetzt wird. Wir wollen eine enge Verzahnung, um die Stärken zu stärken und für eine Vermarktung aus einem Guss zu sorgen.

Wir wollen dem Freizeitpark Phantasialand die Erweiterung seiner Betriebsfläche auf 60

ha und damit den für seine Existenzsicherung alternativlosen Ausbau zum Kurzurlaubsziel ermöglichen. Dabei ist auch vom Land Flexibilität gefordert, einen ökologisch wertgleichen Ausgleich für die Inanspruchnahme von Freiraum zu ermöglichen.

Medien

Medien sind für uns Ausdruck von Meinungsfreiheit, ein kulturelles Angebot und ein Jobmotor zugleich. Sie vermitteln Wissen, sichern Teilhabe und tragen zu einem innovativen Nordrhein-Westfalen bei. Wir wollen Zugänge für jedermann schaffen.

Die FDP will den Menschen mehr Vielfalt im landesweiten, regionalen und lokalen **Hörfunk sowie Fernsehen** zu ermöglichen. Dazu haben wir in der letzten Wahlperiode bereits die medienrechtlichen Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen zukunftsweisend ausgestaltet. Neue digitale Frequenzen überwinden die analoge Frequenzknappheit und können **für mehr privaten Rundfunk** genutzt werden. Neue Marktchancen bestehen nunmehr auch für Zeitungsverlage im Markt der bewegten Bilder. Die Digitalisierung des terrestrischen Hörfunks und der parallele Ausbau des Internetradios erweitern die mediale Vielfalt.

Die vielfältige **Zeitungslandschaft in NRW** soll durch erfolgreiche Projekte wie „ZEUS - Zeitung und Schule“ und "ZeitungsZeit - Nachrichten für die Schule" gestärkt werden. Die FDP will einen hochwertigen und auf seine Kernaufgaben konzentrierten **öffentlich-rechtlichen Rundfunk**. Das Ziel ist die qualitativ hochwertige und unabhängige Informationsversorgung in ganz Nordrhein-Westfalen. ARD und ZDF sollen in Zukunft werbefrei sein, finanziert durch eine moderate personenbezogene Medienabgabe statt der gegenwärtigen GEZ-Gebühr. Dies ermöglicht es ihnen, in einem fairen Wettbewerb mit privaten Anbietern zu bestehen. Eine Erhöhung oder Ausweitung der GEZ-Gebühren für Internet-PCs, Handys und moderne Dienste lehnen wir damit zugleich ab.

Um die **Überlebensfähigkeit regionaler Zeitungsverlage** zu sichern, will die FDP darauf hinwirken, dass kartellrechtliche Auflagen abgemildert werden. Wir setzen uns im Interesse eines vielfältigen Printangebots dafür ein, dass die rechtlichen Grundlagen für den **Pressegroßhandel** gesichert bleiben.

Die Stärkung der **Medienkompetenz** sowohl für Kinder als auch für Erwachsene hat hohe Priorität für uns. Neben dem präventiven Jugendmedienschutz dient die Förderung der Medienkompetenz dazu, vielen Menschen die Vorteile und Chancen der neuen Kommunikationswege aber auch deren Risiken zu vermitteln und sie so zur eigenständigen selbstverantwortlichen Mediennutzung und -gestaltung zu befähigen. In NRW wurden viele Aktivitäten in diesem Bereich entwickelt. Die weitere Vernetzung, Bündelung und zielgruppenspezifische Optimierung bestehender guter Angebote soll eine bessere Erreichbarkeit gewährleisten. In diesem Sinne sind die bisherigen Initiativen weiter zu intensivieren.

Die FDP steht für eine Förderung der **Informationstechnologien, aber auch der Medien- und Kreativwirtschaft** in NRW. Diese Branchen und ihre innovativen Entwicklungen müssen für die wirtschaftliche Entwicklung und als wesentlicher Jobmotor in Nordrhein-Westfalen noch stärker genutzt werden.

Die Informations- und Kommunikationswirtschaft Nordrhein-Westfalens beweist durch ihr breites Spektrum Innovationskraft und Leistungsfähigkeit. Die Liberalen wollen die enormen Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologien für Wirtschaft und Gesellschaft nutzen. Die Fähigkeit zur Integration von IKT in Produkte und Prozesse ist für die Wirtschaft in allen Branchen von strategischer Bedeutung. Liberale Politik sieht die Medien als vierte Macht im Staat, die der Information und Aufklärung dienen soll und deswegen vor politischem Einfluss zu schützen ist, damit sie auch in Zukunft weiter unabhängig berichten. Deswegen sollten sich Parteien nicht an Medienunternehmen beteiligen.

Für die FDP ist das Thema „**Freiheit im Internet**“ ein wichtiges Anliegen. **Netzsperrern lehnen die Liberalen ab**. Die Entwicklung des Internets und der Telemedien erfordert, dass auf der Basis unseres liberalen Rechts- und Wertesystems technische und rechtliche Aspekte so frühzeitig zusammengeführt werden, dass die Informationsfreiheit und der Schutz vor rechtswidrigen Inhalten berücksichtigt werden. Die Zensur von Kommunikationswegen ist unvereinbar mit dem liberalen Weltbild. Anstatt nutzloser Symbolpolitik müssen Straftaten im weltweiten Netz (etwa Kinderpornografie) an der Quelle bekämpft werden. Dazu ist die Ausstattung der Polizei zu verbessern und die internationale Zusammenarbeit zu intensivieren.

Im Mittelpunkt unseres medienpolitischen Engagements wird in den nächsten Jahren der **flächendeckende Ausbau des Internet-Breitbandangebots** auch im ländlichen Raum stehen. Es ermöglicht den Bürgern die Teilhabe an der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft. Ein funktionierendes Breitbandnetz ist Voraussetzung für alle Innovationen im Medien- und Kommunikationsbereich. NRW darf auf diesen wichtigen Standortfaktor keinesfalls verzichten. Die Verfügbarkeit des mobilen Internets, etwa durch W-LAN Hot-Spots an öffentlichen Plätzen, soll ebenfalls weiter ausgebaut werden. Die FDP plant den Testbetrieb und zeitnahen Aufbau wirtschaftlicher funkbasierter Lösungen im ländlichen Raum mit leistungsfähigen Funkfrequenzen. Durch die stärkere Bündelung und Fortentwicklung entsprechender Förderprogramme wollen wir die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

Zur Überwindung von Adressknappheit und um zugleich eine bessere regionale Zuordnung zu erreichen, wollen wir die **Erweiterung des Internetadressraums um regionale Top-Level-Domains wie .nrw** ermöglichen.

ausgebaut werden. Die FDP befürwortet den Testbetrieb und zeitnahen Aufbau wirtschaftlicher funkbasierter Lösungen im ländlichen Raum mit leistungsfähigen Funkfrequenzen. Durch die stärkere Bündelung und Fortentwicklung entsprechender Förderprogramme wollen wir die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

Zur Überwindung von Adressknappheit und um zugleich eine bessere regionale Zuordnung zu erreichen, wollen wir die **Erweiterung des Internetadressraums um regionale Top-Level-Domains wie .nrw** ermöglichen.

Aufstieg mit Fairness

Der Aufstieg von Nordrhein-Westfalen kann nur gelingen, wenn alle Menschen in unserem Land **faire Chancen zum eigenen Aufstieg** erhalten. Gerade weil jeder Mensch einzigartig ist, wollen wir Liberale Rahmenbedingungen schaffen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und den individuellen Lebensentwürfen Spielräume lassen. Die liberale Gesellschaft will die Freiheit des Einzelnen stärken, aber sie ist nicht bindungslos. Die FDP will eine faire Gesellschaft, die private Bindungen wie die Familie und insbesondere Kinder schützt, die **Solidarität** mit Schwächeren fördert, Menschen mit Behinderungen in ihren Entfaltungsmöglichkeiten stärkt und auch Zuwanderern durch bessere Integration mehr Chancen ermöglicht.

In einer Gesellschaft des demographischen Wandels brauchen wir einen fairen Ausgleich zwischen Jüngeren und Älteren. Zu einer fairen Gesellschaft gehört die Gleichstellung von Frauen und Männern ebenso wie die Toleranz zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung.

Die FDP übernimmt Verantwortung, diese faire Gesellschaft zu gestalten.

Neben den Familien ist das **freiwillige Engagement** der Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Stütze unseres gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Seine Bedeutung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. In NRW ist bereits jeder Dritte ehrenamtlich tätig, Tendenz weiter steigend. Diese positive Entwicklung gilt es auch in Zukunft fortzusetzen. Aus diesem Grund setzt sich die FDP dafür ein, das Ehrenamt zu fördern und noch mehr Menschen als bisher für ein freiwilliges bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen. Konkret fordern wir, die bürokratischen Hürden zu beseitigen, die ein Engagement des Einzelnen oder die Aktivitäten ganzer Gruppen behindern. Hierzu werden wir insbesondere das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 nutzen und unterstützen.

Familie

Ein **glückliches Familienleben** ist für die meisten Menschen eine Quelle von Zufriedenheit und Zuversicht. In Familien übernehmen Menschen Verantwortung für sich und andere. Sie sind damit das **Fundament unserer Gesellschaft** – und verdienen deshalb Schutz und Förderung. Das Bild der Familien hat sich in den letzten Jahren allerdings gewandelt, neben den traditionellen Modellen haben sich neue Formen der Lebensgemeinschaften mit Kindern etabliert. Allerdings bleiben zum Beispiel heute auch Paare kinderlos, weil die Rahmenbedingungen ihres Lebens die Realisierung ihres Kinderwunsches erschweren. In einer beachtlichen Zahl von Fällen wachsen Kinder leider auch in relativer Armut oder in problematischen Strukturen auf. Auf diese Realitäten muss eine moderne Familienpolitik antworten, indem sie die **Verschiedenartigkeit der Lebensentwürfe** annimmt und mit ihren Unterstützungsangeboten **flexibel reagiert**. Die FDP will Nordrhein-Westfalen bis 2015 zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland machen.

Die Entscheidung junger Menschen für Kinder darf **kein Armutsrisiko** sein und auch nicht zu Benachteiligungen der Familie führen. Es ist daher ein liberale Kernanliegen in der Familienpolitik, die Rahmenbedingungen für die Familien und insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Wir begrüßen vor diesem Hintergrund die von der christlich-liberalen Koalition im Bund beschlossenen und zum 1. Januar 2010 wirksam gewordenen **Entlastungen speziell für Familien**. Ziel der FDP bleibt die steuerliche Gleichbehandlung von Kindern und Erwachsenen, die wir im Zuge der angestrebten Steuerstrukturreform realisieren wollen. Wenn Kinder in relativer Armut aufwachsen, liegt das häufig an der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern: Die **Verbesserung der Beschäftigungschancen** auch von Geringqualifizierte ist deshalb zugleich familienpolitisch wirksam. Mitunter kehrt erst mit der Erwerbsarbeit ein strukturierter Tages- und Wochenablauf in Familien zurück, von

dem Kinder und Jugendliche profitieren.

Oft wollen bereits kurze Zeit nach der Geburt beide Elternteile wieder ihrem Beruf nachgehen. Die FDP unterstützt erwerbstätige Familien – Verwirklichung in Beruf und Familie dürfen keine Gegensätze sein. Deshalb setzen wir uns vehement für den **qualitativen und quantitativen Ausbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten** ein (siehe im Einzelnen Kapitel „Aufstieg durch Bildung“). Die FDP will sich über ihre Beteiligung an der Bundesregierung und über den Bundesrat dafür einsetzen, dass das für 2013 geplante „**Betreuungsgeld**“ für Familien, die ihre Kinder zuhause betreuen, in Form eines **Familienengutscheins für Förderangebote** ausgestaltet wird. So wollen wir sicherstellen, dass die öffentlichen Leistungen tatsächlich den Kinder zugutekommen.

Bis 2012 werden in NRW 3.000 Kindertageseinrichtungen als **Familienzentren** zu Knotenpunkten eines die Familie unterstützenden sozialen Netzwerkes weiterentwickelt. Dieser Prozess hat bereits heute neue Kooperationen etabliert und Kreativität in der Kinder- und Familienbetreuung freigesetzt. Die FDP will diesen Prozess einer Qualitätsentwicklung auf ausgewählte Grundschulen übertragen: Die Beratungs- und Förderungswünsche der Familien enden schließlich nicht mit der Einschulung der Kinder. Die Kooperationspartner der Familienzentren, insbesondere **Familienberatungsstellen** und **Familienbildungsstätten**, werden durch die neuen niedrighschwelligigen Zugangsmöglichkeiten verstärkt in Anspruch genommen. In diesem Jahr wurde ihre Finanzierung mit Unterstützung der FDP verstärkt. Die steigende Zahl von Ratsuchenden macht allerdings ein neues Finanzkonzept für die dauerhafte Sicherstellung eines qualitativvollen Angebots notwendig.

Der Geburtenrückgang in unserer Gesellschaft insgesamt steht im Kontrast zu vielen Paaren, die ungewollt kinderlos bleiben. Die **künstliche Befruchtung** ist mitunter der einzige Weg zur Familiengründung. Die anfallenden Kosten werden seit 2004 allerdings nur noch teilweise von den Krankenkassen übernommen. Für die FDP ist es eine Frage der **Humanität**, dass Hilfe bei der Realisierung des Kinderwunsches keine Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit sein darf. Deshalb begrüßen wir, dass die christlich-liberale Regierungsmehrheit im Bund in Anlehnung an das so genannte „sächsische Modell“ eine Mitfinanzierung durch die Solidargemeinschaft sicherstellen wird. Die FDP tritt dafür ein, dass das Land Nordrhein-Westfalen sich an dieser Lösung beteiligt.

Nordrhein-Westfalen verfügt im Vergleich zu anderen Bundesländern über eine gut ausgebaute Infrastruktur an Hilfen für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen. In diesem Zusammenhang leisten **Frauenhäuser** – neben weiteren Elementen wie dem Gewaltschutzgesetz, der Möglichkeit zur Aussprache von Wohnungsweisen und Rückkehrverboten – einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Frauen und Kindern. Lediglich in den Ballungsgebieten kommt es vereinzelt zu Engpässen. Deshalb werden wir Liberale uns für eine genauere Betrachtung der Lage in den Ballungsräumen einsetzen, um eventuelle Lücken bei der Vorhaltung von Frauenhausplätzen schließen zu können.

Kinder und Jugendliche sind unterschiedlichen Gefährdungen ausgesetzt. Die FDP plädiert deshalb für einen wirksamen **Kinder- und Jugendschutz**, der allerdings die Privatsphären von Familien respektiert. Das Handlungskonzept der von den Liberalen mitgetragenen Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen wollen wir evaluieren und entsprechend fortschreiben. Insbesondere wollen wir prüfen, ob die Meldepflicht für die Teilnahme an **Vorsorgeuntersuchungen** zu einer höheren Inanspruchnahme bei Kindern aus benachteiligtem Umfeld geführt hat. Alternativ prüfen wir eine verpflichtende Inanspruchnahme dieses Gesundheitsangebots. Die FDP unterstützt Formen der niedrighschwelligigen und präventiven Begleitung von jungen Familien in Verantwortung der Kommunen, wie etwa den Besuch einer **Familienhebamme** nach der Geburt, die Informationen über Familien unterstützende Leistungen übergeben und die Familien ungezwungen kennen lernen kann. Auch Jugendliche und Heranwachsende bedürfen – auch wenn sie sich dessen

selbst oftmals nicht bewusst sind – des Schutzes durch unsere Gesellschaft. Zu viele Jugendliche greifen zu früh und zu häufig zur Flasche. Phänomenen wie dem so genannten „Flatrate-“ oder „Koma-Saufen“ wollen wir durch Alkohol- und Drogenpräventionsmaßnahmen an Schulen und in Jugendeinrichtungen entgegenreten.

Neue Impulse für die Seniorenpolitik: Potentiale des Alters nutzen

Die FDP sieht die **Senioren als ein großes Potential** für unsere Gesellschaft, für das Land NRW und für jede Kommune an. Tatsächlich sind die älteren Menschen heute selbstbewusster und engagierter denn je. Der weitaus größere Teil der Senioren zeichnet sich heute durch stabile Gesundheit, **Aufgeschlossenheit und Fürsorge für die jüngeren Generationen** aus. Die FDP ist daher der Überzeugung, dass die Gesellschaft **dringend ein neues Altenbild** braucht. Wir müssen weg von einem Bild, das Alter mit Hilfs- und Pflegebedürftigkeit, Armut, Senilität oder Gebrechlichkeit gleichsetzt.

Das **bürgerschaftliche Engagement der Senioren** in den Städten und Gemeinden muss daher gefördert und unterstützt werden. Die FDP will sich für einen **stärkeren Generationenialog** einsetzen, in dem die Jungen von dem Wissen der Älteren profitieren und umgekehrt die Jüngeren die Älteren in ihrem Alltag unterstützen. Dafür ist aber auch eine neue Anerkennungskultur notwendig.

Ältere Mitbürger müssen viel zu oft **vorzeitig aus dem Berufsleben** ausscheiden. Hierzu sind kurzfristig neue Lösungswege genauso notwendig wie innovative Konzepte für ein **lebenslanges Lernen**. Die Einführung von persönlichen Lernkonten ist ein Lösungsansatz, der **Ausbau der betrieblichen Weiterbildung, insbesondere für Ältere**, ein weiterer. Ältere lernen nicht schlechter, sondern anders.

Mit den Menschen verändern sich die Ansprüche. Auch die Seniorenarbeit ist davon betroffen. Wir unterstützen die offene Seniorenarbeit, bei der immer wieder neue Konzepte der Ansprache, orientiert an den tatsächlichen Bedürfnissen, erdacht und umgesetzt werden. Die offene Seniorenarbeit muss darum erhalten und weiter gefördert werden.

In wenigen Jahren wird die Zahl der über 65-jährigen Menschen erstmals größer sein als die der unter 25-Jährigen. Zeitgleich nimmt die Bevölkerungszahl insgesamt ab. Bis zum Jahr 2050 werden voraussichtlich rund zwei Millionen Menschen weniger in Nordrhein-Westfalen leben als heute.

Die FDP will daher, dass zukünftig alle kommunalpolitischen Entscheidungen dahingehend überprüft werden, ob sie der demographischen Entwicklung nachhaltig gerecht werden - wie heute z. B. schon in der Stadt Wiehl durch den „**Demographie-Check**“. Ziel muss es sein, **lebenswerte Städte und Gemeinden für alle Generationen**, auch für die Älteren, zu schaffen.

Älteren Bürgern soll **so lange wie möglich eigenverantwortlich und eigenständig leben** können. Bei Bedarf kann und sollte dies mit Unterstützung durch Familie oder Dienstleistern, im bisherigen Wohnumfeld, erfolgen. Bei der Behandlung alter Menschen in der stationären Pflege zeigt sich, ob der Anspruch von Menschenwürde in einer Gesellschaft realisiert wird. Die FDP wird darum die Kontrolle von öffentlichen und privaten Heimen ausbauen und gegen Pflegemissbrauch vorgehen. **Die Gestaltung des Wohnumfeldes**, insbesondere **Barrierefreiheit**, entscheidet maßgeblich darüber, ob und wie ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und werden. Auch auf ein gutes Nahversorgungsangebot an Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs ist hierfür zu achten.

Besonders wichtig sind **neue Wohnformen**, die sich im **bisherigen Wohnumfeld** etablieren und in das bekannte soziale Netz eingebunden werden. Dies bedeutet, weg von Pro-

jekten auf der grünen Wiese, hin zu **generationenübergreifendem Zusammenleben** in der Mitte der Gesellschaft.

Für die Älteren ist das **Wohneigentum auch Altersvorsorge**. Wenn dort die Versorgung mit den Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs und die ärztliche Versorgung nicht mehr gewährleistet ist, müssen neue Wege gefunden werden, – wie etwa eine Initiative „**Jung kauft alt**“ (**e Häuser**). Die Jungen übernehmen die Häuser der älteren Mitmenschen und diese können darauf in Zentrumsnähe ziehen, wo die Versorgung sichergestellt ist.

Seit nun vier Generationen leben Migrantinnen und Migranten unter und mit uns in NRW. Viele verbringen hier nach jahrzehntelangem Arbeitsleben ihren Lebensabend. Das soziale Angebot für diese Menschen ist bescheiden. Das muss sich ändern! Hier sind Angebote im Alten- und Pflegeheimbereich gefragt, die sich an älteren Migrantinnen und Migranten orientieren. Hier ist ein Berufsfeld für junge Migrantinnen und Migranten zu schaffen. So wird die direkte Ansprache dieser älteren Menschen erleichtert und eine an ihren Bedürfnissen orientierte Pflege ermöglicht.

Sicherheit im Straßenverkehr und **Sicherheit vor Kriminalität** sind besonders wichtige Aspekte für ältere Menschen. Ältere Menschen sind überproportional von Verkehrsunfällen betroffen. Vorbeugung durch Aufklärung und Bürgergespräche mit den älteren Menschen zu Fragen der Verkehrssicherheit im direkten Wohnumfeld sollen angeboten werden.

Die **Gesundheitsvorsorge** und -versorgung älterer Menschen in NRW weist zum Teil Defizite auf. Die FDP will **den Ausbau der Erforschung der Krankheitsbilder im Alter** unterstützen und ausbauen. Die besondere Forschung auf dem Gebiet der Demenz und die Weiterentwicklung der Betreuungsmöglichkeiten für Demenzkranke soll weiter voran getrieben werden. Für die FDP ist eine ausreichende Versorgung mit **qualitätsgeprüfter Versorgungs-, Betreuungs- und Pflegeinfrastruktur notwendig**. Die umfassende Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen durch Palliativmedizin und Hospizarbeit muss mit hoher Priorität umgesetzt werden. Dazu gehört eine bessere Anerkennung und Bezahlung der Pflegeberufe. Der Aufbau von anonymen Beratungsstellen für das Pflegepersonal und Familienangehörige soll geprüft werden. Gerade im ländlichen Raum kann es in den nächsten Jahren zu einer **Versorgungslücke durch fehlende Hausärzte** kommen. Ein wohnortnahes Angebot an Haus- und Fachärzten unterstützt die FDP.

Sport und Fitness sind gerade für ältere Menschen besonders wichtig. Die FDP unterstützt, dass der Sport und die Fitness durch spezielle Angebote für Ältere gefördert und unterstützt werden. Ebenso muss auch Wissen über **gesunde Ernährung** und **Lebensführung**, etc. vermittelt werden, speziell für Ältere. Des Weiteren soll es auch Angebote für ältere Bürger in der Kultur und an der Volkshochschule geben.

Die Gesellschaftsgruppe der älteren Menschen muss und wird ein innovativer Impulsgeber für die wirtschaftliche **Entwicklung von generationengerechten Produkten und Dienstleistungen sein**. Die FDP will auf Wissenschaft und Marktforschung einwirken, mehr auf die differenzierten Bedürfnisse und Interessen älterer Menschen einzugehen.

Liberalen wenden sich gegen **drohende Altersarmut**. Notwendig ist eine verlässliche Altersvorsorge, die nicht nur die materielle Sicherheit, sondern auch die soziale und gesellschaftliche Integration gewährleistet. Mit dem Beschluss der Bundesregierung, das Schonvermögen für Bezieher von Leistungen des SGB II von 250 auf 750 Euro pro Lebensjahr anzuheben, gibt es einen deutlichen Anreiz für den Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge. Wir unterstützen die Bundesregierung darin, zu prüfen, ob ggf. weitere Personengruppen, vor allem Selbstständige, Zugang zur staatlich geförderten Altersvorsorge erhalten sollten. Wir machen uns deswegen für präventive, beratende Maßnahmen stark und wir wollen eine

Schuldnerberatung, die auf die speziellen Bedürfnisse von Senioren ausgerichtet ist.

Neben der Daseinsvorsorge gehört die soziale Gestaltung des Älterwerdens zu den Herausforderungen unserer Tage. Es gilt, im Miteinander der Generationen, Älteren zur aktiven **Teilhabe im Umgang mit den modernen Informations- und Kommunikationstechniken** zu verhelfen. Durch die Nutzung des Internets kann Älteren bei abnehmender Mobilität die Aufrechterhaltung einer selbstständigen Lebensführung ermöglicht werden.

Gleichstellung

Bei der Gleichstellung von Mann und Frau hat Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht. Geschlechtsspezifische Benachteiligungen von Frauen wurden abgebaut, zum Beispiel durch den Ausbau der U3-Betreuung, die Familienzentren und Förderung von Unternehmerverbänden für die **Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Dennoch gibt es weiter Handlungsbedarf:

Die FDP setzt sich für eine stärkere Repräsentanz von **Frauen in Führungsfunktionen** ein. Die Zahl der Berufungen von Frauen auf Professorenstellen ist in Nordrhein-Westfalen beispielsweise ein Element der Leistungsmessung der Hochschulen. Das Geschlecht darf zudem nicht länger ein Grund für Lohndifferenzierungen sein.

Die FDP unterstützt Unternehmen, die für **flexible Arbeitsformen** offen sind. Wiedereinsteigerinnen präferieren zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf stundereduzierte Beschäftigungsmodelle. Nach einer Familienphase steigen deutlich mehr Frauen durch Teilzeitbeschäftigung wieder in das Berufsleben ein. In Jobsharing eingebettete Teilzeitarbeit begrüßen wir deshalb. Hierdurch soll eine **Aufwertung der Teilzeitarbeit** erreicht werden, wie auch den **Wünschen der Mütter** Rechnung getragen werden.

Präventionskonzepte im Bereich Sucht- und Drogenbereich wollen wir geschlechterdifferenziert weiterentwickeln. Während in den vergangenen Jahren bereits einige auf Frauen abgestimmte Therapie-, Beratungs-, und Behandlungsangebote entwickelt worden sind, fehlen diese häufig noch für Männer. Bei der Entwicklung neuer Therapie- und Behandlungsmethoden wollen deshalb den Fokus stärker als bisher auch auf die spezifischen Bedürfnisse von Männern lenken.

Seit Jahren bereits werden im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit Projekte gefördert, die sich speziell an Mädchen und junge Frauen richten. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern. Deutlich weniger häufig wird hingegen die spezielle Situation von Jungen und jungen Männern bei der Förderung berücksichtigt. Dabei zeigen Untersuchungen, dass Jungen im Schnitt über ein schlechteres Bildungsniveau verfügen als Mädchen. Zudem sind Probleme wie Alkohol- der Drogenmissbrauch bei Jugendlichen zu rund 70 Prozent Jungenphänomene. Aus diesem Grund setzt sich die FDP dafür ein, **jungenspezifische Bedürfnisse** künftig stärker als bisher in der Kinder- und Jugendarbeit zu berücksichtigen. Dazu zählt unter anderem eine gezielte Jungenförderung im Kindergarten- und Grundschulalter durch speziell dafür geschulte Fachkräfte. Weiterhin müssen Kindertageseinrichtungen, Familienzentren und Schulen in Zukunft stärker als bisher auf die Interessen von speziell Jungen ausgerichtet sein. Analog zum bereits existierenden „Girls Day“ fordern wir zudem die Einführung eines jährlichen „Boys Day“ in Nordrhein-Westfalen.

Im **Landesgleichstellungsgesetz** wollen wir ermöglichen, dass in Bereichen mit deutlich mehrheitlicher Dominanz von Frauen etwa bei Stellenneubesetzungen auch Männer bei gleicher Qualifikation eingestellt werden dürfen.

Gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Die FDP tritt aktiv für die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften und für

mehr Akzeptanz gegenüber Lesben und Schwulen ein. Wir wenden uns gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und bekämpfen homophobe Gewalt. Zugleich unterstützen wir nachdrücklich das bürgerschaftliche Engagement in diesem Bereich.

Die FDP wird die Förderung der **schwul-lesbischen Selbsthilfe** so fortsetzen, dass die Landeskoordinierung, die Anti-Gewalt-Arbeit und die bestehenden Beratungsstellen erhalten werden können. Im ländlichen Raum und bei besonderen Zielgruppen (Behinderung, Migrationshintergrund) sind zusätzliche Angebote sinnvoll, die ggf. auch interkulturellen Aspekten Rechnung tragen. Eine geschlechtsspezifische Profilierung der Angebote wollen wir beibehalten. Wir unterstützen zudem die ARCUS-Stiftung, eine Eigeninitiative aus der Bürgerschaft, und streben für sie eine nennenswerte Zustiftung des Landes an.

Themen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen sollen im **Schulunterricht** und in der Lehrerfortbildung verankert werden, um Diskriminierungen abzubauen. Dazu wollen wir auch die bestehenden Projekte zur Toleranzförderung und Gewaltprävention an Schulen stärker fördern.

Lebenspartnerinnen und Lebenspartner haben dieselben Pflichten wie Eheleute – aber nicht dieselben Rechte. Die Liberalen werden die noch vorhandenen **Benachteiligungen im Landesrecht** beseitigen. Die FDP wird im Beamtenrecht Verpartnerte mit Verheirateten gleichstellen und unseren Einfluss geltend machen, dass die Gleichstellung von Lebenspartnerschaften auch bei den Berufsständischen Versorgungswerken der Freiberufler erfolgt. Zudem plädieren wir für eine volle **steuerliche Gleichstellung von Menschen in eingetragenen Partnerschaften** und werden dieses Ziel ggf. mit einer Bundesratsinitiative voranbringen.

Integration

Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland. Das gilt in besonderem Maße für Nordrhein-Westfalen. Die Einwanderer seit den 1960er Jahren haben einen bedeutenden Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes geleistet. Sie haben viele unbekannte persönliche Erfolgsgeschichten geschrieben. Ohne Zuwanderung gäbe es in Nordrhein-Westfalen seit Anfang der neunziger Jahre eine negative Bevölkerungsentwicklung. Angesichts einer alternden Bevölkerung helfen erfolgreich integrierte Menschen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sowie die Zukunft der Sozialsysteme zu sichern. Aber es sind auch zunehmend die Schattenseiten schlecht gesteuerter Zuwanderung und unzureichender Integration deutlich geworden. Daher ist es die Aufgabe der Politik, Fehlentwicklungen zu analysieren und die Weichen für eine verbesserte Integration zu stellen. Wir wollen Migrantinnen und Migranten neue Aufstiegschancen ermöglichen. Dabei werden wir aktiv Brücken auch in bildungsferne Schichten bauen, um gerade jungen Menschen neue Entfaltungsperspektiven zu geben. Gelungene Integrations- und Aufsteigerbiographien müssen als Vorbilder in Kampagnen präsentiert werden. Eine gelungene Integration ist nicht nur ein Gewinn für den Zuwandernden. In Zeiten des demographischen Wandels ist unsere Gesellschaft auf Zuwanderung angewiesen. Die Integration der Migrantinnen und Migranten wird erfolgreich sein, wenn beide Seiten aufeinander zugehen. Dies gelingt vor allem im Alltag vor Ort.

Die FDP tritt daher dafür ein, dass sich das Bewusstsein in der Kommunalpolitik und den lokalen Verwaltungen für die Bedeutung der Integration deutlich verstärkt. Gemeinsam mit Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen und kommunaler Verwaltung arbeiten Liberale an einer verbesserten Integrationspolitik mit.

Fordern und Fördern, diese Grundprinzipien moderner Sozialpolitik müssen auch stärker für die Integrationspolitik gelten. Politik muss Angebote schaffen und auch die deutschen Unternehmen, Organisationen und Bürger sollten auf die Einwanderer zugehen. Aber je-

der einzelne Mensch mit Zuwanderungsgeschichte ist in erster Linie selbst gefordert, Verantwortung für sich selbst und seine Familie zu übernehmen. Das betrifft vor allem Sprache, Bildung, Arbeit und Teilhabe am Leben der Mehrheitsgesellschaft. Es muss verdeutlicht werden, dass der Aufenthalt im Zuwanderungsland nicht nur mit Rechten, sondern auch mit Pflichten verbunden ist.

Seit der Regierungsübernahme im Jahr 2005 hat die christlich-liberale Koalition bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, um Zugewanderten die Teilnahme am öffentlichen Leben zu erleichtern und auch ihren beruflichen Aufstieg in der neuen Heimat zu unterstützen. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen und vertiefen:

Ohne Kenntnisse der deutschen Sprache ist gleichberechtigte Teilhabe undenkbar. Die FDP begrüßt die **vorschulischen Sprachtests** im Alter von vier Jahren mit obligatorischer Sprachförderung als Chance für einen erfolgreichen Schulstart aller Kinder. Die Konzeption des Tests wollen wir einem fortwährenden Optimierungsprozess unterziehen, die Sprachförderung möglichst ausbauen. Der Spracherwerb der Kinder soll Eltern motivieren, eigene sprachliche Defizite zu beseitigen. Dazu soll die Struktur der neuen Familienzentren genutzt und Elternangebote sollen verstärkt werden. Kinder und Jugendliche, die erst im schulpflichtigen Alter nach Deutschland kommen, brauchen **spezielle Deutsch-Schnellkurse**, um dem regulären Klassenunterricht folgen zu können.

Die Teilnahme an Klassenfahrten und Sportunterricht muss verpflichtend sein. Die Schulpflicht steht für Liberale nicht zur Diskussion und gilt auch für Kinder von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Sprache und Bildung sind auch für erwachsene Migranten notwendige Voraussetzungen für Integration. Die FDP setzt sich daher dafür ein, die bestehenden Integrationskurse qualitativ zu verbessern und flexibler an Sprachbegabung und Vorkenntnisse, aber auch berufliche Situation anzupassen. Das Kursziel, sich im täglichen Leben in seiner Umgebung selbstständig sprachlich zurechtzufinden und entsprechend seinem Alter und Bildungsstand ein Gespräch führen und sich schriftlich ausdrücken zu können, muss allen Teilnehmern ermöglicht werden. Um Berufstätigkeiten etwa von hochqualifizierten Fachkräften aus dem Ausland nicht zu behindern, müssen Zeitrahmen und Lernorte flexibilisiert werden.

Um die **politische Partizipation** von Migrantinnen und Migranten zu fördern, haben wir in der letzten Wahlperiode die gesetzliche Grundlage geändert. An die Stelle der früheren Ausländerbeiräte sind Integrationsräte und -ausschüsse getreten. Die Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wird so zum Normalfall in Nordrhein-Westfalen. Neben ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger können auch neu eingebürgerte Zuwanderer für fünf Jahre Integrationsräte wählen. Die von der Landesregierung und der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA) initiierten Qualifizierungs- und Fortbildungsreihe für Mitglieder der Integrationsgremien müssen sukzessive ausgebaut werden.

Die Bereitschaft, sich einzugliedern und einzubringen, wächst in dem Maße, wie sich der Einzelne in seiner Umgebung angenommen fühlt. Neu zugewanderten Menschen, aber auch den schon länger hier lebenden Migrantinnen und Migranten wollen wir stärker als bisher das Gefühl geben, in Nordrhein-Westfalen willkommen zu sein. Durch eine besser aufeinander abgestimmte **Willkommenskultur** wollen wir es Menschen mit Zuwanderungsgeschichte leichter machen, sich in Nordrhein-Westfalen zurechtzufinden und zugehörig zu fühlen. Im Zuge dessen wollen wir auch die **Aufklärungsarbeit** verstärken und beispielsweise Informationen in den jeweiligen Landessprachen verfügbar machen, so z.B. im wichtigen Bereich der Gesundheitsförderung und -prävention. Die FDP will die auf Nicht-EU-Bürger zielende Einbürgerungskampagne des Landes fortsetzen: Wer sein Leben dauerhaft in Europa verbringen möchte, für den sollte es selbstverständlich sein, eine

europäische Staatsangehörigkeit anzustreben.

Baustein einer Willkommenslandschaft ist das Engagement von **Integrationslotsen**, die Zuwanderer in der Phase der Eingliederung bei organisatorischen Angelegenheiten wie auch bei Fragen etwa zur beruflichen Orientierung begleiten und zur Seite stehen. Dieses kommunale Engagement wollen wir auch künftig unterstützen. Ergänzend wollen wir die vor Ort verfügbare Kompetenz in Integrationsfragen ausbauen: So wollen wir als Nachfolge der bisherigen Regionalen Arbeitsstellen **Integrationsagenturen** insbesondere zur Bildungsförderung bedarfsgerecht in jedem Kreis schaffen.

Migrantinnen und Migranten wollen wir stärker in den **Öffentlichen Dienst** einbinden. Oft beruht das Misstrauen gegenüber behördlichen Strukturen auf einer geringen Kenntnis der Regeln und Gesetzmäßigkeiten. Wir wollen das Vertrauen in den deutschen Staat und seine Behörden stärken, indem wir das Wissen über Abläufe und Verfahren gerade auch unter den Zugewanderten verbreitern. Die gezielte Anwerbung von qualifizierten Migrantinnen und Migranten für eine Tätigkeit im **Öffentlichen Dienst, bei der Polizei und in den Schulen** wollen wir in der kommenden Legislaturperiode fortführen und intensivieren; eine feste Quotenregelung lehnt die FDP jedoch ab. Auch in der **beruflichen Bildung und Weiterbildung** gibt es Nachholbedarf. Wir wollen Kultur- und Kunstprojekten von Migranten unterstützen und soziokulturelle Zentren fördern. Unternehmer mit Zuwanderungsgeschichte wollen wir dazu motivieren und dabei unterstützen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und sich bürgerschaftlich zu engagieren.

In Nordrhein-Westfalen stellt die Gruppe der Mitbürgerinnen und Mitbürger islamischen Glaubens mit rund einer Million Gläubigen die größte Glaubensgemeinschaft neben dem Christentum dar. Wir wollen deshalb den Dialog mit der islamischen Gemeinschaft durch Einberufung einer **NRW-Islamkonferenz** verstärken. Um den jungen Muslimen die Teilnahme an einem regulären islamischen Religionsunterricht zu ermöglichen, halten wir an unserem Ziel fest, im Benehmen mit den islamischen Verbänden einen **flächendeckenden islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache** und unter deutscher Schulaufsicht einzuführen.

Die FDP unterstützt die Forderung des Wissenschaftsrats, dass zur Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für den **islamischen Religionsunterricht**, theologisch kompetente Beiräte für Islamische Studien an denjenigen Universitäten eingerichtet werden, die ein **Institut für Islamische Studien** vorhalten wollen. Ziel der Einrichtung der Beiräte ist es, die verfassungsrechtlich erforderliche Mitwirkung der islamischen Gemeinschaften an der Ausgestaltung der Islamischen Studien zu gewährleisten. Solange diese Beiräte für Islamische Studien nicht institutionalisiert sind, ist es wegen der verfassungsrechtlich gebotenen Bekenntnisneutralität des Staates angezeigt, die Beteiligung der muslimischen Glaubensgemeinschaften bei der Berufung von Professorinnen und Professoren für Islamische Studien bzw. islamische Religionspädagogik auf andere Art sicherzustellen. Es bietet sich an, geeignete Ansprechpartner, z.B. den Koordinationsrat der Muslime, in die Verfahren mit einzubeziehen.

Die FDP tritt für einen fairen Dialog zwischen den Angehörigen aller Religionen und Menschen ohne Glaubensbekenntnis auf Augenhöhe ein. Zu einem solchen Dialog gehört auch, in der Gesellschaft verbreitete Vorbehalte und Ängste gegenüber religiösem Fundamentalismus offen anzusprechen und Kritik zu üben. Ebenso wie von allen christlichen Gemeinden erwarten wir auch von allen muslimischen Gemeinden die unbedingte Akzeptanz des Grundgesetzes und der mit ihm verbundenen Werte. Dies gilt insbesondere für die Achtung der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Toleranz gegenüber jeder selbstbestimmten Lebensführung. Statt Parallelgesellschaften zu schaffen, haben sich Liberale stets für eine **offene Bürgergesellschaft** eingesetzt. Daher begrüßen und fördern wir die Initiative zahlreicher Moscheegemeinden, sich in ihrem Gemeindeleben

auch Nicht-Muslimen zu öffnen. Kritik an religiös motiviertem Fundamentalismus muss klar und fair formuliert werden. Dem Versuch, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus als Religionskritik zu tarnen, erteilen wir eine deutliche Absage. In der liberalen Bürgergesellschaft ist kein Platz für Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung von Minderheiten.

Die FDP fordert, die integrationspolitischen Zielsetzungen des Landes und die diesbezüglichen Bestimmungen im Landesrecht in einem **Integrationsgesetz** zusammenzufassen und konzeptionell weiterzuentwickeln. Das Politikfeld würde dadurch öffentlichkeitswirksam aufgewertet. Im Zuge dessen sollte auch eine Modernisierung und Durchsicht auf Erforderlichkeit der entsprechenden Vorschriften erfolgen, zum Beispiel des Landesaufnahmegesetzes.

Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderung wollen nicht in eine Opferrolle gedrängt werden. Sie wollen sich mit ihren Stärken für die Gesellschaft engagieren und ein **selbstbestimmtes Leben in Eigenverantwortung** führen. Aufgabe liberaler Politik ist, dies zu ermöglichen und bestehenden Vorurteilen entschieden entgegen zu wirken. Wir wollen Menschen mit körperlichen wie mit geistigen Einschränkungen die **Teilhabe am Alltagsleben** eröffnen und sie in alle Lebensbereiche integrieren. Dies gilt von der Frühförderung über die behindertengerechte Ausbildungsmöglichkeiten und die Schaffung entsprechender Arbeitsplätze bis hin zu Konzepten für den wachsenden Teil von älteren Menschen mit Behinderung. Durch den Wechsel von der Objektförderung zur Unterstützung des Einzelnen wollen wir Menschen mit körperlichen wie mit geistigen Behinderungen mehr als in der Vergangenheit ein Leben in Selbstbestimmung ermöglichen. Das ressortübergreifende Programm der Landesregierung „Teilhabe für alle“ begrüßt und unterstützt die FDP.

Die FDP will beste **Entwicklungschancen für Kinder mit Behinderungen**. Die FDP setzt sich daher dafür ein, in allen Kreisen und kreisfreien Städten interdisziplinäre Frühförderstellen nach dem SGB IX einzurichten. Integrative Angebote und den **Gemeinsamen Unterricht** an allgemeinen Schulen werden wir weiter ausbauen (siehe unter Schule).

Die Förderung der **Eingliederung von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben** – nach Möglichkeit in den ersten Arbeitsmarkt – muss weiter verbessert werden. Um die Kosten einer Ausweitung finanziell beherrschbar zu halten, ist es aber auch erforderlich, in der Finanzierung der Plätze in Werkstätten für behinderte Menschen die wirtschaftliche Transparenz gegenüber dem Sozialhilfeträger zu verbessern. Die FDP will zu einer Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe beitragen, die den leistungsberechtigten Personen mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Teilhabechancen eröffnet, ohne den Schutzaspekt gerade bei schwerwiegenden Behinderungen zu vernachlässigen. Im Mittelpunkt aller Aktivitäten stehen die individuellen Voraussetzungen und Bedürfnisse der Betroffenen. Die nordrhein-westfälische FDP will sich auf der Bundesebene für eine solche Zielsetzung einsetzen und Erfahrungen aus der Politik für Menschen mit Behinderung in NRW beitragen. Wir wollen uns vor allem dafür stark machen, dass die Betroffenen bei diesem Reformprozess aktiv einbezogen werden. Zur Verbesserung der Chancen von behinderten Menschen auf dem Arbeitsmarkt wollen wir auch so genannte **Integrationsunternehmen** weiter unterstützen.

Die FDP tritt für die Fortsetzung des Modellprojekts "**Selbstständiges Wohnen behinderter Menschen**" ein. Durch dieses Projekt können 11.000 Menschen mehr in den eigenen vier Wänden leben. Dazu trägt vor allem das individuelle Hilfeplanverfahren bei. Auf diese Weise erhalten die Betroffenen mehr Selbstbestimmungsrechte. Die Kommunen sparen Mehrausgaben in Höhe von 40 bis 50 Millionen Euro ein.

Die Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung hat zu mehr Bürgernähe und kürzeren Wegen für Menschen mit Behinderung geführt. Die FDP will weitere Schritte prüfen, um Menschen mit körperlichen Einschränkungen **Behördenkontakte zu erleichtern**. Dazu gehören die Möglichkeiten des E-Government.

Die FDP will erreichen, dass mehr Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit des „**Persönlichen Budgets**“ kennenlernen, bei der sie statt festgelegter Sach- und Dienstleistungen ein eigenes Budget erhalten, mit dem sie selbst die für sie wichtigen Leistungen einkaufen können. Eine bessere Informationspolitik würde ermöglichen, dass Menschen mit Behinderungen eine bessere Entscheidungsgrundlage bekämen, ob dieser Ansatz für sie in Frage kommt, und somit ihre Selbstbestimmung stärken.

Wir wollen, dass die Projektförderung durch die Stiftung Wohlfahrtspflege für **privatgewerbliche Träger sowie freigemeinnützige Initiativen** geöffnet wird, die nicht einem der großen Wohlfahrtsverbände angehören.

Die Liberalen wollen die **selbstorganisierten Verbände** als Interessenvertreter für Menschen mit Behinderung unterstützen und erkennen das hohe ehrenamtliche Engagement an.

Menschen mit Behinderung haben, genau wie Menschen ohne Behinderung, den Wunsch, mit einem Partner zusammen zu leben oder eine Familie zu gründen. **Elternschaft von Menschen mit Behinderung** stellt – insbesondere mit Blick auf das Wohl des Kindes – erhöhte Anforderungen an die Eigenverantwortung der Eltern sowie an ein begleitendes Unterstützungssystem. Die FDP spricht sich für den Ausbau einer verlässlichen Hilfestruktur aus, die die Lebenssituation und Schwere der Behinderung individuell berücksichtigen kann.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Städte in NRW müssen weiterhin konsequent barrierefrei werden. Der öffentliche Raum ist für alle Menschen da. Das gilt nicht nur für Straßen, Plätze, Bahnhöfe, U-Bahnstationen und Gebäude, sondern auch für Museumsausstellungen, Internetseiten, Formulare und andere Vorgänge des täglichen Bedarfs. Wir wollen, dass ein Gesamtkonzept zur touristischen und kulturellen Entwicklung und Vermarktung NRWs speziell für ältere und behinderte Menschen entwickelt wird. Hierzu soll zunächst untersucht werden, wo auf nationaler und internationaler Ebene hier bereits Konzepte und Maßnahmen entwickelt wurden. Für die Verwirklichung eines Gesamtkonzeptes sollen in den Prozess nicht nur Verwaltungsfachleute, sondern Experten aus den Bereichen Tourismus, Hotellerie, Gastronomie, Kultur, Verkehr, Behinderten- und Seniorenverbände etc. eingebunden werden. Vorab wollen wir in jedem öffentlichen Museum Menschen mit Behinderung die Möglichkeit geben, eine Auswahl von Exponaten unter Anleitung zu erleben. Die viel intensiver ausgeprägten Sinne von Menschen mit Handicaps müssen in Ausstellungskonzeptionen mehr als bisher berücksichtigt werden.

Entwicklungszusammenarbeit

Die FDP tritt für eine Entwicklungspolitik ein, die unter Beachtung der gemeinsamen Interessen liberale Werte in den Partnerländern fördert. Die Unterstützung beim Aufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen sowie die Stärkung von Verwaltungsstrukturen, der Eigenverantwortung und der Selbsthilfekräfte in den Partnerländern müssen zentrale Elemente einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit sein. Dies erfordert gleichzeitig eine Vernetzung aller entwicklungspolitischen Förderinstrumente sowie die Einbindung von in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Nichtregierungsorganisationen und eine engere Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft. Schwerpunkt einer

nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit ist dabei für uns die Unterstützung einer sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung in den Empfängerländern. Die Führungsrolle unter den entwicklungspolitisch engagierten Bundesländern, die Nordrhein-Westfalen als Standort des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie zahlreicher dem Ministerium nachgeordneter Durchführungsinstitutionen und internationaler Organisationen in der UN-Stadt Bonn übernommen hat, wird die FDP fördern und ausbauen.

Zur Verbesserung des Hochschulzugangs und des Studienerfolgs ausländischer Studierender in NRW haben wir zwei Stipendienprogramme eingeführt.

Seit 2009 können sich ausländische Studieninteressenten ohne direkte Hochschulzulassung um ein **Hochschulzugangsstipendium** bewerben. Damit richten wir uns an begabte Studienbewerber aus Staaten, in denen kein unmittelbarer Zugang zu den deutschen Hochschulen erworben werden kann. Sie müssen daher eine so genannte Feststellungsprüfung ablegen. Das Hochschulzugangsstipendium übernimmt die Gebühren der Vorbereitungskurse von bis zu 500 Euro monatlich. Die Förderung erfolgt über eine Dauer von bis zu 10 Monaten. Wenn die Stipendiaten die Prüfung erfolgreich bestehen, garantiert die den Kurs anbietende Hochschule ihnen im Anschluss einen Studienplatz.

Herausragende Studierende aus Schwellen- und Entwicklungsländern werden während ihres Studiums mit einem **Landesstipendium** gefördert. Mit diesem Programm für **Schwellen- und Entwicklungsländer** wollen wir die Erfolgchancen ausländischer Studierender gezielt verbessert. Bachelor-Studierende erhalten 750 Euro monatlich als Zuschuss zu ihrem Lebensunterhalt, Master-Studierende 850 Euro. Mit dem Landesstipendium wollen wir begabte Studierende aus Schwellen- und Entwicklungsländern und hier vor allem aus der Region Subsahara-Afrika unterstützen.